



Es ist nicht zu früh
und nicht zu spät



**Sie nutzen
ihre Chance**

WISSEN UND TAT

Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus

18 Jahrgang Heft 11/12

November-Dezember 1963

Einzelpreis 50 Pf

INHALT Seite

Probleme der Sicherung des Friedens in Deutschland und die friedliche Zusammenarbeit der deutschen Staaten	2
Das Abkommen über den Atomteststopp und der Kampf um eine Wende in der Bundesrepublik	7
Der Kampf um den Frieden und die falsche Haltung der Führer der KP Chinas	13
Die Politik der friedlichen Koexistenz und die Entwicklung des nationalen Befreiungskampfes	19
Steigerung der Arbeitsproduktivität im Kapitalismus und Sozialismus	22
Die Arbeit mit allen Genossen — eine ständige Aufgabe der Leitungen	27
Unsere Stellung zum Kampf um Reformen und zum Reformismus	31
Der Hamburger Aufstand — ein heroisches Kapitel im Kampf der deutschen Arbeiterklasse	35
Seminarplan zum Studium des „Grundrisses der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“	40
Materialien der internationalen Arbeiterbewegung:	
Für die Verteidigung des Marxismus-Leninismus und der Generallinie der kommunistischen Weltbewegung	44

Probleme der Sicherung des Friedens in Deutschland und die friedliche Zusammenarbeit der deutschen Staaten

Aus der Rede des Genossen Walter Ulbricht auf der Wählervertreterkonferenz in Leipzig

Einige Wählervertreter beschäftigt die Frage, welchen Nutzen das deutsche Volk aus der sich anbahnenden Minderung der Spannungen zwischen den USA und der Sowjetunion ziehen kann.

Das ist in der Tat eine äußerst wichtige Frage: Zunächst einmal möchte ich feststellen: Das deutsche Volk hat von diesem Vertrag denselben Nutzen wie alle anderen Völker der Welt auch. Das Aufhören der atomaren Verseuchung der Atmosphäre und die Verminderung der Atomkriegsgefahr sind für das deutsche Volk von unschätzbarem Nutzen. Denn das deutsche Volk weiß, was ihm in einem nuklearen Krieg bevorstehen würde.

Doch die Fragesteller zielen offenbar mehr darauf, ob die beiden deutschen Staaten aus dieser sich anbahnenden Entspannung speziell für die Sicherung des Friedens, die Beseitigung der Reste des Krieges und die Überwindung der Spaltung Deutschlands nützliche Schlußfolgerungen ziehen können.

Die Regierungen und die Bevölkerung beider deutscher Staaten können aus der Minderung der Spannungen großen Nutzen ziehen, wenn sie ebenso wie die USA und die Sowjetunion von der realen Lage, wie sie sich nach dem zweiten Weltkrieg entwickelt hat, und von dem neuen Kräfteverhältnis in der Welt ausgehen. Eine Minderung der Spannungen in Deutschland ist doch nur möglich, wenn beide deutsche Staaten auf Grenzforderungen verzichten, wenn sie darauf verzichten, die Gesellschaftsordnung des anderen Staates gewaltsam ändern zu wollen, und bereit sind, einen Strich unter die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges zu ziehen. Das heißt, die letzten Reste des Krieges zu beseitigen. Von einer solchen realen Einschätzung der Lage und des Kräfteverhältnisses muß man ausgehen, um zu einer Minderung der Spannungen zu kommen.

Es geht also auch in den Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten um eine Änderung durch Verhandlungen und Verständigung.

Mir scheint: Es ist in den Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten vor allem notwendig, gegenseitiges Vertrauen durch Tatsachen zu schaffen. Vor allem durch die Tatsache des Verzichtes auf jegliche Aggressions- und Revanchepolitik, durch die Tatsache des Verzichtes auf Kriegspropaganda und durch die Tatsache von Vereinbarungen der Vernunft und des guten Willens auf der Grundlage der Gleichberechtigung.

Die in Westdeutschland herrschenden Kreise können mit ihrer Obstruktion die Entwicklung doch nicht aufhalten. Diese

Einsicht finden wir heute auch schon in Kreisen, die der Regierung in Bonn sehr nahestehen.

Welches ist der Weg der Entspannung und Verständigung zwischen beiden deutschen Staaten?

Wenn die Frage gestellt wird, wie das deutsche Volk die Verständigung zwischen der Sowjetunion und den USA über die Einstellung der Kerntests nutzen kann zur Minderung der Spannungen und zur Verständigung in Deutschland, so möchte ich dazu sagen: Der vernünftigste Weg ist der Abschluß eines deutschen Friedensvertrages und die Regelung der Westberlinfrage. Seit 1961 haben wir bereits einiges erreicht, das mit dem Inhalt eines Friedensvertrages zusammenhängt. Wir haben das Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung der DDR gesichert durch die Schaffung der Ordnung an der Grenze, durch die Festigung der Lage in der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik, in Berlin. Wer eine Minderung der Spannungen in Deutschland will, der muß ausgehen von der realen Lage und von dem Möglichen, das schrittweise erreicht werden kann. Genau gesagt: Es ist notwendig, schrittweise die Reste des zweiten Weltkrieges zu beseitigen.

In der Erklärung vor der Volkskammer habe ich unsere Vorschläge ausführlich begründet. Wir gehen also davon aus, daß es an der Zeit ist, daß auch die Westmächte die Konsolidierung beider deutscher Staaten zur Kenntnis nehmen und ihre Aufmerksamkeit darauf konzentrieren, die Gefahrenherde der Kriegsprovokationen in Deutschland zu beseitigen. Deshalb begrüßen wir den Vorschlag des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, Genossen Chruschtschow, über den Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen beiden Staatenblocks.

Wir begrüßen weiter die Vorschläge der Sowjetregierung auf Sicherungsmaßnahmen gegenüber Überraschungsangriffen durch Einrichtung bestimmter Kontrollposten

Besonders begrüßen wir den Vorschlag auf Nichtverbreitung von Kernwaffen. Dieser Vorschlag ist deshalb besonders wichtig, weil jede Verfügung weiterer Staaten über Kernwaffen die Kriegsgefahr erhöht. Eine direkte Bedrohung des Friedens wäre es, wenn die Bonner Regierung und ihre Hitlergenerale, die eine revanchistische Politik betreiben, durch die Teilnahme an einer multilateralen Atomrüstung der NATO die Mitbestimmung über Kernwaffen erhalten würden. Es ist eine der vordringlichsten Aufgaben der Friedenskräfte in Deutschland, alle Kräfte in der Welt dagegen zu mobilisieren, daß die westdeutschen Hit-

lergenerale Mitbestimmung über Kernwaffen erhalten.

Der Vorschlag der Sowjetunion über die Verminderung der Rüstungsbudgets entspricht völlig den Interessen des deutschen Volkes. In der Deutschen Demokratischen Republik führen wir keine Aufrüstung durch. Wir verbessern lediglich die Qualität unseres Schutzes an der Grenze, zu Wasser wie in der Luft. Wir sind überzeugt, daß die westdeutsche Bevölkerung es begrüßen würde, wenn eine sofortige Senkung des Rüstungsbudgets stattfinden würde und ein Rüstungsstopp erfolgt.

In dem Brief eines Wählers an mich heißt es:

Manche westdeutschen Bürger vertreten die Auffassung, das Haupthindernis für ein Zusammenleben der Deutschen in Ost und West und für eine Lösung der Deutschlandfrage sei die Grenze.

Die Grenze ist kein Hindernis für eine Verständigung und für das Zusammenleben der Deutschen in Ost und West, so wie auch die Grenzen zwischen anderen Staaten kein Hindernis für die Entwicklung guter und sogar freundschaftlicher Beziehungen zu sein brauchen.

Das Haupthindernis ist die Revanchepolitik und die wahnwitzige Politik der Aufrüstung und Kriegsvorbereitung der in Westdeutschland herrschenden militaristischen und revanchistischen Kräfte. Wenn die vernünftigen friedliebenden und demokratischen Kräfte in Westdeutschland sich durchsetzen und wenn Westdeutschland zu einer Politik der Vernunft und des guten Willens und der Verständigung bereit ist, wird kein Mensch mehr über die Grenze zu reden brauchen.

Ein Bürger der DDR stellte in einem Brief an mich fest:

Die Nationale Front des demokratischen Deutschland sagt, sie tritt für die Interessen des deutschen Volkes ein und spricht für das deutsche Volk. Andererseits aber erklären Adenauer-CDU und Bonner Regierung laut und aufdringlich, sie seien es, die für ganz Deutschland sprächen. Sie seien allein dazu berechtigt.

Wie steht es damit? Wer vertritt nun wirklich die Interessen des deutschen Volkes? Wer also hat das Recht, für das deutsche Volk zu sprechen?

Das deutsche Volk kann nur in Frieden gedeihen. Friede und Verständigung sind

seine Lebensgrundlage. Welcher deutschen Staat, frage ich nun, tritt konsequent für Frieden und Verständigung ein? Kein Zweifel: Das ist nur die DDR. Seit ihrer Gründung verfolgt sie konsequent eine Politik des Friedens und der Verständigung durch Verhandlungen. Die Adenauer-Politik dagegen ist konsequent auf die Verhinderung jeder Entspannung und damit auf die Torpedierung des Friedens gerichtet. Das haben

Wo ist der Weg zur Überwindung der Spaltung unseres Volkes?

Aus meinen Darlegungen geht hervor, daß sich jeder real denkende Mensch sagen muß, daß die Einheit Deutschlands nur auf dem Wege der schrittweisen Beilegung der Reste des Krieges, auf dem Wege der Abrüstung und der Zusammenarbeit in einer Konföderation erreicht werden kann. Unsere Vorschläge über die Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten, über die Einstellung jeder Kriegspropaganda, den Rüstungsstopp usw. und die Bildung gemeinsamer Kommissionen durch die Verständigung der Regierungen — sie zeigen den Weg zur friedlichen Lösung der deutschen Frage und zu einem einigen deutschen Friedensstaat.

Es gibt Leute in Westdeutschland, die vertreten die absurde Meinung, durch Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Staaten und die Bildung einer Konföderation würde die Spaltung verhärten und die Wiedervereinigung erschweren, wenn nicht sogar unmöglich gemacht.

Es ist natürlichbarer Unsinn, daß Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Staaten, ihre Annäherung und Zusammenarbeit in einer Konföderation, die Wiedervereinigung erschweren oder verhindern würden. Genau das Gegenteil ist der Fall. Die Ablehnung von Verhandlungen und die Ablehnung einer Zusammenarbeit der deutschen Staaten in einer Konföderation bedeutet Verzicht auf Überwindung der Spaltung Deutschlands, zementiert die Spaltung und rückt eine Lösung der deutschen Frage in immer weitere Ferne. Wir sind der Meinung, daß die Weigerung der westdeutschen Regierung, die Realität der Existenz zweier deutscher Staaten und eines besonderen Territoriums Westberlin anzuerkennen, das Haupthindernis für eine Überwindung der Spaltung ist.

Es gibt auch in Westdeutschland verantwortungsbewußte Politiker, die anerkennen, daß gerade das Beharren auf einer unfruchtbaren Nichtanerkennung der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges und der Existenz zweier deutscher Staaten und eines besonderen Territoriums Westberlin die Spaltung Deutschlands

wir gerade erst in den letzten Wochen im Zusammenhang mit dem Moskauer Abkommen über die Teileinstellung nuklearer Versuchsexplosionen erlebt.

Die DDR-Politik entspricht also den Lebensinteressen des deutschen Volkes. Die Adenauer-Politik widerspricht diesen Lebensinteressen. Also hat die Nationale Front des demokratischen Deutschland recht.

Selbst Politiker, die auf dem Boden der Bonner Politik stehen, sind gezwungen festzustellen, daß die Politik des kalten Krieges und der Vorrang der Aufrüstung vor der Politik der Wiedervereinigung, der zum Grundsatz der Bonner Politik wurde, die Wiedervereinigung nicht nähergebracht, sondern in weitere Ferne gerückt hat.

Wir sehen auch, daß sich in den imperialistischen Ländern, die mit Westdeutschland in der NATO verbündet sind, die Stimmen häufen, die ganz offen aussprechen, daß weder die USA noch Großbritannien, noch Frankreich in irgendeiner Weise an einer deutschen Wiedervereinigung interessiert sind. Ganz im Gegenteil. Bonn spielt diesen imperialistischen Gegnern eines einheitlichen Deutschlands in die Hände, indem es eine so irreal Position einnimmt wie die törichte Behauptung von der Nichtexistenz der DDR, von der Unmöglichkeit von Verhandlungen der beiden deutschen Staaten usw., denn diese imperialistischen Mächte brauchen ja nur der Bonner Position zuzustimmen, um ganz sicher zu sein, daß eine Überwindung der Spaltung Deutschlands auf diesem Wege jedenfalls nicht zustande kommen kann.

Das ist eine ganz raffinierte Taktik. Sie ist für die USA und die anderen imperialistischen Mächte bequem. Denn sie können die Forderung nach Wiedervereinigung auf der Grundlage der Bonner Position gelegentlich wohlwollend erwähnen und wissen doch ganz genau: Wer die irreal Politik der Bonner Regierung in der deutschen Frage unterstützt, riskiert nicht, daß mit dieser Politik die deutsche Einheit jemals Wirklichkeit werden könnte.

Nur die Deutsche Demokratische Republik hat reale Vorstellungen für die friedliche Lösung des deutschen Problems und die Überwindung der deutschen Spaltung entwickelt. Wir sind der Ansicht, daß die Bürger der beiden deutschen Staaten trotz der fortgeschrittenen Entfremdung, die von Bonn und den imperialistischen Westmächten nach Kräften gefördert wird, immer noch viele gemeinsame Interessen haben, die eine Annäherung, eine Verständigung

und eine Zusammenarbeit in einer deutschen Konföderation ermöglichen

Es ist offenbar völlig irreal, wenn westdeutsche Politiker der Illusion anhängen, sie könnten den Sozialismus im deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staat liquidieren und die Herrschaft der Monopole auf das freie Volk der DDR ausdehnen. Es wäre andererseits auch irreal, heute zu fordern, daß in Westdeutschland erst der Kapitalismus beseitigt sein müßte, bevor der Weg der Überwindung der Spaltung besritten werden kann und bevor die beiden deutschen Staaten in einer Konföderation zusammenarbeiten können

Unser Vorschlag der Konföderation trägt den Realitäten und der gegebenen Lage Rechnung. Natürlich sind wir der Überzeugung, daß schließlich auch in Westdeutschland der Sozialismus siegen wird. Aber es wäre nicht real, den Sieg des Sozialismus in Westdeutschland zur Voraussetzung für eine Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten oder der Bildung einer Konföderation zu machen. Der friedliche Wettbewerb zwischen den beiden deutschen Staaten im Rahmen der deutschen Konföderation, die schließlich — davon bin ich überzeugt — zustande kommen wird, wird zu unseren Gunsten entschieden werden.

Der Weg der Überwindung der Spaltung ist offenbar lang. Manche bedauern das. Ich bedaure das auch. Wenn die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens der drei Mächte durchgeführt worden wären und die Adenauer-Regierung nicht eine so konsequente Politik der Zementierung der Spaltung betrieben hätte, wäre der Weg wahrscheinlich kürzer. Aber um so notwendiger ist es doch, den einzig möglichen, den einzig realen Weg zur Überwindung der Spaltung bald zu beschreiten und nicht noch weitere kostbare Zeit zu verlieren. Die friedlichen Kräfte in Westdeutschland tragen eine große Verantwortung.

Den konkreten Weg stellen wir uns so vor, daß zunächst einmal die beiden deutschen Staaten auf der Grundlage der Anerkennung der realen Lage ein Abkommen der Vernunft und des guten Willens schließen, das einige brennende Probleme bereinigt und zur Sicherung des Friedens für das deutsche Volk beiträgt.

Wir haben darüber hinaus Westdeutschland zur Vorbereitung der Zusammenarbeit in einer deutschen Konföderation die Bildung einer Reihe gemeinsamer Kommissionen vorgeschlagen, die für die künftige weitergehende Lösung von sehr großer Bedeutung werden können.

Ich möchte heute betonen:

Wir sind nach wie vor bereit, darüber zu verhandeln, daß die beiden deutschen

Regierungen und der Senat von Westberlin eine gemeinsame Kulturkommission einsetzen, die Vorschläge für die kulturelle Zusammenarbeit der deutschen Staaten und des besonderen Territoriums Westberlin und ihrer Bürger ausarbeiten. Es wäre — so meine ich — doch gut, wenn auf diese Weise das, was uns auf dem Gebiet der Kultur verbindet, stärker gefördert würde. Welcher Deutsche kann eigentlich dagegen sein?

Wir sind nach wie vor bereit, darüber zu verhandeln, daß die beiden deutschen Regierungen und der Senat von Westberlin eine gemeinsame Kommission für das Erziehungswesen bilden. Sie könnte dazu beitragen, das in Westdeutschland und Westberlin ungewöhnlich stark zurückgebliebene Erziehungswesen auf einen der heutigen Zeit entsprechenden Stand zu bringen. Die Erfahrungen der DDR wären dabei sehr nützlich. Welcher Deutsche kann eigentlich dagegen sein?

Wir sind nach wie vor bereit, darüber zu verhandeln, daß die beiden deutschen Regierungen und der Senat von Westberlin eine gemeinsame Kommission für Fragen des Rechts und der Rechtshilfe bilden, die die Zusammenarbeit der deutschen Staaten auf diesem Gebiet fördert und Vorschläge für die weitere Entwicklung ausarbeitet. Welcher Deutsche kann eigentlich dagegen sein?

Wir sind nach wie vor bereit, darüber zu verhandeln, daß die Regierungen der beiden deutschen Staaten und der Senat in Westberlin eine gemeinsame Kommission für Fragen der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und technischen Zusammenarbeit ins Leben rufen. Sie könnte für alle Beteiligten nützlich sein. Natürlich bedarf es auch normaler, ordentlicher Handelsverträge. Welcher Deutsche kann eigentlich dagegen sein?

Wir sind nach wie vor bereit, darüber zu verhandeln, daß beide deutsche Regierungen eine gemeinsame Kommission für Fragen des Verkehrs einschließlich des Reiseverkehrs bilden, die gut fundierte Vorschläge für eine vernünftige Gestaltung des Personen- und Güterverkehrs zwischen den beiden deutschen Staaten — einschließlich des Transitverkehrs — ausarbeitet. Welcher Deutsche, dem die Interessen des deutschen Volkes am Herzen liegen, kann eigentlich dagegen sein?

Wir sind nach wie vor bereit, darüber zu verhandeln, daß auch auf anderen Gebieten Kommissionen der beiden deutschen Staaten und des besonderen Territoriums Westberlin gebildet werden, um ein Weiterfressen der Spaltung zu verhindern und eine allmähliche Annäherung und Zusammenarbeit einzuleiten. Das alles wären gute Schritte zur Konföderation und Überwindung der deutschen Spaltung.

Dabei brauchen wir gar nicht die bestehenden Meinungsverschiedenheiten in Fragen, die die Gesellschaftsordnung betreffen, zu vertuschen oder irgendwie zu beschönigen.

Ich möchte wiederholen: Trotz aller Meinungsverschiedenheiten und sogar Gegensätzen in Fragen von prinzipieller Bedeutung haben die Deutschen in Ost und West gewichtige gemeinsame Interessen.

Jeder einmal in der DDR

In den letzten Monaten waren die Blicke der Welt mehr als einmal auf die Deutsche Demokratische Republik gerichtet. Wir haben eigentlich keinen besonderen Anlaß dazu gegeben. Wir haben nur unsere Pflicht gegenüber unserem Volk wie gegenüber der Sache des Friedens der Welt erfüllt und sind mit unserer Unterschrift dem Moskauer Abkommen über die Einstellung der Kerntests beigetreten. Die Bonner Regierung hatte das zum Anlaß genommen, in die ganze Welt hinauszuposaunen: Seht an, was das für eine Regierung in Berlin ist! Sie hat es so eilig mit ihrem Beitritt zum Abkommen über die Einstellung der Kerntests. Wie kann das eine deutsche Regierung nur tun?

Wir hatten — offen gesagt — eine solche umfassende propagandistische Hilfe durch die Bonner Regierung nicht erwartet. Alle Welt wurde mit der Nase darauf gestoßen, daß es eben heute in Deutschland einen Staat gibt, der vorbehaltlos für die Sicherung des Friedens, für Verständigung und Abrüstung kämpft. Viele Menschen in der Welt können es noch heute kaum fassen, daß in Deutschland, von dem zwei Weltkriege ausgingen und das sich durch die barbarischste faschistische Herrschaft auszeichnete, ein Friedensstaat entstanden ist. Er genießt wachsende Sympathie bei allen Friedensfreunden in der Welt.

Viele Menschen fragen sich:

Wie konnte ein solches Wunder geschehen, daß im Land der faschistischen Weltoberer, der Judenverfolger, der nazistischen Herrenmenschen ein deutscher Friedensstaat heranwuchs, in dem der deutsche Humanismus wiedererstand und in der sozialistischen Ethik seine Vollendung findet?

Immer mehr Menschen in den verschiedensten Ländern haben den Wunsch, diesen deutschen Friedensstaat zu besuchen. Sie möchten sich sachlich über den deutschen Staat informieren, in dem es keine Atomkriegspolitik, keine Kriegshetze, keine Rassenhetze gibt. Sie möchten sich sachlich über das Land informieren, das sich weder durch westdeutsche Militäristen noch durch Plastikbombern Westberliner Ultras in seiner friedlichen Poli-

Wir sind bereit, schon morgen mit Verhandlungen über die Sicherung des Friedens in Deutschland und die friedliche Zusammenarbeit der deutschen Staaten zu beginnen.

Wir sind der Ansicht: Niemand hat das Recht, über die Spaltung Deutschlands zu jammern, der selbst alle realen Schritte zur Überwindung der Spaltung prinzipiell ablehnt.

tik, seinem friedlichen sozialistischen Aufbau und in seiner ständigen Stärkung des ersten Friedensstaates des deutschen werktätigen Volkes stören läßt.

Der Wunsch, dieses gute Land — unsere Deutsche Demokratische Republik — zu besuchen, wird immer stärker. Die Zahl der Studiendelegationen westdeutscher Arbeiter und Bauern nimmt zu. Angehörige der Intelligenz interessieren sich für unser wissenschaftliches und kulturelles Schaffen. Aus Amerika, England, Italien, Frankreich kommen immer mehr Touristen. Ihre Zahl ist bereits so groß, daß wir beschleunigt neue Hotels bauen müssen. Die unfreiwillige Bonner Werbung für Informationsreisen in die DDR hat zu einem Strom ausländischer Reisender in die DDR geführt, dem wir große Beachtung schenken sollten. Die Wahrheit über die Deutsche Demokratische Republik, die gleich einem Leuchtturm von deutschem Boden aus, mitten in Westeuropa, von der Sache des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus kündigt, verbreitet sich immer weiter.

Jeder einmal in der DDR! Das war der Ruf westdeutscher Bürger, die uns anlässlich der Leipziger Messe besuchten. Möge dieser Ruf in alle Orte Westdeutschlands, in alle Städte der USA, Großbritanniens, Italiens, Frankreichs, der skandinavischen Länder dringen.

Die Nationale Front des demokratischen Deutschland und alle Bürger der DDR, die Großes geleistet haben, werden mit Stolz den Besuchern aus anderen Ländern ihre Errungenschaften zeigen.

Unter dem Trommelfeuer der westdeutschen Revanchepolitiker und Militaristen und feindlichen Rundfunkstationen hat unser Volk zielbewußt seinen Friedensstaat aufgebaut, seine Wirtschaft gefestigt und sein kulturelles Leben schöner und reicher gestaltet. Mögen sich die ausländischen Besucher mit den Leistungen unserer Wirtschaft vertraut machen! Mögen sie unser Schulwesen mit dem zurückgebliebenen Schulwesen Westdeutschlands vergleichen! Mögen sie ihre Meinung sagen über die Grund-

rechte unseres Volkes, über die Gleichberechtigung der Frau, über die Rechte der Jugend und über die Ergebnisse der genossenschaftlichen Arbeit im Dorf.

Wir bitten alle, die unser Land besuchen, zu berücksichtigen, daß wir erst am Ende unseres Siebenjahrplanes vom Sieg des Sozialismus werden sprechen können. Aber das heute schon Erreichte zeugt von der Richtigkeit unseres Weges. Westdeutschland hingegen wird erschüttert werden durch die Widersprüche, die

sich aus seiner ganzen militaristischen Politik und der Aufrüstung ergeben.

Es ist unsere geschichtliche Leistung, daß wir vor dem ganzen deutschen Volke beweisen: Es gibt einen friedlichen Weg zum Wohlstand und Glück des deutschen Volkes.

Unsere Sache ist die Sache des Friedens, der Menschlichkeit, der Gerechtigkeit! Deshalb gehört der Nationalen Front des demokratischen Deutschland die Zukunft in Deutschland.

Das Abkommen über den Atomteststopp und der Kampf um eine Wende in der Bundesrepublik

— von FRIEDRICH —

Das Moskauer Abkommen über das Verbot von Atombombenversuchen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser hat einen äußerst großen und nachhaltigen Einfluß auf die politische Entwicklung in der Bundesrepublik ausgeübt. Alle grundlegenden Fragen der westdeutschen Politik stehen nun, wie bisher wohl noch nie, zur Diskussion. Nicht etwa, weil Adenauer als Bundeskanzler ausscheidet, stellen die Menschen die Frage, wie es nun weitergehen soll, sondern, weil es immer sichtbarer wird, daß die internationale Entwicklung über die Adenauer-Politik hinweggeht, daß diese Politik anachronistisch ist. Und gerade das Moskauer Abkommen über den Atomteststopp hat dies sichtbar gemacht.

In den „Blättern für deutsche und internationale Politik“ charakterisiert Dr. Achim v. Borries die Bonner Politik zutreffend mit folgenden Worten:

„Seit 1950 hatte Bonn ausschließlich auf die Karte des Kalten Krieges gesetzt. Spätestens am 13. August 1961 war unabweislich, daß diese außenpolitische Kalkulation Mitteleuropa zum weltpolitischen Krisenherd Nummer Eins gemacht und zu einer heillosen Spannung zwischen den beiden Teilen Deutschlands geführt hat. So war dieser 13. August ein unmißverständliches Menetekel. Aber man hat aus ihm nichts gelernt, nichts lernen wollen, sondern sich einerseits mit bequemer und selbstgerechter Anti-Mauer-Propaganda begnügt, andererseits die Aufrüstung fortgesetzt.“)

Die Scharfmacher in Bonn setzen die Aufrüstung nicht nur fort, sondern forcieren diese immer mehr. Der Rüstungs-etat verschlingt einen ständig größer werdenden Teil des Staatshaushaltes,

1) „Blätter für deutsche und internationale Politik“, Heft 8/63, S. 594

wobei die Zuwachsrate des Bonner Rüstungs- etats die größte von allen NATO-Staaten ist.

Das Charakteristische der Bonner Rüstungspolitik aber ist darüber hinaus, das Gieren nach der Verfügungsgewalt über Atomwaffen, wobei die Militaristen gleichzeitig auf drei Wegen vorgehen:

1. im Geheimen die Voraussetzungen für die eigene Atomwaffenproduktion zu schaffen;

2. sich an der französischen Atombombenproduktion zu beteiligen sowohl was die Forschung wie die Finanzierung anbelangt. Dabei wollen die deutschen Imperialisten auch eventuelle eigene Entwicklungen von Atomwaffen auf den französischen Versuchsfeldern erproben, da sie ja keine eigenen Möglichkeiten dazu haben. Dies war wohl auch einer der wichtigsten Gründe für die deutschen Imperialisten und Militaristen, den Pakt Adenauer—de Gaulle abzuschließen;

3. über die sogenannte multilaterale oder multinationale Atomstreitmacht der NATO zu Atomwaffen zu gelangen.

Das Moskauer Abkommen bewirkte, daß unmittelbar der weiteren Verseuchung der Luft und des Wassers mit gefährlichen radioaktiven Stoffen Einhalt geboten wurde. Dieser Umstand bedeutet den Bonner Scharfmachern wenig. Sie haben die Gefahren der Atombombenversuche immer im Interesse ihrer Atompolitik bagatellisiert, wie sie auch die Gefahr der Atomwaffen verniedlichten. („Weiterentwicklung der Artillerie“ — wie Adenauer einmal sagte).

Das Atomtestverbot ist gleichzeitig ein schwerer Schlag gegen die Absicht der westdeutschen Atompolitiker, eigene Atomwaffen zu entwickeln oder sich an der französischen Atomproduktion zu beteiligen. Der Vertrag kann dazu dienen, die weitere Ausbreitung von Atom-

waffen zu verhindern. Er ist ein Anfang auf dem Wege der internationalen Entspannung:

„Die Vereinbarung über das Verbot der Kernwaffenversuche beweist, daß man bei der Lösung internationaler Probleme auf einer für beide Teile annehmbaren Grundlage Erfolge erzielen kann, wenn die interessierten Staaten dies wünschen und danach streben, wenn die Großmächte guten Willen zeigen. Darüber hinaus hoffen wir — und wir denken, daß diese Hoffnung von den Menschen in der ganzen Welt geteilt wird —, daß der Abschluß eines Vertrages über die Einstellung der Kernwaffenversuche zu einer allgemeinen Entspannung der internationalen Lage und damit zur Schaffung einer günstigen Situation für die Lösung längst herangereifter internationaler Fragen beitragen möge.“¹⁾

Aber gerade das fürchten die Scharfmacher in Bonn. Sie wollen durch die atomare Aufrüstung die DDR annektieren und die Sowjetunion zur Kapitulation zwingen. (Siehe den westdeutschen Historiker Golo Mann in „Bestandesaufnahme“.) Der Bankrott dieser Politik ist längst, spätestens aber mit dem

13. August 1961, sichtbar geworden. Dennoch versuchen die Scharfmacher in Bonn ihre unrealistische und lebensbedrohende Politik weiter fortzusetzen. Darum unternehmen und unternehmen sie alles, um jeden Ansatz zur internationalen und innerdeutschen Entspannung zu hintertreiben. So wie das Wettrüsten die internationalen Spannungen und die Kriegsgefahr ungeheuer verschärft, so brauchen die Militaristen und Rüstungsinteressenten die Verschärfung der Spannungen, um das Wettrüsten fortsetzen zu können.

Das sind die ausschlaggebenden Gründe, warum die Bonner Scharfmacher versucht haben, den Abschluß des Vertrages zu hintertreiben, warum sie dem Vertrag nicht beitreten wollten und Strauß den unsinnigen Vergleich mit dem Münchener Abkommen von 1938 anstellte. Nicht die Unterschrift der Deutschen Demokratischen Republik war also das Hindernis. Im Gegenteil. Die Unterschrift der Deutschen Demokratischen Republik unter dem Vertrag die internationale Öffentlichkeit und die Stimmung der Bevölkerung in der Bundesrepublik zwang die Bonner Regierung schließlich zur Unterschrift.

Atomteststoppabkommen — Ein Erfolg der Anstrengungen aller Friedenskräfte

Der Abschluß des Atomtestverbotes ist das Ergebnis der vereinten Anstrengungen der Friedenskräfte in der ganzen Welt. Die Sowjetunion und die sozialistischen Staaten haben schon vor vielen Jahren ein Abkommen über das Verbot der Atombombenversuche gefordert. Zahlreiche neutrale Staaten sind dafür eingetreten. In allen Völkern wuchs die Besorgnis über die Gefahren weiterer Atombombentests. Auch in der Bundesrepublik gehört ein solches Abkommen seit langem zu den Forderungen der Friedenskräfte.

Sie alle können mit Recht das Moskauer Abkommen als das Ergebnis ihrer Anstrengungen, ihrer unermüdlichen Arbeit buchen. Die Teilnehmer am Ostermarsch, die manchmal auch von gutwilligen Menschen wegen ihres Optimismus nicht verstanden wurden, können mit Recht auf diesen ersten Schritt zur Erfüllung ihrer Forderungen „Stopp der Bombe“, „Gegen die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik“ und „Für allgemeine kontrollierte Abrüstung“ hinweisen.

Daß selbst die Bundesregierung entgegen ihren anfänglichen Erklärungen gezwungen wurde, das Moskauer Abkommen zu unterschreiben, beweist: Auch in der Bundesrepublik können die

Friedenskräfte ihre Forderungen durchsetzen. Das Argument vieler gutwilliger, aber kleingläubiger Menschen: „Die dort oben machen doch was sie wollen, wir können doch nichts ändern“ ist vom Leben widerlegt. Die „dort oben“ in Bonn mußten sich dem Willen der Mehrheit der Bevölkerung beugen. Natürlich wäre es gefährlich, Illusionen darüber zu haben, daß sie etwa ihren Kurs ändern wollen. Nein, sie wollen weiter Minen gegen die Entspannung und Abrüstung legen.

Das verpflichtet gerade die Friedenskräfte in der Bundesrepublik, ihre Anstrengungen zu erhöhen, um eine grundlegende Wende der Politik zu erzwingen, um zu verhindern, daß die Bundesregierung sich immer wieder als Hauptstörenfried der internationalen Entspannung betätigen kann. Die wachsende Erkenntnis von der Gefahr und der Aussichtslosigkeit der Bonner Politik sowie die mit dem Atomtestverbot steigende Zuversicht, daß die Völker erfolgreich für den Frieden kämpfen können, führt auch zur Verbreiterung und Verstärkung der Friedensbewegung in Westdeutschland. Charakteristisch für das Denken und Fühlen der Massen in der Bundesrepublik ist der Bericht einer Frau aus Lübeck: „Am Tage der Unterzeichnung des Moskauer Abkommens sprach ich 53 Leute daraufhin an. Ich bat sie, einen Brief zu unterschreiben, der an die Fraktionen des

¹⁾ Interview des Genossen Chruschtschow vom 26. Juli 1963

Deutschen Bundestages gerichtet war mit der Bitte, diesem Abkommen ebenfalls beizutreten. 50 der Angesprochenen unterschrieben davon die meisten sofort. Spontanes Entgegenkommen wie: „Das ist richtig wir müssen uns alle gegen die Bombe wehren“ Oder „Natürlich, so etwas unterschreibe ich jeden Tag“ war nicht selten.“

Das Moskauer Abkommen führt also nicht zu Illusionen und zur Passivität der Menschen, wie das die Führer der Volksrepublik China behaupten. Unsere Erfahrungen beweisen das Gegenteil. Es weckt neue Hoffnungen, es hebt die Aktivität und zeigt, daß die Volksmassen auch in den imperialistischen Ländern mit Erfolg für die Sicherung des Friedens kämpfen können. Im Ergebnis des Moskauer Abkommens hat sich in der Bundesrepublik die Friedensbewegung verstärkt und verbreitert. Sichtbaren Ausdruck fand das beim Antikriegstag am 1. September.

In den vergangenen Jahren wurde dieser Tag bisher nur von den ausgesprochenen Friedensorganisationen wie Ostermarschkomitees, Internationale der Kriegsdienstgegner, den Friedenskomitees und einigen Jugendgruppen, wie der Naturfreundejugend getragen, aber nur in wenigen Städten von der Gewerkschaftsjugend. In diesem Jahr forderten führende Jugendfunktionäre der Gewerkschaften im Bundesmaßstab zum Antikriegstag auf. In fast allen größeren Städten der Bundesrepublik kam es zu Antikriegsveranstaltungen, auf denen Gewerkschafter, SPD-Landtagsabgeordnete, bekannte Publizisten usw. sprachen. Selbst das Organ des SPD-Parteivorstandes „Vorwärts“ veröffentlichte den Aufruf zum Antikriegstag, obwohl das Präsidium der SPD in einer offiziellen Erklärung sich gegen den Antikriegstag wandte. In Frankfurt am Main sprach auf der Antikriegskundgebung neben dem Bundesjugendsekretär der IG Metall der bekannte katholische Publizist

Prof. Eugen Kogon, der das Moskauer Teststoppabkommen als eine Wendemarke in der internationalen Politik bezeichnete und von dort her die Forderung erhob die Bemühungen zur Durchsetzung der Koexistenz fortzusetzen. In Mannheim sagte der Vorsitzende des DGB-Kreisausschusses Max Jäger, daß für den Frieden der Welt in Deutschland gearbeitet werden muß. Und in München forderte der Bezirkssekretär der IG Metall Bayerns. Erwin Essl, SPD-Landtagsabgeordneter, die Begrenzung der steigenden Rüstungsausgaben in der Bundesrepublik und mehr Mittel für Bildung und soziale Zwecke.

Wir sehen also, daß ein wesentlicher Schritt zur Überwindung der bisherigen Schwächen der Friedensbewegung in der Bundesrepublik beim diesjährigen 1. September getan wurde. In breitem Maße gelang es, Gewerkschaftsvertreter, d. h. Repräsentanten der stärksten Organisation der Arbeiterklasse, in diese Bewegung einzubeziehen und sie auch durch die Beteiligung katholischer Kreise weiter zu verbreitern.

Wichtig ist, daß auf den Kundgebungen immer wieder zum Ausdruck gebracht wurde: Das Moskauer Teststoppabkommen ist der erste Schritt zur Entspannung. Ihm müssen weitere Schritte folgen, insbesondere der Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen der NATO und den Staaten des Warschauer Vertrages, der Verzicht der Bundesrepublik auf Atomwaffen und Verminderung der Rüstungsausgaben.

Es setzt sich auch die Erkenntnis durch, daß man die Sicherung des Friedens und die nächsten Schritte zur internationalen Entspannung nicht einfach von den „Großen“, von der Verständigung zwischen der Sowjetunion und den USA erwarten kann, sondern daß es dazu der eigenen Aktivität bedarf. Die Friedenskräfte in der Bundesrepublik müssen einen deutschen Beitrag zur internationalen Entspannung und Abrüstung erkämpfen.

Für eine realistische Politik in der deutschen Frage

Im engsten Zusammenhang damit wächst die Forderung nach einer realistischen Politik in der deutschen Frage. Immer mehr Menschen erkennen, daß der Anspruch der Bundesregierung, für ganz Deutschland zu sprechen, die Spannungen in Deutschland verschärft, die Spaltung Deutschlands vertieft und die Gefahr des Krieges im Herzen Europas vergrößert. Ein deutscher Beitrag zur internationalen Entspannung erfordert gebieterisch die Verständigung zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik, für die die Regierung und der Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Genosse Walter Ulbricht, wiederholt Vorschläge gemacht haben.

Auf der Wählervertreterkonferenz am 9. September 1963 in Leipzig erklärte Genosse Walter Ulbricht erneut:

„Wir sind bereit, schon morgen mit Verhandlungen über die Sicherung in Deutschland und die friedliche Zusammenarbeit der deutschen Staaten zu beginnen.“

Wir sind der Ansicht, niemand hat das Recht über die Spaltung Deutschlands zu jammern, der selbst alle realen Schritte zur Überwindung der Spaltung prinzipiell ablehnt.“

Die Regierung in Bonn versucht weitere Schritte zur internationalen Entspannung, vor allen Dingen den Abschluß

eines Nichtangriffspaktes und Maßnahmen zum Schutz gegen Überraschungsangriffe, zu torpedieren. Sie erklärt, einem Nichtangriffspakt nur zustimmen zu können, wenn er nicht die Deutsche Demokratische Republik einschließt. Aber wer einen Nichtangriffspakt ablehnt oder an ihn derartige Bedingungen knüpft, beweist doch damit, daß er eine aggressive Politik betreibt, daß er den Angriffskrieg vorbereitet.

Karl-Hermann Flach schrieb am 7. August 1963 in der „Frankfurter Rundschau“ zu der Weigerung der Scharfmacher in Bonn, das Moskauer Atomtestabkommen zu unterschreiben:

„Die gesamte Außenpolitik der Bundesrepublik steht in Gefahr, unglaublich zu werden. Bonn bekennt sich stets und ständig zur allgemeinen, weltweiten und kontrollierten Abrüstung. Dieses Bekenntnis wird aber wertlos, wenn schüchterne Schritte in dieser Richtung bereits an Fragen scheitern sollen, die von der Weltöffentlichkeit im Verhältnis zu dem, was auf dem Spiel steht, als provinziell empfunden werden müssen.“

Er weist damit auf den Widerspruch zwischen den allgemeinen, verbindlichen Erklärungen der Bonner Regierung für Frieden und Abrüstung und ihrer wirklichen Politik hin. In Wahrheit sind die Beteuerungen für eine allgemeine Abrüstung von seiten der Bonner Regierung unglaubwürdig und nur eine Tarnung ihrer wirklichen Absichten. Ihre politische Praxis ist charakterisiert durch das Verlangen nach Atomwaffen, durch die Störmanöver gegen alle Schritte zur internationalen und innerdeutschen Entspannung, durch ihre Ablehnung eines Vorschlages für den Abschluß eines Nichtangriffspaktes und aller Verständigungsvorschläge, die von der DDR gemacht wurden. Auch die neueste Erklärung der Bonner Regierung, Vereinbarungen zur weiteren Entspannung nur zustimmen zu können, wenn damit politische Konzessionen der Sowjetunion verbunden seien, ist ein Ausdruck dafür. Unter „politischen Konzessionen“ versteht die Bundesregierung die Rückgängigmachung der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges. Im Grunde genommen ist das nichts anderes als die Aufnahme der alten Taktik, die die Adenauer-Regierung immer wieder bei Abrüstungsverhandlungen und Verhandlungen über die Lösung des Deutschlandproblems angewandt hat, Maßnahmen der Entspannung und der Abrüstung dadurch zu torpedieren, daß sie diese an unrealistische und unerfüllbare Forderungen knüpft.

Dagegen wächst in der westdeutschen Bevölkerung die Erkenntnis, daß im Interesse der Erhaltung des Friedens

und auch vom Gesichtspunkt der schrittweisen Wiedervereinigung Deutschlands her es notwendig ist, den unrealistischen Standpunkt in der deutschen Frage aufzugeben, die Existenz zweier deutscher Staaten anzuerkennen und Verhandlungen mit der DDR aufzunehmen. Ebenso verstärkt sich die Einsicht, daß es an der Zeit ist, eine deutsche Friedensregelung zu treffen.

Gerade in Anbetracht des Moskauer Teststopp-Abkommens und der bevorstehenden weiteren Verhandlungen über den Abschluß eines Nichtangriffspaktes wachsen die Differenzen selbst in den Regierungsparteien und bis in die Bonner Regierung hinein. In den Regierungsparteien und in der Bonner Regierung zeigen sich eindeutig drei Gruppierungen:

1. die Scharfmacher mit Strauß, Brentano, von Hassel und Krone an der Spitze, die auch heute noch gegen die Ratifizierung des Moskauer Vertrages durch die Bundesrepublik auftreten;

2. eine Gruppe, die in Anbetracht der internationalen Entwicklung und der Stimmung der Bevölkerung in Westdeutschland etwas elastischer vorgehen möchte, die darum für den Beitritt der Bundesrepublik zum Teststopp-Abkommen war, obwohl sie im wesentlichen die Bonner Politik fortsetzen will;

3. solche Kräfte, die, wie z. B. der Vizepräsident des Bundestages Dehler (FDP), für Verhandlungen mit der Sowjetunion sind, mit dem Ziel der Entspannung der Lage in der Welt und in Deutschland und die dabei in einem gewissen Maße bereit sind, die Realitäten anzuerkennen.

Noch schärfer sind die Differenzen in der SPD. Hier wächst unter den sozialdemokratischen Arbeitern, vor allem den Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionären, die Bereitschaft, Aktionen für die Durchsetzung einer auf Frieden und Abrüstung orientierten Politik für die Verteidigung der Demokratie und gegen die Notstandsgesetze, für die Verbesserung der sozialen Lage der Werktätigen, für bessere Bildung und Gesundheitsschutz durch Einschränkung der Rüstungsausgaben zu unternehmen. Aber auch in der Führung der SPD selbst wachsen die Differenzen zwischen jenen, die nach wie vor die Politik der Gemeinsamkeit mit der Spitze der CDU/CSU betreiben. Der schärfste Repräsentant dieser Richtung ist Herbert Wehner, der die Adenauer-Politik bereits 1962 durch die Bildung einer großen Koalition unter Adenauer retten wollte und auch heute für die Fortsetzung dieser Politik eintritt.

Diese Gruppe um Wehner bringt die SPD auch immer stärker in Gegensatz zu anderen europäischen sozialdemokratischen Parteien, wie das deutlich wurde

bei der Zustimmung der SPD-Bundestagsfraktion zum Vertrag Adenauers mit de Gaulle, während die französische Sozialdemokratie diesen Vertrag ablehnte und gegen seine Ratifizierung stimmte. Die Wehner-Politik steht auch im Gegensatz zur Labour-Party, die in der deutschen Frage eine auf Entspannung gerichtete Politik vertritt und die Bildung einer atomwaffenfreien und militärisch verdünnten Zone in Europa fordert. Es ist charakteristisch, daß sich auch hier Wehner auf einer Linie mit den Scharfmachern der CDU/CSU befindet, die heftige Angriffe gegen den Führer der Labour-Party Wilson wegen dessen Rede vor dem Treffen der Sozialdemokraten in Hamburg richtete. Wie sehr jedoch unter dem Einfluß der weltpolitischen Entwicklung die Auffassungen selbst in der Spitze der SPD auseinandergehen, zeigt sich daran, daß der Vorsitzende der SPD Ollenhauer an die Beschlüsse des Stuttgarter Parteitages, Beschlüsse gegen die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik, für Abrüstung usw. erinnerte, weshalb er von Wehner und Carlo Schmid angegriffen wurde. Wie sehr auch unter führenden Funktionären der SPD Überlegungen angestellt werden sich von der unrealistischen Adenauer-Politik frei zu machen, beweist die Rede des Leiters des Presse- und Informationsamtes Westberlin, Egon Bahr, vom 15. Juli 1963 vor dem politischen Club der evangelischen Akademie Tutzing. Bahr sagte hier, daß die erste Folgerung aus der internationalen Entwicklung für Deutschland sei, „daß die Politik des ‚alles oder nichts‘ ausscheidet“. Er nannte diese Politik der Bundesregierung hoffnungslos antiquiert und sinnlos. Bahr sagte, „heute ist klar, daß die Wiedervereinigung nicht ein einmaliger Akt ist, sondern ein Prozeß mit vielen Schritten und vielen Stationen“. Er nannte jede Politik zur Beseitigung der DDR aussichtslos und forderte von diesem Gesichtspunkt her die Einrichtung einer westdeutschen Behörde, die sich nicht nur mit Fragen des Interzonenhandels beschäftigt, „sondern mit allen Fragen die zwischen den beiden Teilen Deutschlands von praktischem Interesse sind“.

Wenn dies auch nur erste zaghafte Versuche sind zu einer realistischen Po-

litik und zur Befürwortung von Verhandlungen mit Vertretern der DDR, so muß man es doch als Versuch werten, von der bisherigen Unterstützung der Adenauer-Politik durch die rechten SPD-Führer abzugehen. Es ist darum nicht verwunderlich, daß die Scharfmacher in Bonn über diese Rede Bahrs herfielen, worauf die Führung der SPD prompt von Bahr abbrückte.

Die Friedenskräfte in der Bundesrepublik haben, wenn sie ihre Aktivität erhöhen, große Chancen, in allen Bevölkerungsschichten und in allen Parteien für ihre Bestrebungen Unterstützung zu finden. Dabei ist nicht ausschlaggebend, ob alle diese Kräfte bereit sind, sich schon jetzt zu gemeinsamen Aktionen zusammenzuschließen, wenn sie nur bereit sind für die Forderungen einer Politik der Vernunft, einer Politik der Entspannung in Deutschland und in der Welt, der Abrüstung und der Sicherung des Friedens einzutreten. In der „Programmatischen Erklärung“ unserer Partei heißt es:

„Der Widerstand des Volkes gegen die Gefährdung seiner Rechte und seines Lebens entfaltet sich in vielfältigen Formen auf der Grundlage der Gewerkschaften und innerhalb der sozialdemokratischen Bewegung, im Bauernverband und in Notgemeinschaften des Landvolkes, in Kreisen der Geistesschaffenden und an den Universitäten, unter evangelischen und katholischen Geistlichen und Laien, in den Organisationen und Gruppen der Jugend und der Frauen, in der Ostermarschbewegung der Atomwaffengegner und anderen Friedensorganisationen. Das Streben nach einer Alternative zur ‚Politik der Stärke‘ findet seinen Ausdruck auch in der Deutschen Friedensunion, die sich die Aufgabe der Sammlung von Anhängern einer Politik der Verständigung und der Neutralität stellt.“

Die Bedingungen des Kampfes gegen die Militaristen stellen alle friedliebenden, demokratischen Organisationen und Gruppierungen vor die Notwendigkeit, die eigene Aktivität zu erhöhen und bei Wahrung ihrer Selbständigkeit und ihrer besonderen Ziele vereint zu schlagen.“^{*)}

Wem nutzen die Verwirrungsmanöver der Führer der Volksrepublik China?

Die Friedenskräfte können nur mit größtem Befremden und entschiedener Ablehnung von der Haltung der Führer der Volksrepublik China zu dem Moskauer Vertrag Kenntnis nehmen. Es dient nicht den Friedenskräften in der

Bundesrepublik, wenn die Stellungnahmen der Führer der Kommunistischen Partei Chinas gegen die Politik der KPdSU und anderer kommunistischer und Arbeiterparteien an fortschrittliche Menschen in der Bundesrepublik verschickt werden. Das kann nur dazu angetan sein, Verwirrung unter den fortschrittlichen Menschen anzurichten.

^{*)} „Wissen und Tat“, Sondernummer Juni 1963, S. 31

Es ist sehr aufschlußreich, welche Wirkung sich die Organe des Bonner Staates mit dem Versand dieser Materialien versprechen. Während der Verfassungsschutz Postsendungen aus der DDR und aus anderen sozialistischen Ländern einer intensiven Zensur unterwirft, einen Großteil der Briefsendungen beschlagnahmt und mit allen Mitteln versucht, die Verbreitung der Materialien der KPD zu unterdrücken, werden die Schriften aus China, die sich gegen die Politik der KPdSU und der überwiegenden Mehrheit der kommunistischen und Arbeiterparteien richten, ohne Beschlagnahme weitergeleitet. Mehr noch, die Bonner Unterdrückungsorgane, wie der Verfassungsschutz, der Bundesnachrichtendienst usw. spielen den Propaganda-Zentralen Adressen fortschrittlicher Menschen zu, damit auch diese mit dem chinesischen Material versorgt werden.

Wer aber in der Bundesrepublik sich durch den schillernden Ton abstrakter, revolutionär klingender Thesen der chinesischen Führer täuschen ließ, muß aus der Haltung der Führer der Volksrepublik China zu dem Moskauer Abkommen über ein Atomtestverbot erkennen, daß diese Politik abenteuerlich und für die Entwicklung des antiimperialistischen Kampfes schädlich ist. Jeder denkende Mensch fragt sich doch: wer tritt in der Welt gegen das Moskauer Abkommen auf? Das sind in der Bundesrepublik die größten Scharfmacher, wie Strauß, Brenntano, von Hassel usw., das sind in den USA die wütendsten Kriegshetzer, die Kräfte, die gegen jede Abrüstung, gegen die Einstellung des Wettrüstens, für den Präventivkrieg sind und die den Überfall auf die Volksrepublik Kuba forderten. Das ist die de Gaulle-Regierung in Frankreich.

Mit ihrer Ablehnung des Moskauer Abkommens geraten die Führer der Volksrepublik China an die Seite der schlimmsten imperialistischen Scharfmacher. Wer also in der Bundesrepublik Propaganda gegen das Moskauer Abkommen macht, der stellt sich gegen die Friedenskräfte, der kann mit dieser Propaganda nur den Scharfmachern um Strauß, aber nicht den Kämpfern gegen Militarismus und Krieg, für Frieden, Demokratie und gesellschaftlichen Fortschritt helfen.

Die Führer der Volksrepublik China werfen der Sowjetunion vor, sie habe mit dem Moskauer Vertrag eine Minute Ruhe für ein Jahrhundert voller Leiden eingetauscht. In Wahrheit ist das Moskauer Abkommen der erste Schritt, ein Anfang für weitere Maßnahmen der Entspannung, die die Menschheit von der Drohung der Atombombe, von der schrecklichen Ge-

fahr eines Atomkrieges befreien soll. Besonders die Bevölkerung der Bundesrepublik muß sich darüber im klaren sein, daß einige Minuten Atomkrieg Westdeutschland in eine Stätte des Grauens, der Vernichtung, des Sterbens verwandeln würde.

Die Führer der Volksrepublik China behaupten, der Charakter des Moskauer Abkommens zeige sich schon darin, daß die Adenauer-Regierung dieses Abkommen unterzeichnet habe. Aber jeder westdeutsche Bürger weiß, daß die Adenauer-Regierung dieses Abkommen nicht unterzeichnen wollte, daß sie durch den Druck der Bevölkerung dazu gezwungen wurde und daß die schlimmsten Scharfmacher in Bonn auch heute noch Feinde dieses Vertrages sind. Die Führer der Volksrepublik China behaupten, mit dem Vertrag sei der Status der DDR geopfert, sei die DDR international abgewertet worden. Aber die Regierung der DDR hat diesen Vertrag sofort unterschrieben, damit wurde international und in Deutschland wieder einmal sichtbar, daß die Deutsche Demokratische Republik der deutsche Friedensstaat ist, während die Regierung Westdeutschlands sich gegen jeden Schritt zur Entspannung sperrt.

Auch das Chinesische Friedenskomitee verschickt Briefe, in denen es sich gegen die Weltfriedensbewegung und gegen ihren Präsidenten, den bekannten britischen Gelehrten Prof. Bernal wendet. Auf einer Kundgebung in Peking am 26. Juli 1963 forderte der Vorsitzende des Chinesischen Friedenskomitees Kuó Mo-sho das Recht, das Atomwettertrüsten fortzusetzen, eine Forderung, die nur den Vertretern einer Atomkriegspolitik entgegenkommt.

Auf der Tagung des Präsidiums des Weltfriedensrates in Malmö im März 1963 sprach der chinesische Delegierte Tscheng Scheng-ju ausführlich über das Recht aller Staaten auf den Besitz von Kernwaffen. Er forderte, „sich dem Monopol auf Kernwaffen zu widersetzen“. Solche Auffassungen sind uns nicht unbekannt. Jedoch haben wir sie bisher nur von den schlimmsten Vertretern des Atomwettertrüstens in Westdeutschland, wie Strauß gehört, der erklärte, der Besitz von Atomwaffen sei der Gradmesser der Souveränität eines Staates.

Die Führer der Volksrepublik China haben in der Frage des Kampfes gegen die Atomwaffenversuche eine 180prozentige Schwenkung vollzogen. Der Vorsitzende des Chinesischen Friedenskomitees Dr. Kuó Mo-sho erklärte z. B. noch am 19. Mai 1957: „Die Verstärkung des Kernwettertrüstens und die Fortsetzung der Versuche mit Wasserstoffbomben

stellen eine ständig wachsende Gefahr für den Weltfrieden und die Sicherheit der Menschheit dar. Ihre weitgehenden Folgen werden auch den künftigen Generationen Schaden zufügen.“

Man kann sich diese Schwenkung der Führer der Volksrepublik China nur so erklären, daß sie unter allen Umständen die Verfügungsgewalt über Atomwaffen haben wollen. Würde sich dadurch aber die Sicherheit der Volksrepublik China oder des sozialistischen Lagers erhöhen? Alle Welt weiß, daß die Sowjetunion genügend Atomwaffen hat, um das heiße Blut der imperialistischen Kriegstreiber abzukühlen und deutlich zu machen, daß jeder imperialistische Überfall mit der Vernichtung des Aggressors enden würde. Diese militärische Stärke der Sowjetunion hat verhindert, daß beim Krieg der USA-Imperialisten gegen Nordkorea entsprechend der Forderung Mac Arthurs Atombomben auf Korea und China geworfen wurden. Diese Stärke der Sowjetunion hat bei der Krise in der Formosa-Straße, bei der Suez-Krise und bei der Krise im Karibischen Raum die imperialistischen Aggressoren gezügelt.

Atomwaffen im Besitz der Volksrepublik China sind also zur weiteren Stärkung des sozialistischen Lagers und zum Schutze Chinas nicht erforderlich. Die Weitergabe von Atomwaffen an die Volksrepublik China würde aber dazu führen, daß Atomwaffen auch an imperialistische Mächte gegeben würden, die bisher keine haben. Das hätte die schrankenlose Ausweitung des Besitzes von Atomwaffen zur Folge. Insbesondere würden dann die westdeutschen Imperialisten und Militaristen ihren sehnlichsten Wunsch in Erfüllung gehen sehen: die eigene Verfügungsgewalt über Atomwaffen.

Im Interesse der Erhaltung des Friedens ist nicht die Ausweitung des Besitzes an Atomwaffen, sondern im Gegenteil die Verhinderung der weiteren

Verbreitung von Atomwaffen erforderlich. Wenn die chinesischen Führer ihre Haltung gegen das Moskauer Abkommen vom Wunsch bestimmen lassen, eigene Atomwaffen zu besitzen, so dient das nicht der Sache der Friedenskräfte, sondern ist ausschließlich von einer nationalistischen Haltung bestimmt.

Die Kräfte des Friedens in der Bundesrepublik lassen sich auch nicht dadurch verwirren, daß die Führer der Volksrepublik China neuerdings eine Reihe bekannter Vorschläge der Sowjetunion für Abrüstung und Sicherung des Friedens aufgegriffen haben und als ihre eigenen Vorschläge propagieren. Indem sie den ersten Schritt zur Entspannung, der mit dem Moskauer Abkommen getan wurde, ablehnen, müssen alle Erklärungen, sie seien auch für Abrüstung und friedliche Koexistenz unglaublich sein. Wer reale Schritte zur Entspannung ablehnt, wer die Sowjetunion, die Hauptkraft im Kampf für Frieden, Demokratie und Sozialismus verleumdete, der kann nicht für sich in Anspruch nehmen, eine Politik des Friedens und der friedlichen Koexistenz zu betreiben.

Die Kräfte des Friedens in der Bundesrepublik lassen sich durch keinerlei Manöver von ihrer Aktivität ablenken. Sie richten ihre Hauptanstrengungen dahin, daß nach dem Abschluß des Moskauer Abkommens weitere Schritte zur internationalen Entspannung getan werden und vor allem, daß die Bundesrepublik aufhört, Störenfried dieser Entwicklung zu sein. Sie treten darum für den Abschluß eines Nichtangriffspaktes, für die Verwirklichung der friedlichen Koexistenz in Deutschland, der Entspannung zwischen der Bundesrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik ein. Die Kommunisten in der Bundesrepublik werden entsprechend den Beschlüssen des Parteitages 1963, entsprechend der „Programatischen Erklärung“, in der ersten Reihe dieses Kampfes stehen.

Der Kampf um den Frieden und die falsche Haltung der Führer der KP Chinas

von PETER PFEIL

Verständlicherweise sind die Genossen von ernster Besorgnis erfüllt über den Weg, den die Führer der Kommunistischen Partei Chinas eingeschlagen haben. In vielen Leitungen und Grundeinheiten der Partei wurde über die prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten der chinesischen Führer mit der kommunistischen Weltbewegung diskutiert und die Haltung der Führung der KP Chinas verurteilt. Um allen Genossen die Möglichkeit zu geben, das Wesen und die Ursachen der Meinungsverschiedenheiten völlig zu verstehen, veröffentlicht „Wissen und Tat“ eine Reihe von

Artikeln*) zu Grundfragen, in denen die chinesischen Führer vom Marxismus-Leninismus, von der gemeinsamen Generallinie der kommunistischen und Arbeiterparteien abweichen.

I.

Worin besteht das Wesen der Meinungsverschiedenheiten zum Problem Krieg und Frieden? Die chinesischen Führer versuchen, der internationalen kommunistischen Bewegung in dieser wie in anderen Grundfragen der Strategie und Taktik der Arbeiterbewegung, eine neue, den gemeinsamen Beschlüssen entgegengesetzte „Generallinie“ aufzuzwingen. Sie sind bestrebt, die Generallinie der kommunistischen Weltbewegung, wie sie auf den Moskauer Beratungen von 1957 und 1960 beschlossen wurde, von „links“ zu revidieren und sie durch einen sektiererischen, abenteuer-

lichen Kurs zu ersetzen, der der internationalen Arbeiterbewegung und dem Kampfe um Frieden, Demokratie, nationale Unabhängigkeit und Sozialismus in der Welt ernststen Schaden zufügen würde. Das geschieht in solchen bedeutsamen Fragen wie die Möglichkeit der Verhütung eines Weltkrieges, das Verhältnis zwischen dem Kampfe um den Frieden und der Entwicklung der sozialistischen Revolution und der nationalen Befreiungsrevolutionen, die friedliche Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung, der Kampf um die Abrüstung und anderen.

II.

Die Generallinie der kommunistischen Weltbewegung geht davon aus, daß das Problem Krieg und Frieden das brennendste Problem unserer Zeit ist, daß es keine dringendere Aufgabe für alle demokratischen, friedliebenden Kräfte gibt, als den Schutz der Menschheit vor den Gefahren einer thermonuklearen Katastrophe. „Die kommunistischen Parteien“, heißt es in der Moskauer Erklärung von 1960, „betrachten den Kampf für den Frieden als ihre erstrangige Aufgabe.“)

In dieser Politik lassen sich die kommunistischen Parteien von den Grundinteressen der Arbeiterklasse und der Werktätigen, von den Lebensinteressen aller Völker leiten. Sie setzen damit die großen antimilitaristischen Traditionen der Arbeiterbewegung fort, die stets der entscheidendste Vorkämpfer gegen die vom Kapitalismus und Imperialismus entfesselten Kriege gewesen ist. Zugleich berücksichtigen sie die qualitativen Veränderungen, die sich in der Waffentechnik vollzogen haben, die furchtbare Zerstörungskraft der modernen nuklearen Massenvernichtungswaffen.

„Die beispiellose Zerstörungsgewalt der modernen Kriegstechnik“, heißt es in der Erklärung von 1960, „erheischt gebieterisch, daß alle Antikriegs- und Friedenskräfte die Hauptaktionen auf die Verhütung des Krieges konzentrieren. Man darf die Bekämpfung des Krieges nicht aufschieben, bis er ausgebrochen ist, denn dann kann es für viele Gebiete der Welt schon zu spät sein. Der Kampf gegen die Gefahr eines neuen

Weltkrieges muß entfaltet werden, ehe die Atom- und Wasserstoffbomben zu fallen beginnen.“)

Das ist die klare und eindeutige marxistisch-leninistische Position, die unsere Partei auf dem Parteitag 1963 auf die konkreten Bedingungen des Friedenskampfes in der Bundesrepublik angewandt hat. Diese Position basiert auf dem Grundgedanken, daß es heute kein einziges Problem des gesellschaftlichen Fortschritts der Menschheit gibt, das man losgelöst vom Kampfe um die Verhütung eines Kernwaffenkrieges betrachten könnte. Der sozialistische und kommunistische Aufbau in den Ländern, in denen die Arbeiterklasse bereits gesiegt hat, die weitere Entfaltung der nationalen Befreiungsbewegung und des Kampfes der werktätigen Massen in den kapitalistischen Ländern, alles hängt untrennbar mit der Aufgabe zusammen, eine Kriegskatastrophe zu verhindern, die viele Hunderte Millionen Menschen vernichten, die Zentren der Weltkultur zerstören, ganze Völker ausrotten und ganze Länder in radioaktiv verseuchte Wüsten verwandeln würde.

Umso mehr Befremden muß die Haltung der chinesischen Führer zu den Gefahren eines Atomkrieges und zum Kampfe um seine Verhütung hervorrufen, die man nur als leichtfertig und abenteuerlich bezeichnen kann. Ist es nicht überaus charakteristisch, daß die Führer der KP Chinas in ihrem sehr langen Dokument mit den 25 Punkten keinen Platz fanden für die grundlegenden These der Beschlüsse von 1957 und 1960, daß die kommunistischen Parteien im Kampfe für den Frieden „ihre erstrangige Aufgabe“ sehen? Kann man es als Zufall bezeichnen, daß in den Punkten 14–16 des chinesischen Briefes die sich mit den Problemen von Krieg und Frieden befassen, des langen und brei-

*) Siehe auch in der vorliegenden Nummer den Beitrag: „Zur Politik der friedlichen Koexistenz und die Entwicklung des nationalen Befreiungskampfes“

1) „Wissen und Tat“, Nr. 12/1960, S. 34/35

2) Ebenda, S. 32/33

ten über alle möglichen Dinge gesprochen wird, dieser Grundgedanke der gemeinsamen Beschlüsse der Moskauer Beratungen der internationalen kommunistischen Bewegung aber keinerlei Erwähnung findet? Nein, die nur als abenteuerlich zu kennzeichnende Bagatellisierung der Kernwaffen und eines mit Kernwaffen geführten Krieges, die Unterschätzung des Kampfes um den Frieden als unerläßliche Voraussetzung und Bedingung für die Entfaltung der sozialistischen Revolution und des nationalen Befreiungskampfes liegt der gesamten Haltung der chinesischen Führer zugrunde

Was anderes bedeuten solche Losungen wie „die Atombombe ist ein Papiertiger“ oder das unverantwortliche, mit dem zutiefst humanistischen Geist des Marxismus-Leninismus unvereinbare Geschwätz von einer „höheren Zivilisation“, die sich auf den Ruinen eines Atomkrieges erheben werde, davon, daß das Auftauchen der Kernwaffen „das Vorwärtsschreiten der Geschichte der Menschheit nicht aufhalten“ kann? Wissen die chinesischen Führer denn nicht, daß ein Kernwaffenkrieg die Menschheit, und auch die sozialistischen Länder, um viele Jahrzehnte, ja vielleicht um Jahrhunderte zurückwerfen würde?

Unsere Partei hat wiederholt erklärt, daß wir uns nicht mit einer derartigen Verniedlichung der Atomwaffen und der Folgen eines Atomkrieges abfinden können. Gerade die Imperialisten und besonders die militaristischen Machthaber in Bonn sind bestrebt, vor dem Volke die Gefahren eines Atomkrieges zu bagatellisieren, um von dem verbrecherischen, lebensbedrohenden Charakter ihrer Atomrüstungs- und Revanchepolitik abzulenken. Deshalb hat der Parteitag 1963 in der von ihm beschlossenen „Programmatischen Erklärung“ der KPD unsere Bevölkerung erneut gewarnt, daß

die atomare Rüstung und die Anhäufung amerikanischer Atom- und Raketenwaffen auf westdeutschem Boden im Konfliktfall den Gegenschlag auf die Bundesrepublik zieht, der alles Leben auslöschen würde. Unsere Partei hat erklärt, daß „jede von Verantwortung für Leben und Zukunft unseres Volkes getragene Politik eine solche Katastrophe verhindern muß“.)

Was steckt hinter dem Versuch der chinesischen Führer, die Folgen des Atomkrieges zu verniedlichen? Haben sie so wenig Vertrauen zu den Kräften des sozialistischen Weltsystems, der Arbeiterklasse und der nationalen Befreiungsbewegung, daß sie glauben, die Entwicklung der Revolution von außen, durch einen „revolutionären Krieg“ der sozialistischen Staaten „anpeitschen“ zu müssen? Solche abenteuerlichen Ideen wurden bekanntlich bereits von Lenin im Kampfe gegen Trotzki und die „linken“ Kommunisten zurückgewiesen und sie werden ebenso entschieden heute von der kommunistischen Weltbewegung verurteilt. In der auch von den chinesischen Genossen unterzeichneten Moskauer Erklärung 1960 heißt es: „Die Marxisten-Leninisten waren niemals der Ansicht, daß der Weg zur sozialen Revolution über Kriege zwischen Staaten führt.

Die Wahl dieser oder jener Gesellschaftsordnung ist ein unveräußerliches Recht des Volkes eines jeden Landes. Die sozialistische Revolution wird nicht importiert und kann nicht von außen aufgezwungen werden. Sie ist das Ergebnis der inneren Entwicklung eines jeden Landes, der äußersten Zuspitzung seiner sozialen Gegensätze. Im Sinne der marxistisch-leninistischen Lehre waren die kommunistischen Parteien von jeher gegen einen Export der Revolution, zugleich kämpfen sie entschieden gegen den imperialistischen Export der Konterrevolution.“)

III.

Die chinesischen Führer stimmen in ihren 25 Thesen formell dem Leitsatz der Moskauer Beratungen von 1957 und 1960 zu, daß ein Weltkrieg angesichts des veränderten Kräfteverhältnisses verhindert werden kann. Aber ihre ganze Praxis beweist, daß sie in Wirklichkeit mit diesem Leitsatz nicht einverstanden sind, daß sie nach wie vor einen Weltkrieg für unvermeidlich halten, daß sie nicht an die Kraft des sozialistischen Lagers und

der Friedenskräfte in der ganzen Welt glauben, einen neuen Weltkrieg zu verhindern. Warum beschimpfen und verleumden sie sonst die Friedenspolitik der Sowjetunion und anderer sozialistischer Staaten, die gerade auf dieses Ziel gerichtet ist? Warum verschweigen und greifen sie jene Feststellung der Moskauer Erklärung an, in der gesagt ist, es „wird sich bereits vor dem vollen Sieg des Sozialismus auf Erden, beim Fortbestehen des Kapitalismus in einem Teil der Welt die reale Möglichkeit ergeben, den Weltkrieg aus dem Leben der Gesellschaft auszuschalten“?)

In Wirklichkeit entmutigt und entwaffnet die Auffassung der chinesischen

*) „Wissen und Tat“, Sondernummer Juni 1963, S. 16

*) „Wissen und Tat“, Nr. 12/1960, S. 57

*) Ebenda, S. 35

Führer die Volksmassen, sie überschätzt die Kräfte des Imperialismus und unterschätzt die Kräfte des Sozialismus und des Friedens. Es zeigt sich, daß die Führer der KP Chinas noch immer an der bereits auf der Moskauer Beratung 1960 von den Bruderparteien zurückgewiesenen Auffassung festhalten, wonach allein die Imperialisten und ihre Generalstäbe darüber entscheiden, ob es einen Weltkrieg geben wird. Unsere Partei, ebenso wie die große Mehrheit der Bruderparteien, kann sich mit einer solchen fatalistischen Auffassung niemals einverstanden erklären. Wir halten an der Erkenntnis des gemeinsamen Beschlusses der Moskauer Beratung fest, daß in der Welt „reale Kräfte entstanden sind, die die imperialistischen Aggressionspläne vereiteln können“, daß die Zeit vorbei ist, „da die Imperialisten

nach eigenem Ermessen bestimmen konnten, ob es Krieg geben soll oder nicht“.

Die ganze Theorie und Praxis der chinesischen Führer beweist, das stellen wir mit größtem Bedauern fest, daß sie sich auf eine militärische Lösung des Gegensatzes zwischen den beiden Weltsystemen, zwischen Sozialismus und Kapitalismus, orientieren: Mit vollem Recht wird in der Erklärung der Sowjetregierung vom 20. September 1963 die Frage aufgeworfen: wo und wann haben die chinesischen Führer über eine andere Perspektive des Sieges über den Kapitalismus gesprochen, wo und wann haben sie mit Bestimmtheit davon gesprochen, daß die sozialistischen Länder dem Kapitalismus im Rahmen des friedlichen Wettbewerbs eine Niederlage zufügen können?

IV.

Wie in der Frage der Notwendigkeit und Möglichkeit, einen Weltkrieg zu verhüten, den Frieden zu erhalten, so bestehen auch im Hinblick auf die Wege zur Erhaltung des Friedens prinzipielle Meinungsverschiedenheiten zwischen den Führern der KP Chinas und der internationalen kommunistischen Bewegung. In der Moskauer Erklärung wurde der Kampf um die friedliche Koexistenz zwischen den Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung und um Abrüstung als der einzige Weg zur Erhaltung und Sicherung des Friedens entwickelt. Auch die chinesischen Führer können nicht umhin, in den 25 Punkten sich in Worten zur Politik der friedlichen Koexistenz zu bekennen. Aber während sie diesem Lippenbekenntnis einige wenige Sätze widmen, verwenden sie lange und breite Ausführungen darauf, vor allen möglichen angeblichen Gefahren, Fallstricken und Illusionen auf dem Wege einer solchen Politik zu warnen und den Bruderparteien Auffassungen zu unterschieben, die von keiner einzigen kommunistischen Partei vertreten werden. Wozu brauchen sie eine solche, einer Diskussion unter Kommunisten ganz und gar unwürdige Methode? Es ist offensichtlich, daß sie durch derartige Unterstellungen ihre wahren, gegen eine Politik der friedlichen Koexistenz gerichteten Meinungen verhüllen wollen.

Worin besteht das Wesen der Meinungsverschiedenheiten in der Frage der friedlichen Koexistenz und der Abrüstung? Auf der Moskauer Beratung von 1960 wurde in der gemeinsam beschlossenen Erklärung scharf und unmißverständlich herausgearbeitet, daß die Menschheit heute nur die Wahl hat: friedliche Koexistenz der Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung — oder

verheerender Krieg. Es wurde betont, daß die Politik der friedlichen Koexistenz und des friedlichen Wettbewerbs der beiden Systeme den grundlegenden Interessen aller Völker entspricht, zur Festigung der Positionen des Sozialismus und zur Erhöhung des Ansehens und des Einflusses sowohl der sozialistischen Staaten als auch der kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder führt.

Nun behaupten die Führer der KP Chinas, die KPdSU und die anderen kommunistischen Parteien würden die friedliche Koexistenz überbewerten, sie zu einem „himmlischen Buch“ machen, ja sie unterstellen den Bruderparteien sogar die unsinnige Auffassung, die friedliche Koexistenz solle die Revolution ersetzen. Die chinesischen Führer wissen natürlich sehr gut, daß die KPdSU und die anderen kommunistischen Parteien in der friedlichen Koexistenz niemals etwas anderes als eine Frage der zwischenstaatlichen Beziehungen zwischen sozialistischen und kapitalistischen Ländern gesehen haben, daß die friedliche Koexistenz nicht anwendbar ist auf die Entwicklung des Klassenkampfes und der Revolution innerhalb der einzelnen Staaten und auf den Kampf der noch unterjochten Völker um die nationale Befreiung.

Aber, was die Beziehungen zwischen den sozialistischen und kapitalistischen Staaten betrifft und die Prinzipien, auf denen sie aufgebaut werden sollen, kann man da überhaupt die Notwendigkeit der friedlichen Koexistenz überschätzen? Ist es nicht klar, daß davon das Schicksal ganzer Völker, ja der Menschheit in höchstem Maße abhängt? Haben nicht auch die chinesischen Genossen in der Moskauer Erklärung der Feststellung zu-

gestimmt, daß die Kommunisten es für ihre Pflicht halten, „den Glauben der Volksmassen an die Möglichkeit der Festigung der friedlichen Koexistenz, ihre Entschlossenheit zur Verhinderung eines Weltkrieges zu verstärken“?)

Jetzt aber tun die Führer der KP Chinas das genaue Gegenteil, heute beschimpfen und verleumdend sie diejenigen — und vor allem die Kommunistische Partei der Sowjetunion und ihre Führung —, die alles unternehmen, konkrete Abkommen und Fortschritte auf dem Wege einer Politik der friedlichen Koexistenz zu erreichen. Diese Handlungsweise der chinesischen Führer ist mit der Generallinie der kommunistischen Weltbewegung unvereinbar.

Im Grunde geht es um folgende Frage, um deren klare Beantwortung die chinesischen Führer in Worten herumgehen, die sie aber leider durch ihre Taten in einem Sinne beantworten, der den gemeinsamen Beschlüssen zuwiderläuft: Welcher Weg soll in den Beziehungen zwischen den sozialistischen und den kapitalistischen Staaten eingeschlagen werden? Der Weg des allmählichen Abbaus und der Milderung der internationalen Spannungen oder der Weg ihrer Verschärfung? Der Weg der Verhandlungen und vernünftiger, im Interesse des Friedens liegender Kompromisse oder der Weg der Erhitzung des kalten Krieges, der Weg des „Balancierens am Rande des Krieges“? Der Weg, den die Völker wollen, oder der Weg, den die „Besessenen“ im Pentagon und die Bonner Militaristen propagieren?

Das ist die Frage, um die es geht. Unsere Partei steht an der Seite der KPdSU, der SED und der anderen Bruderparteien unbeirrbar auf dem Standpunkt der gemeinsamen Beschlüsse. Sie sieht im Kampf gegen den kalten Krieg, für konkrete Schritte der Entspannung, für eine Politik der friedlichen Koexistenz die wichtigste Aufgabe der Arbeiterklasse und der friedliebenden Kräfte der Bundesrepublik. Deshalb lautet eine der entscheidenden Forderungen, die wir in der programmatischen Erklärung zur Sicherung des Friedens unterbreitet haben: Versachlichung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten und Regierungen auf der Grundlage der friedlichen Koexistenz.

Die praktische Politik, die die chinesischen Führer in letzter Zeit betreiben, zwingt leider zu dem Schluß, daß sie den Kurs der internationalen kommunistischen Bewegung auf die friedliche Koexistenz der sozialistischen mit den kapitalistischen Staaten und auf die Mil-

derung der internationalen Spannung bewußt verlassen haben. Wie soll man sonst die Tatsache erklären, daß die Leiter der chinesischen Volksrepublik sich in einen bewaffneten Konflikt mit dem neutralen Indien einließen? Dieser Grenzkonflikt mit dem größten neutralen asiatischen Land war und ist nur dazu angetan, die antiimperialistische Front in Asien zu schwächen, die Neutralitätspolitik junger Nationalstaaten zu untergraben, die Reaktion und den Einfluß der Imperialisten in diesen Ländern zu stärken.

Ist es Kampf gegen den amerikanischen Imperialismus, von dem die chinesischen Führer stets so lautstark reden, wenn sie in Indien Wasser auf seine Mühlen leiten? Ist es mit dem proletarischen Internationalismus zu vereinbaren, wenn die Leiter der chinesischen Volksrepublik die kameradschaftlichen Ratschläge der anderen sozialistischen Länder, im Interesse des Friedens und der Zusammenarbeit mit den neutralen Staaten die Grenzfragen durch Verhandlungen zu lösen, in den Wind schlagen? Die Kommunisten der Bundesrepublik können eine solche Handlungsweise, die die antiimperialistische Front der Völker schwächt, nicht billigen. Dagegen muß der Standpunkt der Sowjetregierung nicht nur bei uns Kommunisten, sondern bei allen friedliebenden Menschen Zustimmung finden, wenn sie erklärt: „Die sozialistischen Länder, die sich in ihren Beziehungen von den Prinzipien des proletarischen Internationalismus leiten lassen, müssen anderen Völkern ein Beispiel freundschaftlicher Bereinigung territorialer Fragen geben.“

Auch die Haltung der chinesischen Führer während des vom USA-Imperialismus im karibischen Raum ausgelösten gefährlichen Konflikts kann nur als Bruch aller Grundsätze des proletarischen Internationalismus angesehen werden. Die Führung der KP Chinas versuchte damals Öl ins Feuer zu gießen, die Situation zu verschärfen, sie richtete ihre wütenden Angriffe gegen die Sowjetunion und entfachte ein lautes Geschrei über „Kapitulanten“. Heute ist für die ganze Welt sichtbar, daß die ebenso entschlossene wie kluge Politik der Sowjetregierung unter Leitung des Genossen Chruschtschow die Unabhängigkeit des sozialistischen Kuba und den Weltfrieden gerettet hat. Kann es ein eindrucksvolleres Zeugnis für die großmütige, selbstlose Hilfe der Sowjetunion geben, als die Worte Fidel Castros?

„Das Sowjetland“, sagte Castro, „das im Großen Vaterländischen Krieg gegen die Faschisten mehr Menschen verlor, als ganz Kuba Einwohner hat, um sein Recht auf Existenz und auf Entwicklung

*) Ebenda, S. 37

der gewaltigen Reichtümer zu verfechten, schwankte keinen Augenblick, das Risiko eines schweren Krieges einzugehen, um unser kleines Land zu schützen! Die Geschichte kennt kein ähnliches Beispiel von Solidarität! Das ist Internationalismus! Das ist Kommunismus!“

Die Führer der KP Chinas versuchen, die Politik der friedlichen Koexistenz dadurch zu diffamieren, daß sie ihr den Klassenkampf und die sozialistische Revolution entgegenstellen. Aber die friedliche Koexistenz ist ja selbst eine Form des Klassenkampfes zwischen Sozialismus und Kapitalismus. Man sollte annehmen, daß es jedem Kommunisten einleuchtet, daß die friedliche Koexistenz es den sozialistischen Ländern am ehesten ermöglicht, die allseitige Überlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus zu beweisen. Bereits in den Anfängen der Sowjetmacht wies Lenin darauf hin, daß die siegreiche Arbeiterklasse den größten Einfluß auf die Entwicklung der Revolution im Weltmaßstab durch ihre Wirtschaftspolitik ausübt.

Nichts überzeugt die Volksmassen so sehr wie die Tatsachen, wie das Beispiel. Kann es überhaupt einen besseren Lehrmeister für die Revolutionierung des Bewußtseins der Arbeiter und der anderen Werktätigen in den kapitalistischen Ländern geben, als der im Leben

erbrachte Beweis des Sozialismus, daß er den Werktätigen einen höheren materiellen und kulturellen Lebensstandard bringt als ihn selbst die höchstentwickelten kapitalistischen Länder besitzen? Wir haben auf unserem Parteitag festgestellt, daß schon heute die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Erfolge der DDR, auch wenn das vielen Menschen noch nicht bewußt ist, eine mächtige Hilfe für die Arbeiterklasse und die demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik darstellen. Und dieser Einfluß wird, wenn die sozialistischen Länder im Frieden ihren Aufbau entfalten können, von Tag zu Tag ansteigen.

Das Leben, die Erfahrungen des Klassen- und Volkskampfes in den letzten Jahren haben auch bewiesen, daß die Arbeiterbewegung und die nationale Befreiungsbewegung unter den Bedingungen der friedlichen Koexistenz erstarkt sind, daß die Streikbewegung der Arbeiter, der Kampf für demokratische Rechte und die Zurückdrängung der Monopole an Umfang und Tiefe zugenommen haben, daß mehr als 50 Länder ihre nationale Unabhängigkeit errungen haben. Die ganze Entwicklung hat die Feststellung der Moskauer Erklärung erhärtet, daß der Friede ein treuer Bundesgenosse des Sozialismus ist, daß die Zeit gegen den Kapitalismus, für den Sozialismus arbeitet.

V

Auch in der Frage der Abrüstung sind die chinesischen Führer bestrebt, die auf den Moskauer Beratungen beschlossene gemeinsame Linie der kommunistischen und Arbeiterparteien zu revidieren. Im Grunde verneinen sie die Möglichkeit, Erfolge im Kampfe um die Abrüstung zu erzielen, betrachten sie die Losung der Abrüstung, wie das aus ihren 25 Punkten hervorgeht, als ein Mittel zur Entlarvung der Imperialisten. In der Erklärung von 1960 wurde aber ausdrücklich die Notwendigkeit betont, den Kampf um die Abrüstung mit immer größerem Elan zu führen und beharrlich reale Ergebnisse anzustreben, wie das Verbot der Erprobung und Erzeugung von Atomwaffen, die Auflösung der Militärstützpunkte usw.

Heute, wo es den unermüdlichen Bemühungen der Sowjetunion, der anderen sozialistischen Länder und der Friedenskräfte in der ganzen Welt gelungen ist, mit dem Moskauer Teststoppabkommen einen ersten Schritt auf dem Wege der Entspannung durchzusetzen, haben die chinesischen Führer nichts anderes zu tun, als die Sowjetunion zu beschimpfen, sie des „Verrats“ und des „Betrugs“ zu bezichtigen. (Siehe den Artikel des Genossen Friedrich in dieser Nummer.)

Wer wie die chinesischen Führer den Volksmassen im Kampfe um die Abrüstung die Untätigkeit predigt und gegenüber dem Wettrüsten den Geist des Fatalismus züchtet, der hilft in Wirklichkeit den aggressiven Kräften des Imperialismus und schwächt den Friedenskampf der Volksmassen. Heute ist der Kampf der Völker für Abrüstung nicht nur notwendig, es ist auch die reale Möglichkeit vorhanden, in diesem Kampfe positive Ergebnisse zu erzielen. Es geht nicht darum, ob die Imperialisten auf die Abrüstungsvorschläge der Sowjetunion eingehen wollen, sondern darum, ob die Volksmassen in der ganzen Welt die imperialistischen Regierungen unter einen so mächtigen Druck setzen, daß sie gezwungen werden, Abrüstungsmaßnahmen zu akzeptieren. Wir sehen im Kampfe gegen die Atomrüstung der westdeutschen Militaristen, für einen Rüstungsstopp und die Eingliederung der beiden deutschen Staaten in eine atomwaffenfreie Zone eine der wichtigsten Aufgaben aller friedliebenden Menschen in der Bundesrepublik.

Unsere Partei lehnt, wie in den Stellungnahmen des Politbüros betont wird, den abenteuerlichen Kurs der chinesi-

schen Parteiführung entschieden ab. Die Angriffe und Verleumdungen der Führer der KP Chinas gegen die KPdSU und andere Bruderparteien können nur Empörung und schärfste Ablehnung hervorrufen. Unsere Partei hat — wie die leitenden Gremien zahlreicher Bruderpar-

teien — ihrem Wunsche Ausdruck gegeben, daß die Führer der KP Chinas erkennen mögen auf welch gefährlichen Weg sie sich begeben haben, daß sie auf den Weg des Marxismus-Leninismus und der gemeinsamen Beschlüsse zurückkehren mögen.

Die Politik der friedlichen Koexistenz und die Entwicklung des nationalen Befreiungskampfes

von PAUL LÄNDLER

Der Zerfall des imperialistischen Kolonialsystems unter den Schlägen der nationalen Befreiungsrevolutionen ist ein Prozeß von weltgeschichtlicher Bedeutung. Im Zuge dieses Prozesses haben die Völker von mehr als 50 Ländern die politische Unabhängigkeit errungen. Die Moskauer Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien im November 1960 gelangte daher zu der bedeutsamen Schlußfolgerung: „Eine neue Geschichtsperiode hat im Leben der Menschheit begonnen: Die Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, die sich befreit haben, beteiligen sich jetzt aktiv an der Weltpolitik. Der volle Zusammenbruch des Kolonialismus ist unabwendbar. Der Zerfall des Systems der Kolonialsklaverei unter dem Ansturm der nationalen Befreiungsbewegung ist in seiner historischen Bewegung die wichtigste Erscheinung nach der Entstehung des sozialistischen Weltsystems.“

In dieser Analyse, die die bedeutende historische Rolle der nationalen Befreiungsbewegung zum Ausdruck bringt, wird sichtbar, daß die Kommunisten die fortschrittliche revolutionäre Bedeutung der nationalen Befreiungsbewegung stets erkannt haben. Diese Bewegung ist heute längst nicht mehr die „Reserve“, als die sie früher betrachtet wurde, sondern wichtiger Bestandteil des einheitlichen weltumspannenden revolutionären Prozesses. Daraus folgt aber zugleich, daß ihre Entwicklung, ihre gegenwärtige Stellung und schließlich ihre Perspektiven nur in diesem Zusammenhang gesehen werden können, d. h. in Verbindung mit dem sozialistischen Weltsystem und der internationalen Arbeiterbewegung.

Die Epoche der kolonialen Revolutionen begann nicht zufällig mit der Sozialistischen Oktoberrevolution, die durch die Zerschlagung der zaristischen Herrschaft den historischen Beweis erbrachte, daß der Imperialismus und Kolonialismus durch den Volkskampf beseitigt werden kann. Doch konnte der heldenhafte und opferreiche Kampf der kolonial unterdrückten Völker gegen den

Imperialismus damals keine entscheidende Wende herbeiführen. Erst durch die zweite Welle der proletarischen Revolutionen, die nach dem zweiten Weltkrieg zur Bildung sozialistischer Staaten in Europa und Asien, zur Schaffung des sozialistischen Weltsystems führte, war der Imperialismus durch **frontal** geführte Schläge bereits derart erschüttert, daß er dem mit außerordentlich erhöhter Energie geführten Freiheitskampf der kolonial unterdrückten Völker nicht mehr widerstehen konnte.

Die nationale Befreiungsbewegung kann den Imperialismus nicht beseitigen. Dies wird allein dadurch deutlich, daß die kolonialen Mächte nahezu ihre gesamten Kolonien einbüßen mußten, ohne daß dadurch jedoch der Imperialismus liquidiert wurde. Die nationale Befreiungsbewegung ist eine mächtige Kraft; sie ist jedoch objektiv nicht in der Lage, den Sieg über den Imperialismus ohne das Bündnis mit dem sozialistischen Weltsystem und der revolutionären Arbeiterbewegung in den imperialistischen Ländern zu erringen.

Hierbei sei vor allem auch an die in ihrer Bedeutung kaum zu überschätzende Rolle gedacht, die die Aktionen des französischen Proletariats für die Befreiung Algeriens, der Kampf der englischen Arbeiterschaft u. a. für die Befreiung Indiens, die weltweite Solidarität anlässlich der Bedrohung Kubas für die Freiheit der betreffenden Völker gehabt haben. Auch die deutsche Arbeiterklasse verfügt über bedeutende Traditionen im Kampf nicht nur gegen den wilhelminischen Kolonialismus. Auch in der Ära der Weimarer Republik, nach dem Verlust der deutschen Kolonien, mußte die revolutionäre Arbeiterschaft den antikolonialen Kampf erneut aufnehmen, um der imperialistischen Forderung nach einer Neuaufteilung der Kolonien, die u. a. auch von Konrad Adenauer, dem damaligen Vizepräsidenten der deutschen Kolonialgesellschaft erhoben wurde, entgegenzutreten. Während der Zeit der Hitler-Diktatur entlarvte die antifaschistische Widerstandsbewegung die ko-

lionalen Ambitionen des deutschen Imperialismus. Angesichts der gegenwärtig in der Bundesrepublik betriebenen neokolonialistischen Politik wächst insbesondere in den Gewerkschaften und in den Reihen der fortschrittlichen Intelligenz der Gedanke einer echten Solidarität mit den Völkern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas und verbindet sich mit der in der Programmatischen Erklärung der KPD erhobenen Forderung:

„Die Beziehungen zu den jungen Nationalstaaten Asiens und Afrikas sind auf der Grundlage der Gleichberechtigung und der Hilfe für ihre Industrialisierung neu zu gestalten.“¹⁾

Die nationale Befreiungsbewegung ist mit ihrer politischen und sozial-ökonomischen Zusammensetzung keine homogene Bewegung; sie ist keine einheitliche Klassenbewegung. Sie setzt sich aus den verschiedenen Klassen und Schichten zusammen und ist nur in Bezug auf den äußeren Feind homogen. Das heißt nicht, daß die bedeutenden ant imperialistischen und die objektiv existierenden antikapitalistischen Potenzen übersehen werden. Aber diese Potenzen können nur im Bündnis mit dem sozialistischen Welt-

system und der gesamten revolutionären Arbeiterbewegung voll in den Dienst des sozialen Fortschritts gestellt werden.

Vor den vom Kolonialismus betretenen Ländern steht die lichte Perspektive des nichtkapitalistischen Entwicklungsweges. Der Imperialismus ist jedoch bemüht, die unabhängigen Staaten weiterhin an das kapitalistische Weltssystem zu fesseln, sie wirtschaftlich und finanziell zu unterwerfen und in sein auf Ungleichheit und Ausbeutung beruhendes System der Arbeitsteilung einzubeziehen. Daher erlangt der Kampf um die ökonomische Unabhängigkeit in den jungen Nationalstaaten gegenwärtig erstrangige Bedeutung. Für die Erringung der ökonomischen Unabhängigkeit sind umfangreiche wirtschaftliche Beziehungen zum sozialistischen Weltssystem eine objektive Notwendigkeit. Wie wollen die jungen Nationalstaaten das koloniale Erbe überwinden, die Produktivkräfte maximal entwickeln, das Lebensniveau der Bevölkerung heben, wenn nicht auf der Grundlage der engsten Beziehungen mit den sozialistischen Ländern, die als einzige bereit sind, ihnen echte Hilfe, ohne knechtende Bedingungen, zu gewähren?

Friedliche Koexistenz — gemeinsame Generallinie der sozialistischen Länder und der Mehrzahl der ant imperialistischen Nationalstaaten

Die Verhütung einer atomaren Weltkatastrophe ist die Grundvoraussetzung für jedweden sozialen Fortschritt in der Welt, die Grundbedingung für die Lösung sämtlicher politischer, ökonomischer und nationaler Hauptprobleme. Daraus ergibt sich mit zwingender Logik, daß die Politik der friedlichen Koexistenz die gemeinsame außenpolitische Generallinie der sozialistischen und der Mehrzahl der ant imperialistischen Nationalstaaten ist. Es ist eine wichtige Besonderheit der gegenwärtigen Lage, daß die tiefgreifenden qualitativen Veränderungen der militärisch-technischen Mittel der Kriegsführung sowie die führende Stellung der Sowjetunion auf diesem Gebiet die Imperialisten vor das Problem stellen, daß der Weltkrieg unweigerlich zur Selbstvernichtung führen würde. Wissenschaftlichen Berechnungen zufolge sind zur Zeit bereits Atom- und Wasserstoffbomben in einer solchen Zahl angehäuft, daß auf jeden Erdbewohner eine Sprengladung von 80 t Dynamit (TNT) entfällt. Allein ein erster atomarer Schlag würde viele hunderte Millionen Menschen vernichten. Durch die atomare Verseuchung der Atmosphäre würde das Leben vieler weiterer Millionen und ihrer Nachkommen gefährdet. An dieser Tatsache kann kein Marxist-Leninist, kann keine reale

sozialistische Politik vorbeigehen. Schon aus diesem Grunde kann die Entwicklung des weltweiten revolutionären Prozesses — der Aufbau des Sozialismus und Kommunismus in den vom Kapitalismus befreiten Ländern, die Kämpfe der Arbeiterklasse und der nationalen Befreiungsbewegung — nur noch im Zusammenhang mit dem Ringen für die Verhütung eines thermonuklearen Weltbrandes gesehen werden.

Da die Politik der friedlichen Koexistenz den gesamten weltumspannenden revolutionären Prozeß begünstigt, schafft sie auch für die nationale Befreiungsbewegung die besten internationalen Kampfbedingungen. Besonders anschaulich wird dies durch die Tatsache, daß der Zerfall des imperialistischen Kolonialsystems unter keinen anderen Bedingungen als eben denen der friedlichen Koexistenz erfolgte. Dies schließt keineswegs automatisch Versuche des Imperialismus aus, den Weg von Kriegsabenteuern zu beschreiten, da sich das räuberische Wesen des Imperialismus nicht geändert hat. Jedoch zeigten die Ereignisse, insbesondere im karibischen Raum, aber auch in Ägypten, im Irak, in Laos usw., daß das sozialistische Weltssystem und die friedliebenden Kräfte in der ganzen Welt über die Macht verfügen, dem Imperialismus die Politik der friedlichen Koexistenz notfalls aufzuzwingen.

¹⁾ „Wissen und Tat“, Sondernummer Juni 1963, S. 19

Die Politik der friedlichen Koexistenz hat nichts mit einer „Verbeugung“ oder gar „Aussöhnung“ mit dem Imperialismus gemein, wie das von den Führern der KPCh behauptet wird. Indem diese Politik den Wettbewerb der beiden Systeme, des sozialistischen und des kapitalistischen zum Inhalt hat, ist sie der konzentrierteste Ausdruck des Klassenkampfes im internationalen Maßstab. Der Kampf in der entscheidenden Sphäre der menschlichen Tätigkeit, in der Sphäre der materiellen Produktion, gewinnt gerade heute besondere Bedeutung, da die werktätigen Massen in den kapitalistischen Ländern und auch in den jungen Nationalstaaten den Sozialismus in erster Linie nach den Ergebnissen im ökonomischen Leben, in der Hebung des Volkswohlstandes beurteilen. Die rasche Entwicklung der Produktivkräfte in den sozialistischen Ländern führt nicht allein zur Hebung des Lebensniveaus in den sozialistischen Ländern und stärkt so in höchstem Grade die Anziehungskraft der sozialistischen Ideen auf die Werktätigen aller Länder, sie ermöglicht auch eine immer größere und wirksamere wirtschaftliche Unterstützung der sozialistischen Staaten für die vom Kolonialismus befreiten Länder. Mit ihr verfolgen die sozialistischen Staaten keinerlei eigennützigen Ziele. Im Gegensatz zur „Hilfe“ der imperialistischen Mächte, die sie zu räuberischen Bedingungen gewähren und die in jedem Fall nur ein Bruchteil der über Generationen hin herausgepreßten Kolonialprofite darstellt, bedeutet die Hilfe der sozialistischen Länder ein echtes Opfer, einen Verzicht auf Teile ihres Nationaleinkommens. Die Werktätigen der sozialistischen Länder leisten damit einen Beitrag zur Mobilisierung der inneren Ressourcen in den jungen Staaten und zur Entfaltung der nationalen Wirtschaft. Auch das ist eine Form des Kampfes zwischen den beiden Systemen, zwischen dem sozialistischen Weltsystem und dem Lager des Weltimperialismus.

Allein die Sowjetunion hat ökonomisch schwach entwickelten Ländern bisher etwa drei Milliarden Rubel in Form von Krediten, die zu günstigsten finanziellen Bedingungen gegeben wurden, zur Verfügung gestellt. Mehr als zwanzig junge Nationalstaaten bauen ihre nationale Wirtschaft mit Hilfe der Sowjetunion auf. Die Zahl der Industriebetriebe, die in den jungen Nationalstaaten mit Unterstützung der Sowjetunion gebaut wurde, oder sich im Bau befinden, beträgt gegenwärtig mehr als 480. Zu Beginn des Jahres 1963 waren etwa 120 dieser Industrieobjekte bereits in Betrieb. Die mit Hilfe der Sowjetunion beispielsweise in Indien gebauten und ausgerüsteten Werke werden eine jährliche Stahlproduktion von 2,5 Millionen Tonnen, eine Elektroener-

gieerzeugung von jährlich mehr als 5 Milliarden Kilowattstunden und die Gewinnung von 6 Millionen Tonnen Erdölzeugnissen im Jahr ermöglichen.

Durch den Bau des Staudammes von Assuan wird die landwirtschaftliche Nutzfläche der VAR, deren gesamtes Territorium zu 96 Prozent aus Wüste besteht, um ein Drittel anwachsen. Mit sowjetischer Hilfe werden bedeutende Industrieobjekte und Bauvorhaben auch in Indonesien, Ceylon, Nepal, Afghanistan, Jemen, Sudan, Somalia und Ghana errichtet.

Immense Bedeutung besitzt ferner die Hilfe, die die Sowjetunion und andere sozialistische Länder den jungen Nationalstaaten bei der Ausbildung einheimischer Fachkräfte erweist. Allein bei der Errichtung des Hüttenkombinats Bhilai wurden während der ersten Bauphase 5000 indische Techniker und Facharbeiter ausgebildet. In Afghanistan waren bis zu Beginn des Jahres 1963 durch sowjetische Spezialisten rund 20000 Facharbeiter ausgebildet worden. Die Ausbildung einheimischer Fachkräfte wird in zahlreichen Fällen mit der Absolvierung eines Betriebspraktikums in der Sowjetunion verbunden. Bedeutend ist auch die Unterstützung, die die Sowjetunion beim Bau und bei der Ausstattung wissenschaftlicher Einrichtungen in diesen Ländern leistet. In Indien und Burma wurden Hochschulen für Technologie und in Guinea ein polytechnisches Institut gebaut. In Tunis wird eine technische Hochschule für 700 Studenten und in Kambodscha eine technische Lehranstalt für 1000 Studenten errichtet. Ausbildungszentren für qualifizierte Arbeiter und Techniker, für Industriebetriebe, für das Bauwesen und für die Landwirtschaft werden auch in der VAR, Äthiopien, Mali und anderen Staaten geschaffen. Angesichts dieser Fakten zeigt sich die Haltlosigkeit der Behauptungen und direkten Verleumdungen der Führung der KPCh, die von einer „Vernachlässigung“ der jungen Nationalstaaten durch die Sowjetunion faselt. Es ist bekannt, daß die Sowjetunion den um ihre Freiheit ringenden Völkern jederzeit auch militärische Hilfe gegen den Imperialismus erwiesen hat.

★

Die kommunistischen und Arbeiterparteien in zahlreichen Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas lehnen die abenteuerliche Politik der Führung der KPCh entschieden ab. In ihren Stellungnahmen wird verständlicherweise gerade dem Problem der Politik der friedlichen Koexistenz breiter Raum gegeben. So erklärte der Sekretär der KP Chiles, Genosse Luis Corvalan, ausgehend von

den Kampferfolgen des chilenischen Proletariats: „Der Kampf für Frieden und friedliche Koexistenz schließt keine einzige Form des Klassenkampfes im Inneren eines jeden Landes aus, noch steht er zum Kampf der unterdrückten Völker für ihre nationale Befreiung im Widerspruch. Im Gegenteil, unter den Bedingungen des Friedens und der friedlichen Koexistenz, erweitern sich die Möglichkeiten, diesen Kampf in all seinen Formen siegreich zu entfalten.“ In der Zeitung „Novos Rumos“ wendet sich der Generalsekretär der KP Brasiliens, Luis Carlos Prestes, scharf gegen die Machenschaften der KPCh, parteifeindliche Gruppen im Lande zu unterstützen. Auf grundsätzliche Fragen eingehend, hebt er hervor, daß sich die Funktionen der friedlichen Koexistenz seit 1917 weiterentwickelt haben und daß sie heute allen Völkern, die für ihre nationale Befreiung kämpfen, die Möglichkeit uneigennütziger ökonomischer Hilfe seitens der sozialistischen Länder eröffne. In einer Stellungnahme der KP Argentinens wird unterstrichen: „Es ist nicht wahr, daß der Preis des Kampfes für die friedliche Koexistenz zwischen Staaten mit unterschiedlichen sozialen Systemen die Schwächung des Klassenkampfes ist...“ In Argentinien beispielsweise, wo eine starke Massenbewegung der Friedensanhänger existiert und arbeitet, haben im Jahre 1962 trotz des diktatorischen Regimes im Lande etwa 12 Millionen Men-

schen an Teil- und allgemeinen Streiks unter oftmals politischen Losungen teilgenommen.

Die KP Israels bezeichnet die Auffassungen der chinesischen Führer in einer Resolution ihres ZK als „Großmachtnationalismus“ und „nationalistische Prahlerei“, während Bachir Hadj Ali, erster Sekretär der KP Algeriens in einem Interview mit der „Prawda“ betont, daß die Spalttätigkeit der Führung der KPCh sich im gegenwärtigen Zeitpunkt als besonders schädlich erweist, „da die breiten Massen, vor allem die Arbeiterklasse der Länder, die sich vom Kolonialismus befreit haben, sich die Ideen des Sozialismus als Rüstzeug aneignen.“

★

Die Liste dieser Stellungnahmen läßt sich beliebig erweitern. Sie zeigen, daß die Führer der KP Chinas nicht das geringste Recht haben, sich als Sprecher der Völker und der Kommunisten der asiatischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Länder aufzuspielen. Indem die Sowjetunion und mit ihr die anderen sozialistischen Staaten auch weiterhin den Weltfrieden verteidigen und ihre Beziehungen zu den Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas festigen, leisten sie einen entscheidenden Beitrag für die restlose Beseitigung des Kolonialsystems, für die Befreiung aller Völker vom imperialistischen Joch.

Steigerung der Arbeitsproduktivität im Kapitalismus und Sozialismus

von KARL-HEINZ HORCH

„Die der Menschheit zu Gebot stehende Produktionskraft ist unermeßlich“. Das sagte Friedrich Engels bereits im Jahre 1843, also vor 120 Jahren, als an die Ausnutzung der Atomenergie, an die Eroberung des Kosmos, an die Vollautomatisierung der Produktion und an alle die anderen überwältigenden technischen Möglichkeiten, die sich der Menschheit heute eröffnen, noch nicht ernsthaft zu denken war. Marx und Engels hatten damals mit wachen Augen eine sehr stürmische technische Entwicklung miterlebt, besonders in England näherte sich der Übergang von der handwerksmäßigen zur maschinellen kapitalistischen Produktion, die industrielle Revolution, ihrem Ende. Die Auswirkungen dieses Prozesses für die Lage des Proletariats waren katastrophal. Der Arbeitstag wurde bis zu seiner äußersten Grenze ausgedehnt, Männerarbeit wurde durch die der Frauen und Kinder verdrängt, die Arbeitslosigkeit stieg schnell, die Löhne

erreichten ihren tiefsten Stand. Ganze, ehemals blühende Handwerkszweige wurden niederkonkurriert. So erhoben sich die schlesischen Weber 1844, und in allen betroffenen Ländern reagierten die Arbeiter in zahlreichen Fällen damit, daß sie die neuen, ihnen Arbeit und Brot raubenden Maschinen kurzerhand zerschlugen.

Natürlich bot und bietet die Maschinenstürmerei keinen Ausweg.

Heute erleben wir eine neue Periode der technisch-wissenschaftlichen Revolutionierung der Produktion. Sie vollzieht sich unter veränderten Verhältnissen, unter den Bedingungen des ökonomischen Wettbewerbs von Sozialismus und Kapitalismus auf der Grundlage eines bedeutend gewachsenen ökonomischen Potentials. Größere Auswirkungen werden erwartet, größere Probleme aufgeworfen, die die Wissenschaftler, die Techniker, Ökonomen, Politiker und letzten

Endes alle Menschen bewegen, in allen Teilen der Welt.

Wie verhalten wir uns heute zur Einführung der neuen Technik in die Produktion, zur Automatisierung, zu den vielen und großen Möglichkeiten, die Arbeitsproduktivität zu steigern? Welche Unterschiede gibt es im Verhalten der Arbeiter in der Bundesrepublik zur Steigerung der Arbeitsproduktivität im Gegensatz zu dem der Klassenbrüder in der DDR? Diese Fragen sind Gegenstand unserer Untersuchung. Voraussetzung dazu ist die Kenntnis einiger grundlegender ökonomischer Begriffe und Zusammenhänge.

Unter Arbeitsproduktivität verstehen wir den tatsächlichen Wirkungsgrad oder Nutzeffekt der produktiven menschlichen Arbeit. Ihre Höhe wird gemessen durch den Vergleich von Aufwand und Ergebnis, d. h. es wird ermittelt, wieviel Produkte irgend einer Art bei durchschnittlichem Arbeitsaufwand in einer Stunde hergestellt werden. Steigt also die Arbeitsproduktivität, so schafft eine Stunde gesellschaftlicher Durchschnittsarbeit eine größere Menge Produkte. Das Angebot steigt in diesem Falle, die in einem Produkt enthaltene Arbeitsmenge sinkt. Unter den Bedingungen der Warenproduktion würde der Wert der jetzt in kürzerer Zeit hergestellten Ware sinken, womit die materielle Voraussetzung für eine Preissenkung gegeben wäre.

Schon dies zeigt, daß die Steigerung der Arbeitsproduktivität, ganz allgemein betrachtet, also unabhängig von den Eigentums- und Verhältnissen, sehr positive und erstrebenswerte Resultate haben kann: Vergrößerung des Angebotes an Produkten und deren Verbilligung, womit die Möglichkeiten die Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen, die Arbeit zu erleichtern und zu verkürzen, verbessert werden. Wie wir aus der Geschichte und auch aus jüngster Erfahrung wissen, kann allerdings unter

kapitalistischen Bedingungen das direkte Gegenteil der Fall sein.

Die Arbeiterbewegung steht prinzipiell, auch im Kapitalismus, dem technischen Fortschritt, der Steigerung der Arbeitsproduktivität aufgeschlossen, bejahend und in gewisser Beziehung sogar fördernd gegenüber. Jeder Versuch, echten technischen Fortschritt zu hemmen, ließe darauf hinaus, das Rad der Geschichte zurückdrehen zu wollen, ist also utopisch.

Ein ganz anderer Fragenkomplex ist der, mit welchen, eventuell menschenfeindlichen Zielen die Arbeitsproduktivität gesteigert wird, wer in den Genuß der Ergebnisse kommt und welche Folgen überhaupt eintreten, mit welchen Mitteln und auf wessen Kosten die Arbeitsproduktivität gesteigert wird. Gerade in dieser Hinsicht unterscheiden sich Kapitalismus und Sozialismus, unterscheidet sich die Bundesrepublik von der DDR grundsätzlich.

Zwischen den beiden Seiten der Produktionsweise, also dem Charakter der Produktivkräfte einerseits und den gesellschaftlichen, d. h. den Eigentums- und Klassenverhältnissen auf der anderen Seite besteht eine Wechselwirkung. Ist letzten Endes der durch den Stand der Arbeitsproduktivität gekennzeichnete Grad der Produktivkraftentwicklung entscheidend für das Bestehen bzw. den Sieg dieser oder jener Gesellschaftsordnung, so geben doch andererseits die bestehenden Klassenverhältnisse der Art und Weise der Produktivitätsentwicklung und der Ausnutzung ihrer Resultate ihr Gepräge. Die Triebkräfte, die Methoden, die Ziele und Auswirkungen der Steigerung der Arbeitsproduktivität sind im Kapitalismus und im Sozialismus grundsätzlich verschieden. In dieser Hinsicht gibt es daher ganz wesentliche Unterschiede im Verhalten der Arbeiter in Westdeutschland im Gegensatz zur DDR.

Die Triebkräfte des technischen Fortschritts

Zunächst zu den Triebkräften des technischen Fortschritts.

Für die Monopole, für die Kapitalisten überhaupt kann es nur ein Kriterium für den erhöhten Einsatz von Maschinen und Anlagen, für die Steigerung der Arbeitsproduktivität geben, und das ist der Profit. Von der Höhe des Profites hängt seine Stellung im Konkurrenzkampf ab, und danach muß er seine Entscheidungen treffen. Überall dort, wo die Löhne relativ niedrig, wo der Einsatz von Arbeitskräften billiger als der von Maschinen, wird jeder Kapitalist auf den technischen Fortschritt pfeifen. Dafür bietet sowohl die vergangene Entwicklung in den Kolonien schlagende Be-

weise, als auch das Zurückbleiben bestimmter Gebiete in Europa in der Industrialisierung bzw. auch das bestimmter Wirtschaftszweige, wie z. B. der Landwirtschaft. Das Profitstreben, das kapitalistische Grundgesetz, ist in diesem Sinne nicht nur Triebkraft, sondern zugleich Schranke der Steigerung der Arbeitsproduktivität. Hieraus ergibt sich auch, daß der erfolgreiche Lohnkampf der Arbeiter im Kapitalismus die Mechanisierung und Automatisierung der Produktion anregt und fördert. Dies einmal dadurch, daß höhere Löhne die kapitalistische Rentabilitätsgrenze für den Einsatz neuer Technik hinausschieben, zum anderen aber dadurch, daß mit der

infolge von Lohnerhöhungen eintretenden Vergrößerung des inneren Marktes die von Automaten vorausgesetzte Serien- und Massenproduktion mit ermöglicht wird. Aber selbst unter Berücksichtigung des Einflusses der Arbeiterbewegung bleibt für die Entwicklung der Produktivkräfte im Kapitalismus das Interesse der herrschenden Klasse ausschlaggebend.

Auf Grund des Volkseigentums an den Produktionsmitteln sind im Sozialismus die Triebkräfte für den technischen Fortschritt völlig entgegengesetzter Natur, und die kapitalistischen Schranken sind verschwunden. Die positiven Resultate der Entwicklung von Produktion und Arbeitsproduktivität werden hier unmittelbar für die ganze Gesellschaft wirksam. Die Vergrößerung, Verbesserung und Verbilligung des Aufkommens an Produkten aller Art wird im Interesse der Werktätigen genutzt. Es gibt keinen

Grund, keine klassenmäßigen Beschränkungen, dies nicht zu tun. Die Arbeiter- und Bauern-Macht entscheidet bei der Verteilung der erzeugten Produkte einzig und allein von dem Gesichtspunkt, wie dem Wohle der Menschen im sozialistischen Staat am besten gedient ist. Entsprechend dem ökonomischen Grundgesetz des Sozialismus ist die gesamte Tätigkeit des sozialistischen Staates darauf gerichtet, durch die schnelle Entwicklung von Produktion und Produktivität die Bedürfnisse der Menschen besser zu befriedigen, die Arbeit zu erleichtern und zu verkürzen. Die Arbeiter in der DDR bemühen sich um die Entwicklung der Arbeitsproduktivität in ihrem ureigensten Interesse.

Dies wird am deutlichsten sichtbar, wenn man die tatsächlichen praktischen Resultate der Produktivitätsentwicklung und die dabei beschrittenen Wege in beiden deutschen Staaten vergleicht.

Arbeitsproduktivität im Kapitalismus — wichtigste Methode zur Steigerung der Ausbeutung

In allen kapitalistischen Ländern, also auch in der Bundesrepublik, ist die Steigerung der Arbeitsproduktivität (einschließlich der Intensivierung der Arbeit) zugleich die wichtigste Methode zur Erhöhung der Ausbeutung. Die zweite Hauptmethode, nämlich die der Verlängerung des Arbeitstages, hat angesichts der gewachsenen Kampfkraft der Arbeiter gegenüber früheren Zeiten stark an Bedeutung verloren. Diese zweite Methode erwies sich als zu offensichtlich, außerdem werden der Länge des Arbeitstages heute durch die maßlos gestiegene Arbeitshetze sehr enge physische Schranken gesetzt.

Für die Steigerung der Arbeitsproduktivität entfallen dagegen viele physische, aber auch moralische Schranken. Außerdem ist die mit ihr verbundene Steigerung der Ausbeutung nur schwer zu durchschauen. Wenn die Arbeitsproduktivität steigt, so wächst bekanntlich die Menge der Güter, die von einem Arbeiter in einer bestimmten Zeiteinheit geschaffen wird. Selbst wenn wir gleichbleibende Reallöhne annehmen, wenn also der Arbeiter ebensoviel Güter und Dienstleistungen erhält wie vorher, so fließt die durch höhere Produktivität zusätzlich geschaffene Produktmenge in die Taschen der Monopole bzw. ihres Staates. Die Ausbeutung ist also gestiegen, ohne daß sich dies an der Höhe des Lohnes oder an der Länge des Arbeitstages bemerkbar zu machen braucht. Darüber hinaus ist bei einer genügend schnellen Steigerung der Produktivität eine steigende Ausbeutung sogar mit wachsenden Reallöhnen vereinbar. Voraussetzung dafür ist nur, daß die Produktivität schneller erhöht wird als die

Reallöhne. In diesem Falle — von allen anderen Faktoren einmal abgesehen — würden die Profite schneller steigen als die Löhne.

Gerade dies ist das typische Bild, das die westdeutsche Wirtschaft im Durchschnitt der vergangenen Jahre bietet: Langsame, von den Arbeitern erkämpfte Erhöhung der Reallöhne bei gleichzeitigem schnellerem Wachsen der Profite, also bei steigender Ausbeutungsrate. Das wichtigste Mittel dazu war eben die mit Intensivierung der Arbeit verknüpfte Produktivitätsentwicklung. Hören wir dazu den Kollegen Köpping, Sekretär der IG Bergbau und Energie im DGB:

„Die Verbesserungen in der Lebenslage der Arbeitnehmer gehen nicht zurück auf eine Einkommensübertragung oder Vermögensübertragung von den Unternehmern/Aktionären auf die Arbeitnehmer — sie haben ihre Quelle in der gewaltig erhöhten Produktivkraft unserer Wirtschaft. In der Tat wurden die Reichen noch schneller reicher. Die Lohnquote erhöhte sich in den letzten Jahren von rund 59 vH auf rund 62 vH (1962). Das ist ein Erfolg, das versteht sich durchaus nicht von selbst, das wurde von den Gewerkschaften ertrötzt. Aber dieser Erfolg verliert manches von seinem Glanz, wenn man ihn in Beziehung setzt zu den soziologischen Umschichtungen, die in unserer Gesellschaft vor sich gegangen sind: Seit 1950 hat sich die Zahl der Selbständigen einschließlich der mithelfenden Angehörigen um rund 10 vH verringert, während die Zahl der Arbeitnehmer um mehr als 40 vH gestiegen ist. Hätte sich die Einkommensverteilung parallel zu dieser Um-

schtung entwickelt, dann müßte die Lohnquote inzwischen auf rund 70 vH gestiegen sein.“)

Die Grundlage des Kapitalismus, das Privateigentum an den Produktionsmitteln, wurde nicht nur nicht angetastet, es hat sich in der gleichen Zeit sogar beträchtlich erhöht und konzentriert. Aber hören wir selbst so einen „unverdächtigen“ Zeugen wie Georg Leber, der sich ja besonders eifrig bemüht, das Gegenteil zu beweisen und ein angebliches Verschwinden der Ausbeutung und der Klassengegensätze predigt. Auch er mußte in seinem Referat auf dem 6. Gewerkschaftstag der IG Bau-Steine-Erden im Juni 1963 in der Berliner Kongreßhalle zugeben, daß sich „die Gewinne wesentlich stärker erhöht“ haben als die Löhne, und er zitiert einen Professor Carl Föhl, der in seiner Untersuchung zu dem Schluß gekommen ist, „daß 80 Prozent der gebildeten Vermögen auf 14 Prozent der Erwerbstätigen entfallen. Das sind die Selbständigen und ihre Unternehmungen.“ Wir müssen hier berichtigen und ergänzen: es waren nicht „die Selbständigen“ schlechthin, auf die der Löwenanteil der gebildeten Vermögen entfiel. Große Teile der Selbständigen, vor allen Dingen der werktätigen Bauern und der Handwerker, konnten nicht nur keine neuen Vermögen bilden, sondern verschuldeten in der gleichen Zeit oder wurden sogar ruiniert. Es ist die verschwindend kleine Zahl von parasitären Großaktionären, auf die sich die Vermögensbildung konzentrierte. An den Eigentumsverhältnissen hat sich nur insofern etwas geändert, daß die Kluft zwischen den Eigentümern und den Nichteigentümern an Produktionsmitteln zugunsten der Monopolherrschaft vergrößert wurde.

Weitere Folgen der Steigerung der Arbeitsproduktivität im Kapitalismus können nur kurz gestreift werden. So wird die Maschine im Kapitalismus unzweifelhaft zum Konkurrenten des Arbeiters. Sie bringt die Gefahr mit sich, menschliche Arbeitskraft aus dem Produktionsprozeß zu verdrängen, Arbeitslosigkeit zu

erzeugen. Die augenblicklich günstige Beschäftigungssituation in der Bundesrepublik darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß diese Probleme nicht gelöst und im Kapitalismus nicht gelöst werden können. Das beweist am eindeutigsten die Wirtschaft der USA, wo nach Schätzungen bürgerlicher Wissenschaftler jährlich rund 300 000 Arbeiter ihren Arbeitsplatz infolge der Automation verlieren. Im Sommer 1963 gab es in den USA weit mehr als 4 Millionen Vollarbeitslose, und alle Aussichten deuten darauf hin, daß ihre Zahl weiter steigt. Derartige Erscheinungen sind im Sozialismus ausgeschlossen. Ein weiterer, besonders für uns in Westdeutschland wichtiger Aspekt ist die mit der kapitalistischen Produktivitätsentwicklung verbundene Intensivierung der Arbeit, die wachsende Arbeitshetze. Sie schlägt sich in wachsender Frühinvalidität und in steigender Unfallhäufigkeit nieder. Die Bundesrepublik schlägt in dieser Hinsicht bekanntlich alle Rekorde. Der „Münchner Merkur“ vom 17. Januar 1962 berichtet dazu:

„... nicht die USA mit ihren riesigen Industrieunternehmen stehen an der Spitze der internationalen Unfallstatistik, sondern die Bundesrepublik. Sie liegt mit mehr als 2,5 Millionen meldepflichtigen Arbeitsunfällen im Jahr — davon 5500 mit tödlichem Ausgang — an der Spitze aller vergleichbaren Industrieländer.“

Zur Zeit ist die Häufigkeit der Betriebsunfälle in der Bundesrepublik mehr als doppelt so hoch wie in der DDR, sie steigt weiter, während sie in der DDR ständig sinkt. Das ganze, so großzügig und weitsichtig aufgebaute Schul- und Ausbildungswesen in der DDR offenbart uns unter anderem, welche Wege der Erhöhung der Produktivität menschlicher Arbeit in sozialistischen Ländern beschritten werden: Es ist vor allen Dingen die volle, ungehinderte Entfaltung aller geistigen Fähigkeiten, aller schöpferischen Kräfte im Volk, die für die Entwicklung der Produktion nutzbar gemacht werden.

Arbeitsproduktivität im Sozialismus eine große schöpferische Kraft

Aber auch an die aus der Planlosigkeit und Anarchie der wirtschaftlichen Entwicklung, und damit auch der der Steigerung der Produktivität im Kapitalismus erwachsenden Unsicherheit der Existenz der Werktätigen, wie sie in den Wirtschaftskrisen ihren akutesten Ausdruck findet, ist im Sozialismus nicht zu denken. Ganz zu schweigen von der Ausnutzung des technischen Fortschritts mit dem unmenschlichen Ziel, einen Weltkrieg, einen atomaren Krieg vom

Zeune zu brechen. Wenn sich heute das sozialistische Lager um die Erhöhung seiner Verteidigungsfähigkeit bemühen muß, so ist dies eine durch die imperialistische Bedrohung erzwungene Belastung, die nicht den sozialistischen Prinzipien erwächst. Ist die Kriegsgefahr gebannt, dann wird es für die Waffenproduktion im Sozialismus keinen Platz mehr geben.

Den Ausbeutungscharakter und alle anderen negativen Begleiterscheinungen hat die Steigerung der Arbeitsproduktivität in der DDR verloren. Mit Mono-

*) „Welt der Arbeit“, 2. August 1963, S. 4

polisten. Militaristen und Großgrundbesitzern wurde gründlich und endgültig Schluß gemacht. Während es in der Bundesrepublik darum geht, durch einen konsequenten Lohnkampf die Verteilungsverhältnisse zugunsten der Arbeiter zu verbessern, der Arbeitsetze entgegenzuwirken, die soziale Sicherheit zu erhöhen und vor allen Dingen dem Mißbrauch der Produktivkräfte durch einen erneuten Weltkrieg zu verhindern, ist die Steigerung der Arbeitsproduktivität in der DDR mit ganz anderen Problemen verbunden

In bezug auf die Verteilung der Resultate steigender Produktivität kommt es z. B. in der DDR darauf an, die für die Festigung des Sozialismus, d. h. zum Wohle der Menschen günstigsten Proportionen zu finden, nach denen diese Ergebnisse, das Nationaleinkommen, auf die verschiedenen Verwendungsbereiche aufgeteilt werden

Ein ganz einfacher Zusammenhang ist dabei folgender: Je höher die Löhne, um so geringer die Mittel, die für Neuinvestitionen zur Verfügung stehen, um so langsamer das Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung, umso langsamer aber auch die weitere Verbesserung der Lebensbedingungen. Selbstverständlich werden die Löhne in der DDR nicht gesenkt. Im Gegenteil: Der Reallohn wie auch die Sozialleistungen wachsen. Je höher aber die Neuinvestitionen sind, umso mehr hochwertige Waren können erzeugt werden. Das ist eine wichtige Voraussetzung für den weiteren Anreiz zu noch höheren Produktionsleistungen. Auf der Grundlage einer jährlichen durchschnittlichen Steigerung der Arbeitsproduktivität um 7 bis 8 Prozent kann das Nationaleinkommen der DDR von 77 Milliarden Mark im Jahre 1963 auf etwa 104 Milliarden im Jahre 1970 erhöht werden. Der Perspektivplan bis 1970 sieht vor: Die Geldeinnahmen der Bevölkerung steigen um etwa 16 Prozent und die Menge der zum Verkauf bereitgestellten Industriewaren, Nahrungs- und Genußmittel wird um 25 Prozent größer. (siehe Walter Ulbricht über das neue Programm der SED, Referat auf dem VI. Parteitag der SED.)

Um diese Problematik richtig ermessen und einschätzen zu können, müssen wir folgende Fakten, die hier nur kurz erwähnt werden können, kennen und berücksichtigen: Die DDR wurde durch die Spaltung Deutschlands wirtschaftlich weitaus stärker beeinträchtigt als die Bundesrepublik. Die wichtigsten Industriezentren liegen in Westdeutschland, die DDR mußte einschneidende Disproportionen überwinden. Gleichzeitig löste die DDR die überwältigende Aufgabe der

Schaffung sozialistischer Produktionsverhältnisse. Viele Schwierigkeiten mußten dabei gelöst werden, es sei nur daran erinnert, daß die Planung und Leitung der Wirtschaft von neuen, jungen, der Arbeiterklasse ergebenden Kräften übernommen wurde, die sich die nötigen Kenntnisse und Erfahrungen erst aneignen mußten. Gleichzeitig hat die DDR auf dem Gebiete der Volksbildung, der Kultur, des Gesundheitswesens und in vielen anderen Bereichen (oft aufwendige) Leistungen vollbracht, die für ganz Deutschland vorbildlich sind. Wir müssen weiter beachten, daß bestimmte Wege der Steigerung der Arbeitsleistungen, soweit sie Gesundheit und Leben der Arbeiter gefährden, im Kapitalismus zwar an der Tagesordnung, in der DDR aber nicht gangbar sind. Hinzu kommt, daß der DDR gerade von Westdeutschland ein sehr beträchtlicher wirtschaftlicher Schaden durch die Ausnutzung der offenen Grenze, durch Boykott und Sabotage des Außenhandels usw. zugefügt wurde.

Wenn wir diese historischen Gegebenheiten beachten, so verstehen wir, daß in der Tat die Leistungen des Sozialismus in der DDR unvergleichlich größer sind als die Resultate der kapitalistischen Entwicklung in Westdeutschland, daß man mit Recht von einem Wirtschaftswunder in der DDR sprechen kann. Wir verstehen aber auch andererseits, warum die Arbeitsproduktivität heute in der DDR den Stand Westdeutschlands im Durchschnitt noch nicht erreicht hat, warum auf einigen Gebieten der Versorgung der Bevölkerung noch Rückstände aufzuholen sind. Wir verstehen aber auch, daß gerade jetzt jeder weitere politische und ökonomische Fortschritt in der DDR gerade von der Steigerung der Arbeitsproduktivität abhängt. Dies hat der Genosse Chruschtschow auf dem VI. Parteitag der SED sehr nachdrücklich und einprägsam betont. Er sagte:

„Die Arbeiterklasse wird nur dann siegen, wenn sie nach der Machtergreifung vermag, die Produktion so zu organisieren, daß die Arbeitsproduktivität höher sein wird als zu jener Zeit, da sie für den Nutzen der Kapitalisten arbeitete.“

Er brachte ferner zum Ausdruck, daß die Auseinandersetzung zwischen dem Alten und dem Neuen hauptsächlich an der Front der Arbeit entschieden wird

Immer mehr Menschen in der DDR verstehen die zentrale Bedeutung, die gerade heute dem Ringen um die Steigerung der Arbeitsproduktivität zukommt. Die Aktivisten- und Neuererbewegung, die zahlreichen Selbstverpflichtungen, z. B. aus Anlaß des Geburtstages von

Walter Ulbricht, oder die Wettbewerbe, die u. a. im Rahmen der letzten Wahlvorbereitungen wieder Massencharakter angenommen haben, die tatkräftige Unterstützung, die die Bevölkerung der Landwirtschaft leistet bei der verlustlosen Einbringung der Ernte, die Millionen freiwilliger Aufbauhelfer im Nationalen Aufbauwerk und viele andere Erscheinungen zeigen diese neue, bewußte, sozialistische Einstellung zur Arbeit.

Die Arbeit mit allen Genossen — eine ständige Aufgabe der Leitungen

von PAUL SCHWARZ

Der Parteitag unserer Partei hat nach eingehender Diskussion wichtige Beschlüsse für den Kampf um Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt gefaßt. In der Programmatischen Erklärung hat unsere Partei klar und deutlich den Weg der friedlichen Lösung der deutschen Frage dargelegt und jene Kräfte aufgezeigt, die in der Lage sind, diesen Weg zu erkämpfen. Genosse Willi Mohn sagte in seinem Referat über die Bedeutung des neuen Parteistatuts auf dem Parteitag:

„Die Programmatische Erklärung bestimmt die Generallinie der Partei. Als Marxisten-Leninisten wissen wir, daß jedes Programm und alle unsere Beschlüsse in dem Maße wirksam werden, wie die Partei praktische Maßnahmen zur organisierten Durchführung ergreift. Es kommt jetzt darauf an, die organisatorische Arbeit der Partei auf das Niveau ihrer politischen Linie und die Erfordernisse des Kampfes in Westdeutschland zu heben. Es kommt darauf an, die Kampffähigkeit unserer Partei zu erhöhen. Dazu soll der Entwurf eines veränderten Statuts, der dem Parteitag zur Beschlufassung vorliegt, beitragen.“)

Die Lösung dieser Aufgaben ist von größter Bedeutung, da die politische Entwicklung nach dem Parteitag eine Bestätigung der Feststellungen in unserer Programmatischen Erklärung ist und die Möglichkeiten für die Entwicklung eines breiten Volkskampfes gegen die abenteuervolle Bonner Kriegspolitik immer größer werden. Der Abschluß des Moskauer Abkommens über die Einstellung der Atomtests über der Erde, unter Wasser und in der Atmosphäre, hat Millionen Menschen der ganzen Welt neuen Mut und neue Hoffnung im Kampf um den Frieden gegeben. Auch in der Bun-

Diese Masseninitiative der Menschen in der DDR ist eine der wichtigsten Formen des Klassenkampfes, des Kampfes für den Sieg des Friedens und des Sozialismus. Es ist ein Kampf auch für die Interessen der Menschen in Westdeutschland, denn wir dürfen nie vergessen: Je stärker, überzeugender und anziehender das sozialistische Beispiel der DDR ist, um so stärker ist auch die Idee des Sozialismus in Westdeutschland, um so erfolgreicher wird unser Kampf sein.

desrepublik hat der Abschluß des Moskauer Abkommens mobilisierend auf die friedliebenden Kräfte gewirkt. Damit sind die Möglichkeiten für die Entwicklung einer breiten Volksbewegung zur Durchsetzung einer Politik der friedlichen Koexistenz gewachsen.

Kommunisten stehen in den ersten Reihen der Kämpfer gegen die Atomrüstung, bei der Verteidigung der demokratischen Rechte, bei der Durchsetzung der sozialen Forderungen der Werktätigen.

Solche Aufgaben, wie sie in der Programmatischen Erklärung dargelegt sind, können nur von einer Partei gelöst werden, die in sich fest geschlossen und mit den Arbeitermassen durch tausende Fäden verbunden ist. Dazu führte Genosse Willi Mohn auf dem Parteitag aus:

„In unserer Partei muß sich jedes Mitglied, jede Leitung darüber klar sein, daß die entscheidende Aufgabe ist, im jeweiligen Tätigkeitsbereich den Masseneinfluß der Partei zu verstärken, um gemeinsam mit den übrigen Volkskräften die Verhältnisse in der Bundesrepublik zum Besseren hin zu verändern. Dazu ist es notwendig, daß unsere Partei immer mitten in den Aktionen steht und jede Möglichkeit zum Handeln und die Bevölkerung zum Handeln zu bringen, wahrnimmt. Wir müssen offen sagen, daß unsere Partei diese Aufgabe heute noch völlig ungenügend erfüllt.“

Der Grundzug und die Zielsetzung des vorliegenden Statutenentwurfs besteht gerade darin, daß es bei konsequenter Anwendung und Verwirklichung unsere Partei befähigen wird, in den Aktionen der Massen ihre Aufgaben als echte Partei der Aktion, als Kampfpartei zu erfüllen.“)

Die wichtigste Voraussetzung für die Lösung der gestellten Aufgaben ist die

1) „Wissen und Tat“, Heft 7/8 1963, S. 45

2) Ebenda, S. 46

ideologische und organisatorische Einheit und Festigung der Partei, die Erziehung jedes einzelnen Mitgliedes zu einem überzeugten und kühnen Kämpfer der Arbeiterklasse. Er muß im täglichen Kampf befähigt werden, sich mit den Massen zu verbinden und sie in die Bewegung für Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt einzubeziehen.

Für alle Leitungen und Grundorganisationen muß das eine ständige Aufgabe sein. Eine Leitung, die dieser Seite keine oder nur wenig Beachtung schenkt, kann ihrer Aufgabe nicht voll gerecht werden.

Die Partei besitzt wertvolle Kader: die langjährigen Mitglieder, Genossen, die in den Kämpfen ihren Mann standen und über große Erfahrung verfügen; die vielen unverbrauchten und vorwärtsdrängenden jungen Genossen, die in den letzten Jahren, besonders seit dem Parteiaufgebot, zu uns kamen.

Die Auswahl und der richtige Einsatz der Kader ist jetzt die entscheidende, aber auch eine nicht einfache Aufgabe.

Man muß bedenken, daß man die Menschen nicht nach einem Schema beurteilen kann. Von der Fähigkeit der Leitung, alle Genossen ihrem Können, ihren Möglichkeiten entsprechend für die Lösung der wichtigsten Aufgaben einzusetzen, hängt alles ab. Die erste Voraussetzung einer richtigen Arbeit mit den Kadern ist es, daß jede Leitung ihre Genossen kennen muß, ihre Verhältnisse, ihre Entwicklung, ihre Fähigkeiten und Interessen.

Leider ist das noch nicht überall so. Das zeigte sich in einer Unterhaltung mit mehreren jungen Genossen, von denen wir zwei hier zu Wort kommen lassen wollen. Ein junger Genosse aus dem Süden erklärte uns:

„Der hauptsächlichste Beweggrund, daß ich in die Partei kam ist wohl, daß ich ein Arbeiter bin.“

Ich würde gerne Aufgaben in der Partei übernehmen, besonders gern in technischen Angelegenheiten, Herstellung von Plakaten und Zeitungen. Ich bin graphischer Zeichner und könnte doch einiges zur guten Agitation beitragen.“

Der zweite Genosse sagte:

„Nach meiner Aufnahme in die Partei wurde ich sofort zur Gruppenversammlung eingeladen. Der Leiter der Grup-

pe machte aber so langatmige Ausführungen, daß es langweilig wurde. Jetzt sind die Parteigruppen der Grundorganisation verändert worden und die Arbeit geht planmäßiger. Auch Schulung wollen wir machen. Jetzt habe ich auch erfahren, daß es individuelle Parteiaufträge gibt zur Verwirklichung der Beschlüsse. Mir macht es besonders Spaß, mit bürgerlichen Menschen zu diskutieren und in dieser Richtung sollte meine Parteigruppe mich auch einsetzen.“

Diese beiden jungen Genossen drücken ihre Bereitschaft zur Mitarbeit aus.

Jede Leitung muß die persönlichen Fähigkeiten der Genossen kennen und berücksichtigen. Es kommt darauf an, ihnen entsprechend ihren Eigenschaften politische Aufgaben zu geben, um dadurch die besten Ergebnisse im Sinne der Politik der Partei zu erreichen. So beauftragte z. B. eine Kreisleitung einen jungen Genossen, der Kenntnisse in der Landwirtschaft besitzt und gute Verbindungen zu Bauern hat, mit der Organisation einer gemeinsamen Versammlung von Arbeitern und Bauern. Hier führte die richtige Ausnutzung der Fähigkeiten und Möglichkeiten zu einem politischen Erfolg.

Voraussetzung für eine richtige und reale politische Aufgabenstellung ist die Diskussion über die Politik der Partei im Kollektiv der Leitung. Bei der Beschlußfassung sollte jede Leitung nicht nur die Aufgaben festlegen, sondern auch Wege zur Lösung im Kollektiv beraten und prüfen, welche Genossen besondere Fähigkeiten zur Durchführung der Arbeit besitzen.

Die Erfahrungen der Genossen in der Massenarbeit sind unterschiedlich. Der Erfolg ist gerade davon abhängig, ob der richtige Genosse am richtigen Platz steht. Die Fähigkeiten richtig erkennen und entwickeln ist ein wesentlicher Teil der Leitungsarbeit. Jeder weiß aus seiner eigenen Parteipraxis, daß gerade junge Genossen unsicher werden oder auch an der Lösung der Aufgaben scheitern, weil ihre persönlichen Eigenschaften und Fähigkeiten ungenügend beachtet werden.

Alte, erfahrene Genossen sollten ständig angehalten werden, den jungen Genossen durch ihr eigenes Beispiel zu helfen, ihnen Berater und Helfer zu sein.

Das richtige Verhältnis alter und junger Kader — eine wichtige Voraussetzung für die Lösung der Aufgaben!

Vielfach ist aber die Tatsache festzustellen, daß alte erfahrene Genossen nicht für die Erziehung und Entwicklung der jungen Genossen herangezogen werden. Die alten Genossen sind ein großer Schatz der Partei. Viele von ihnen ver-

körpern jahrzehntelange Erfahrungen des Kampfes der Arbeiterbewegung. Die Verbindung ihrer großen Erfahrungen mit dem Elan unserer jungen Genossen ist für jede Leitung eine wichtige Aufgabe. So werden die großen Erfahrungen

des Kampfes unserer Partei den jungen Genossen helfen, die vor uns stehenden Aufgaben leichter zu lösen und vor manchen Fehlern zu bewahren. Die Meinung eines jungen Genossen aus einer Betriebsgruppe des Ruhrgebietes bestätigt diese Feststellung:

„Ich wurde sofort nach meiner Aufnahme in die Arbeit der Betriebsgruppe einbezogen. Unsere Parteigruppe tagt regelmäßig und weil wir viele Probleme zu bewältigen haben, ist jede Sitzung interessant. Das Verhältnis zwischen den jungen und alten Genossen ist gut. Das ist deswegen so, weil wir Schulung machen und die alten Genossen uns ihre Erfahrungen vermitteln. Ich arbeite noch in einem Hilfsorgan der Leitung und erhalte von den alten Genossen eine gute Hilfe. Die demokratische Ordnung und die Diskussion über alle Probleme, die mich bewegen, gefallen mir am besten in der Partei, und ich fühle mich richtig wohl und stark.“

Ein Appell an unsere alten Genossen ist die nachfolgende Feststellung:

„In unserer Betriebsgruppe ist der Altersunterschied sehr groß und das Verhältnis zwischen jung und alt ist nicht immer das Beste. Die Mitarbeit der alten Genossen ist zu unregelmäßig. Wir Jungen haben aber Verständnis für einige Dinge. Oft sind es familiäre Gründe, aber auch gesundheitliche, die unsere alten Genossen hemmen. Man muß wenigstens dafür sorgen, daß ein alter Genosse an der Sitzung der Parteileitung teilnimmt, sonst sind wir Jungen allein mit den Problemen.“

Diese beiden Beispiele zeigen, wie notwendig das gegenseitige Verständnis ist. Unsere alten Genossen müssen den jungen Genossen mehr Geduld und Aufmerksamkeit schenken. Von den jungen Genossen erwarten wir, daß sie den alten Genossen achtsamer gegenüber treten und ihren Vorschlägen ein offenes Ohr leihen. Es ist unerlässlich, daß vor allem unsere alten Genossen Patenschaften und Verantwortung für junge Genossen übernehmen, um ihnen ihre reichen Kampferfahrungen zu übermitteln. Ebenso notwendig ist es, daß die jungen Genossen an die alten Genossen herantreten, um mit ihnen gemeinsam die vor uns stehenden Aufgaben zu lösen. Das gehört zur Erziehungsarbeit der Leitungen. Das lehren uns auch die Erfahrungen der KPdSU und der Bruderparteien. Genosse Chruschtschow sagte in seiner Rede auf dem XXII. Parteitag:

*) S. N. S. Chruschtschow „Der Triumph des Kommunismus ist gewiß“, Dietz Verlag Berlin, 1961, S. 133

„Bei der Arbeit mit den Kadern ist es erforderlich, das Leninische Prinzip der richtigen Verbindung alter, erfahrener, im Kampf für die Linie der Partei gestählter Mitarbeiter mit jungen, energischen Organisatoren, die die Arbeit gut kennen, streng einzuhalten. Sehr wichtig ist es, in unserer Arbeit die Kontinuität einzuhalten, sie trägt zur Erhaltung und Entwicklung der besten Parteitraditionen und zum Zustrom junger Kräfte bei, die das Gefühl für das Neue, Initiative in der Arbeit und operatives Handeln auszeichnet.“^{a)}

Der Hauptinhalt der Erziehungsarbeit ist die Befähigung der Kommunisten zur legalen Massenarbeit. Diese Seite der Erziehungsarbeit wird noch von vielen Leitungen und Grundorganisationen ungenügend beachtet. Für diese Genossen ist die Parteiorganisation oft nur Selbstzweck und nicht Mittel zum Zweck.

Worin liegen die Ursachen dafür? Betrachtet man einige vorliegende Leitungspläne, dann zeigt sich, daß sie vielfach auf das innerparteiliche Leben, aber zu wenig auf die Entwicklung der legalen Massenarbeit ausgerichtet sind. Viele Möglichkeiten des legalen Auftretens von Kommunisten bleiben ungenutzt, weil unsere Leitungen versäumen, die Kader entsprechend ihren Fähigkeiten und legalen Möglichkeiten anzuleiten. Auch das Statut, als das Grundgesetz unseres Handelns, verlangt im Absatz 2 c):

„Das Parteimitglied ist verpflichtet, ständig um die Herstellung eines engen, kameradschaftlichen Verhältnisses mit den sozialdemokratischen Genossen zu ringen, für das gemeinsame Handeln von Kommunisten und Sozialdemokraten, für das Zusammenwirken von kommunistischen und sozialdemokratischen Parteiorganisationen zu arbeiten; mit den parteilosen Massen eine enge Verbindung zu schaffen; stets auf die Meinung der Massen zu achten und von ihnen zu lernen; seine Arbeit in den Massenorganisationen, besonders in den Gewerkschaften, im Interesse der Werktätigen durchzuführen.“

Das Statut im Leben unserer Partei zu verwirklichen heißt: nicht nur Führer der Partei, sondern Führer der Massen zu werden. Führer der Massen zu sein heißt, Funktionen in den Gewerkschaften zu haben, Vertrauensmann, Betriebsrat zu sein, Verbindungen zu sozialdemokratischen Genossen und ihren Parteiorganisationen zu haben, heißt, überall dort verankert zu sein, wo arbeitende Menschen zur Vertretung ihrer Interessen zusammengeschlossen sind.

Das Wirken unter den Arbeitern, in Massenorganisationen, der Kontakt zu

SPD-Genossen und Gewerkschaftsfunktionären, zu anderen Persönlichkeiten ist oft selbst nicht von Leitungsmitgliedern in der Praxis verwirklicht.

Eine Folge davon ist, daß die Genossen Leitungsmitglieder, keine oder wenig Erfahrungen in der Massenarbeit besitzen und darum auch die Genossen ihrer Parteiorganisation ungenügend auf die Massenarbeit orientieren.

Nur der Funktionär, der mit gutem Beispiel in der Entwicklung der legalen Massenarbeit vorangeht, wirkt erzieherisch auf andere Genossen und kann auf Grund seiner Erfahrungen überzeugen.

Das politische Leben in den Grundorganisationen entwickeln

Das Rüstzeug für die Massenarbeit erhalten die Genossen in ihren Grundorganisationen, wo man kritisch die Arbeit berät und die notwendigen Schlussfolgerungen für die weitere Arbeit zieht. In seinem Referat auf dem Parteitag 1963 sagte Genosse Willi Mohn:

„Lenin wies uns mit Recht darauf hin, daß die Kommunisten in allen Schichten der Bevölkerung mit Hilfe der Parteiorganisation tätig sein müssen. Darum sind die Grundorganisationen die wichtigsten Organe der Partei für eine lebendige Verbindung zu den Massen. Sie sind die wichtigsten Hebel für Aktionen unter den verschiedenen Schichten der Bevölkerung.“)

Der Parteitag orientierte auf die Erfassung aller Mitglieder unserer Partei in Grundorganisationen. Die Leitungen dürfen sich nicht mit einer einfachen und mechanischen Übermittlung von Aufträgen und Anweisungen an die Grundeinheiten zufrieden geben. Ihre Hauptaufgabe besteht doch darin, die Gruppe zu befähigen, kollektiv die gestellten Aufgaben zu beraten und jedem Genossen konkrete Aufträge zu erteilen.

Die Grundorganisation ist der Ort der Erziehung und Vorbereitung der Genossen für die Lösung der Aufgaben. Hier sollen alle Fragen der Politik freimütig diskutiert werden und jeder auf seine Frage eine prinzipielle Antwort erhalten. In der Grundorganisation soll jeder Genosse befähigt werden, in seinem Wirkungsbereich die Menschen zu Aktionen zur Durchsetzung ihrer Interessen zu mobilisieren. Was im Statut niedergelegt ist, muß in der Partei in seiner vollen Bedeutung erkannt werden, daß die Grundorganisationen die wichtigsten Mittel sind, sich eng mit den Massen zu verbinden.

Damit ist die Rolle der Grundorganisationen jedoch nicht erschöpft. Jeder Genosse muß in der Schulung Gelegen-

So wie wir alle Genossen befähigen, wirkliche Massenarbeit zu entwickeln, sich konsequent für die Interessen der Massen einzusetzen, sich als Initiatoren an die Spitze der Aktionen zu stellen, gewinnen wir das Vertrauen der Menschen und werden die Mutigsten von ihnen für unsere Partei gewinnen.

Niemand kann bestreiten, daß sich in den Aktionen der letzten Zeit, den Ostermärschen, dem Antikriegstag usw. zahlreiche junge Kräfte unserer Partei genähert haben. Auf sie sich zu orientieren und sie für die Partei zu gewinnen, sollte eine Selbstverständlichkeit sein.

heit haben, sich gute Kenntnisse über den Marxismus-Leninismus anzueignen und lernen, ihn anzuwenden. Darüber hinaus ist jede Grundeinheit verpflichtet, alle Möglichkeiten zur Schulung der Mitglieder auszunutzen, die unsere Partei trotz Illegalität eingerichtet hat.

Je interessanter das Leben einer Grundorganisation gestaltet wird, je wohler fühlen sich unsere jungen Genossen.

Es kommt also darauf an, das politische Leben in den Gruppen zu entwickeln, die Massenarbeit zu beleben und alle Mitglieder in die aktive Arbeit einzubeziehen.

In der Grundorganisation wird jeder Genosse den hohen Wert von Kritik und Selbstkritik für die Verbesserung seiner persönlichen Parteiarbeit sowie auch für sein persönliches Leben kennen und schätzen lernen. Er wird lernen, daß Kritik und Selbstkritik Fehler und Mängel des einzelnen Genossen und des Kollektivs aufdecken und beseitigen sollen, daß die Unterdrückung der Kritik zur Verschleierung von Mängeln und Schwächen führt und darum unvereinbar mit den Prinzipien der Partei ist.

Zusammenkünfte der Grundorganisation zur Auswertung des Parteitages müssen der Ausgangspunkt einer planmäßigen Arbeit mit den Menschen sein. Im Statut unserer Partei und dem Referat des Genossen Willi Mohn auf dem Parteitag ist die Arbeit der Grundorganisationen in erzieherischer und politischer Hinsicht festgelegt.

Die Aufgabe aller Leitungen der Partei besteht darin, den Genossen in den Grundorganisationen mit Hilfe des Statuts aufzuzeigen, welche hohe Verantwortung jeder Kommunist gegenüber der Partei, der Arbeiterklasse und der Nation trägt. Gute moralische Eigenschaften eines Vorkämpfers für Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt erwerben die Kommunisten nur im Kampf und durch die Erziehung in der Partei.

*) „Wissen und Tat“, Heft 7/8 1963, S. 46

Kaderentwicklung heißt, jedem Genossen, entsprechend seinen Fähigkeiten eine Perspektive in seiner Entwicklung zu geben. Die richtige Verteilung der Kader, ihr Einsatz am richtigen Ort ist ein Hauptanliegen unserer Organisationspolitik. Durch die ständige und planmäßige Werbung neuer Mitglieder erschließt die Partei neue Gebiete der Massennarbeit, wird sie als politische Kraft wirksamer im gesellschaftlichen Leben.

Der Parteitag hat eine neue Etappe des Kampfes eingeleitet. Stärken und festigen wir unsere Reihen, befähigen wir alle Mitglieder, alle Grundorganisationen mit neuen, kühnen Methoden die Massennarbeit zu verbessern. Befähigen wir sie, die Interessen der Werktätigen wirksamer als bisher zu vertreten.

Dann heben wir die gesamte Partei auf das Niveau des Parteitages. Dann werden wir die uns von der Geschichte gestellten Aufgaben in Ehren erfüllen.

Unsere Stellung zum Kampf um Reformen und zum Reformismus

von WILLI SCHULZ

I. Wie stehen wir zum Kampf um Reformen und zum Reformismus?

Die marxistische Arbeiterbewegung kämpft seit ihrem Bestehen um soziale und demokratische Reformen, für die Verbesserung der Lebenslage der Arbeiterklasse wie z. B. für die Verkürzung der Arbeitszeit, für Sozialversicherung oder für deren Verbesserung, für höheren Lohn, für gewerkschaftliche Rechte sowie für wachsenden politischen Einfluß etwa durch allgemeines und gleiches Wahlrecht, durch Koalitions- und Streikrecht, durch Kampf um Tarifautonomie und Mitbestimmung. Dieser Kampf um Reformen war und ist ein bedeutsamer Bestandteil des revolutionären Klassenkampfes des Proletariats. Er dient der Stärkung und Verbreitung des Klassenbewußtseins, bereitet die Massen auf den Kampf für den Sozialismus vor und verbessert die Kampfbedingungen der Arbeiterklasse.

Der Kampf um Reformen ist nicht zu verwechseln mit dem Reformismus. Reformismus ist eine bürgerliche Theorie und Praxis in der Arbeiterbewegung. Er leugnet die Notwendigkeit der revolutionären Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaft, der politischen Machtergreifung durch die Arbeiterklasse. Er beschränkt sich — seinem Wesen nach — auf das Streben nach sozialen und politischen Reformen im Rahmen des kapitalistischen Systems und des bürgerlichen Staates. Der Reformismus gibt also eine falsche Antwort auf die Grundprobleme des Kampfes um die Beseitigung des Kapitalismus und für die Errichtung des Sozialismus und ist darum gegen die Grundinteressen der Arbeiterklasse gerichtet:

„Zum Unterschied von den Anarchisten erkennen die Marxisten den Kampf

für Reformen an, d. h. für solche Verbesserungen in der Lage der Werktätigen, bei denen die Macht nach wie vor in den Händen der herrschenden Klasse bleibt. Doch gleichzeitig führen die Marxisten den entschiedensten Kampf gegen die Reformisten, die direkt oder indirekt das Streben und das Wirken der Arbeiterklasse auf Reformen beschränken wollen. Der Reformismus ist ein bürgerlicher Betrug an den Arbeitern, die, solange die Herrschaft des Kapitals bestehenbleibt, ungeachtet einzelner Verbesserungen stets Lohnsklaven bleiben werden.“¹⁾

Die ganze Geschichte der Arbeiterbewegung widerlegt die reformistische These vom friedlichen Hineinwachsen des Kapitalismus in den Sozialismus durch Reformen. Weder die SPD in der Bundesrepublik und die Labour-Partei in England, noch die Sozialdemokratie in Norwegen und Schweden haben in ihrer Regierungszeit das Versprechen des Reformismus erfüllt: den Kapitalismus zu beseitigen und den Sozialismus zu errichten. Der Reformismus hat sich stets als eine die Arbeiter irreführende Ideologie und Politik erwiesen. Diese falsche Position haben wir Kommunisten bekämpft und werden sie immer bekämpfen.

Aber es wäre ein ernster Fehler, unsere prinzipielle Stellung zum Reformismus zu verwechseln mit der Haltung unserer Partei zum Kampfe um soziale und demokratische Reformen und zu der Masse der sozialdemokratischen Genossen und Gewerkschafter, die ehrlich für solche Reformen eintreten. Zwischen diesen Sozialdemokraten, ob in den Gewerkschaften oder in der SPD und uns bestehen viele Gemeinsamkeiten.

Wenn man heute keine einzige zentrale politische Frage unabhängig von

¹⁾ W. I. Lenin, *Marxismus und Reformismus* (1913), Werke, Band 19, Berlin 1962, S. 363

dem neuen Kräfteverhältnis beantworten kann das sich in der Periode nach dem zweiten Weltkrieg herausgebildet hat, so gilt das gerade auch für den Kampf um soziale und demokratische Reformen. In der Epoche des weltweiten Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus, in der gegenwärtigen dritten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus, gewinnt der Kampf um soziale und demokratische Reformen in den kapitalistischen Ländern eine neue, weiter- und tiefergehende Bedeutung als früher.

Die Herausbildung des sozialistischen Weltsystems, der Zerfall des Kolonialsystems, die Einengung des imperialistischen Machtbereichs, der verschärfte Klassenkampf zwischen Kapital und Arbeit, die Entfaltung des allgemein-demokratischen Kampfes der Volkskräfte gegen die Monopole haben eine qualitativ neue Verteilung der Klassenkräfte in der Welt und innerhalb der kapitalistischen Länder bewirkt. Der Widerspruch zwischen dem Monopolkapital und allen anderen Volksschichten spitzt sich ständig zu. Das gilt vor allem auch für die Bundesrepublik. Angesichts der Existenz der DDR, angesichts der Tatsache, daß die forcierte Rüstungspolitik den Monopolen die Gewährung von Zugeständnissen erschwert, richtet sich jeder Kampf um Reformen — vor allem, sobald er Massencharakter annimmt — objektiv gegen das Monopolkapital, insbesondere gegen die aggressivsten Monopole und ihre Rüstungs- und Notstandspolitik und trägt zur Erschütterung seiner Herrschaft bei.

Das sind auch die Hauptgründe dafür, weshalb solche berufsmäßigen antikommunistischen Führer der SPD wie Wehner, Deist, Erler im Interesse ihrer Zusammenarbeit mit den Imperialisten ihre sozialen Versprechungen mehr und mehr abschwächen. Soweit sie noch gewisse soziale Forderungen stellen, dient das nur noch dem Stimmenfang. Sie sind nicht mehr Reformisten, sondern offene Verfechter der imperialistischen Politik in der Arbeiterbewegung. Deshalb kommen die Anhänger von Reformen in den Gewerkschaften und in der SPD in immer stärkeren Gegensatz nicht nur zum herrschenden Monopolkapital, sondern auch zur Gemeinsamkeitspolitik der bestimmenden Gruppe in der SPD-Führung:

Unter den veränderten Bedingungen haben sich die reformistischen Strömungen der Arbeiterbewegung nach dem zweiten Weltkrieg deutlich differenziert. Eine Strömung hält an den alten reformistischen Vorstellungen fest und erblickt im Kampf um soziale und demo-

kratische Reformen den Weg zu einer grundlegenden Umgestaltung der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaft. Das gilt vor allem für zahlreiche Funktionäre der Gewerkschaften. Andere Gewerkschafter und sozialdemokratische Funktionäre treten für Reformen im Rahmen der bestehenden kapitalistischen Gesellschafts- und Staatsordnung, für 'mehr Gerechtigkeit' usw. ein. ('Bayernprogramm' der SPD), haben aber das sozialistische Ziel entweder aufgegeben oder in eine so weite Ferne gerückt, daß es für sie jede Bedeutung verloren hat.

Der Kampf um soziale und demokratische Reformen hat heute auch deshalb eine neue Bedeutung erlangt, weil angesichts des qualitativ neuen Verhältnisses der Klassenkräfte in der Welt und in Deutschland, angesichts der allgemeinen Schwächung des imperialistischen Systems eine breite und kraftvolle antimonopolistische Volksbewegung, die tiefgreifende Reformen erkämpft, auch für die Bundesrepublik Möglichkeiten des friedlichen Weges zum Sozialismus eröffnen würde. In dieser Weise erkämpfte antimonopolistische Reformen können bei einer breiten Entfaltung des Klassenkampfes und der demokratischen Volksbewegung, bei einem immer stärker werdenden Einfluß der Arbeiterklasse und der Volkskräfte auf das gesamte staatliche Leben — Schritte auf dem Weg zur sozialistischen Umwälzung sein. „Unter den neuen historischen Bedingungen kann die Arbeiterklasse vieler Länder bereits vor dem Sturz des Kapitalismus die Bourgeoisie zu Maßnahmen zwingen, die über den Rahmen der üblichen Reformen hinausgehen und sowohl für die Arbeiterklasse und die Entfaltung ihres weiteren Kampfes für den Sieg der Revolution, für den Sozialismus als auch für die Mehrheit der Nation lebenswichtig sind.“²⁾

Beispielsweise würden so tiefgreifende Reformen wie das volle Mitbestimmungsrecht und die Nationalisierung der Schlüsselindustrien das monopolkapitalistische System schwächen und der Arbeiterklasse im Bündnis mit den anderen Werktätigen günstige Positionen für den Kampf um die Entmachtung des Monopolkapitals geben. Allerdings erfordert das, eine jede solche Reform zum Ausgangspunkt der weiteren Einflüsse der Volksmassen auf Staat und Wirtschaft zu machen, ihren antimonopolistischen Charakter Schritt um Schritt zu verstärken. Dabei muß die Arbeiterklasse stets des Ratschlags von Lenin eingedenk sein:

„Die Revolutionäre werden natürlich nie auf den Kampf für Reformen, auf die Eroberung einer, sei es auch unwichtigen und untergeordneten Position des Feindes verzichten, wenn

diese Position den revolutionären Ansturm verstärkt und den vollständigen Sieg erleichtert. Aber sie werden auch nie vergessen, daß es Fälle gibt, wo der Feind selber eine bestimmte Position aufgibt, um die Angreifer zu spalten und leichter zu schlagen. Sie werden nie vergessen, daß die Bewegung nur dann vor falschen Schritten und schmählischen Fehlern bewahrt werden kann, wenn man das 'Endziel' stets im Auge behält, wenn man jeden Schritt der 'Bewegung' und jede einzelne Reform vom Standpunkt des allgemeinen revolutionären Kampfes beurteilt.^{*)}

Zweifellos gibt es viele neue Möglichkeiten des Zusammenwirkens mit den Anhängern des Reformismus in den Gewerkschaften und der SPD, auch wenn sie die Bedeutung der Reformen anders bewerten, andere Vorstellungen vom Sozialismus haben und unter dem friedlichen Weg zum Sozialismus etwas anderes verstehen als wir Kommunisten.

2. Welche Auffassungen entwickeln die Anhänger von Reformen heute in der Bundesrepublik?

Die Anhänger von Reformen treten heute bei uns hauptsächlich in Gestalt oppositioneller Kräfte gegen den Wehner-Kurs in den Gewerkschaften auf. Dort entwickeln sie ihr Programm sozialer und demokratischer Forderungen, das auf traditionellen reformistischen Vorstellungen aufbaut. Jene Gewerkschaftsfunktionäre, die während des 6. DGB-Bundeskongresses eine positive Politik gegen den Wehner-Leber-Kurs durchsetzten, sind als die hauptsächlichsten Strömung dieser Art einzuschätzen. Selbstverständlich gibt es unter ihnen wiederum verschiedene Schattierungen.

Worin bestehen ihre Auffassungen und Forderungen?

Auf dem Gebiet unmittelbarer sozialer und demokratischer Forderungen treten sie auf gegen den Raubbau an der Arbeitskraft, besonders auch an der Arbeitskraft unserer Jugendlichen und der Frauen. Sie fordern verbesserten Unfallschutz. Eine aktive Lohnpolitik soll eine bessere Einkommensverteilung verwirklichen. Sie verlangen einen längeren Urlaub und Arbeitszeitverkürzung sowie die tarifliche Verankerung betrieblicher Sozialleistungen. Gegen Blanks Pläne treten sie mit einer eigenen Krankenversicherungspolitik auf.

Sie lehnen den Faschismus ab und fordern die Säuberung des Staates von führenden Nazis. Entschieden wenden sie

Im Vordergrund steht dabei für uns der konkrete gemeinsame Kampf um die Verwirklichung demokratischer und sozialer Reformen, die Unterstützung der Gewerkschaften und der Sozialdemokraten, wo immer sie für Reformen antimonomopolistischen Charakters eintreten. Im Prozeß dieses gemeinsamen Kampfes wird die Klärung der ideologischen Differenzen, wird die Überwindung reformistischer Illusionen leichter möglich sein.

In praktischen Aktionen für soziale und demokratische Reformen werden sie die Notwendigkeit weiterer und tiefergehender revolutionär-demokratischer Reformen, und schließlich — das Beispiel der DDR vor Augen — die Notwendigkeit der sozialistischen Umwälzung erkennen. So wird gerade der Kampf um Reformen, verbunden mit unserer zielstrebigsten ideologischen Arbeit, dem Reformismus den Boden entziehen.

sich gegen den Angriff auf Volks-, insbesondere auf Gewerkschaftsrechte. Darum finden die Notstandsgesetze in allen Formen schärfste Ablehnung. Sie bekennen sich zur bürgerlichen Demokratie, üben aber gleichzeitig Kritik an den politischen Verhältnissen in der Bundesrepublik. Sie fordern das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten in Betrieb und Wirtschaft.

Sie treten ein gegen die Atomrüstung, für die Beseitigung der atomaren und aller anderen Massenvernichtungswaffen. Sie verlangen eine eigene Abrüstungsinitiative der Bundesrepublik und Verhandlungen mit der Sowjetunion. Überhaupt fordern sie, internationale Streitfragen durch Verhandlungen zu lösen. Viele von ihnen unterstützen den Beschluß der Gewerkschaftsjugend, den 1. September als Antikriegstag zu begehen und fordern eine Aktivierung der Ausschüsse 'Kampf dem Atomtod'. Dabei nehmen sie im allgemeinen Partei für den 'Westen', für die EWG und oft genug sogar für die NATO-Bindungen der Bundesrepublik. Indem die Führer der reformistischen Strömung in den Gewerkschaften sich gegen die Ausdehnung der Koexistenz- und Verhandlungsforderungen auf das Verhältnis der beiden deutschen Staaten wenden, gegen Kontakte und Zusammenarbeit zwischen dem DGB und dem FDGB zur Friedenssicherung, widersprechen sie dem heute wichtigsten Gebot der Friedensforderung in Deutschland.

Aus Erklärungen, Beschlüssen und praktischem Verhalten ergibt sich, daß sie nach wie vor bereit sind, die tradi-

^{*)} W. I. Lenin, Die Verfolger des Semstwow und die Hannibale des Liberalismus, (1901), Werke, Band 5, Berlin 1955, S. 66/67

tionellen gewerkschaftlichen Kampfmittel anzuwenden. Trotz starker Angriffe der gesamten Reaktion und des Drucks

der Wehner-Leute wollen sie auf das Mittel des Streiks prinzipiell nicht verzichten.

3. In welchen Hauptfragen unterscheiden sich die Anhänger der Reformen von der gegenwärtig bestimmenden Führungsgruppe der SPD?

Während die Anhänger von Reformen fordern, auf die Anwendung von Gewalt zu verzichten, Atom- und sonstige Massenvernichtungswaffen zu beseitigen, während sie für eine eigene Abrüstungsinitiative eintreten, die Beschränkung der Rüstungsausgaben verlangen und auf ein Bekenntnis zur „Landesverteidigung“ verzichten, fordert die Wehner-Leber-Gruppe — über das Godesberger Programm noch hinausgehend — „multilaterale“ Atombewaffnung, Durchführung aller NATO-Beschlüsse und Rüstungsaufgaben, keine Höchstgrenze für den Rüstungsetat, Ablehnung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa. Während die Anhänger von Reformen sich zwar zur Demokratie bekennen, aber nicht zur gegenwärtigen Gestalt der Bundesrepublik, zwar das Grundgesetz, aber nicht die gegenwärtige Verfassungswirklichkeit bejahen, und jede Form von Notstandsgesetzen ablehnen, sagt die Wehner-Leber-Gruppe „Ja“ zu den gegenwärtigen Machtverhältnissen in der Bundesrepublik und zum ganzen Notstandskomplex.

Während die Anhänger von Reformen in ihrer Zielsetzung grundlegende Umgestaltungen des Kapitalismus fordern, steht die Wehner-Gruppe auf dem Boden der „freien-Unternehmer-Initiative“, des privaten Eigentums an Produktionsmitteln, des freien Wettbewerbs, wünscht sie nur öffentliche Kontrolle, um den „Machtmißbrauch“ der Monopole zu verhindern und ist sie nur bereit, der Vergesellschaftung solcher notwendiger, gemeinnütziger Betriebe wie Gas-, Wasser-Werke usw. zuzustimmen,

die für das private Kapital unwirtschaftlich sind! (Godesberger Programm)

Infolge dieser gegensätzlichen Haltung zahlreicher Gewerkschaftsfunktionäre zur Gemeinsamkeitspolitik der Wehner, Brandt und Erler hat sich das Verhältnis der Gewerkschaften zur SPD verändert. Im wesentlichen unterstützten die meisten Führer und Funktionäre der Gewerkschaften noch vor wenigen Jahren die offizielle Politik des SPD-Parteivorstandes, sowohl auf sozialem und wirtschaftspolitischem Gebiet als auch in den großen politischen Fragen. Heute ist das nicht mehr so. Viele sozialdemokratische Gewerkschaftsfunktionäre sind nicht bereit, die Gemeinsamkeitspolitik mit dem Großkapital und der CDU/CSU zu unterstützen. Als Reaktion auf die vollständige Aufgabe jeder selbständigen Arbeiterpolitik — durch die jetzige SPD-Führung — fordern führende Gewerkschaftsfunktionäre die Unabhängigkeit der Gewerkschaften von der SPD, zunehmende politische Einflußnahme der Gewerkschaften, wobei sie sagen, daß die SPD, in dem Maße, wie sie „Volkspartei“ werden wolle, aufhören müsse, Partei für die Arbeiter zu sein. Diese Gewerkschaftsfunktionäre erklären, Parteibeschlüsse seien für die Gewerkschaft nicht bindend, sondern Gewerkschaftsbeschlüsse, die Gewerkschaften könnten nicht, einer politischen Partei zuliebe, alle paar Jahre ihr Grundsatzprogramm ändern. Unter solchen Bedingungen erhält die Lösung von der Unabhängigkeit der Gewerkschaften gegenüber einer Sozialdemokratischen Partei, die sich von den Klasseninteressen der Arbeiter abkehrt, eine neue Bedeutung.

Für engste Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten

Die Programmatische Erklärung unseres Parteitages verweist (S. 21) auf die gemeinsamen Interessen, die uns Kommunisten mit den Sozialdemokraten verbinden:

Wir haben den gleichen Gegner, das Monopolkapital und seine Parteien. Wir sind gemeinsam an der Erhaltung und Sicherung des Friedens interessiert und fordern darum Verhandlungen, Verständigung, Abrüstung. Gemeinsam kämpfen wir für den Ausbau der demokratischen Lebensformen, für den Schutz der Volksfreiheit und der Verfassung. Wir fordern gemeinsam die Wiederherstellung der vollen Rechte des Parlaments und kämpfen gemeinsam um das Mitbe-

stimmungsrecht, um den maßgeblichen Einfluß der Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaften, Kommunisten und Sozialdemokraten sind verbunden im Kampf um die Brechung der Allmacht der Monopole, um die verbesserte Lebenshaltung der Werktätigen und soziale Reformen. Gemeinsam treten wir für eine gerechtere soziale Ordnung, für gleiche Bildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten aller ein. „Im Streik der Metallarbeiter, in vielen Aktionen für die sozialen und demokratischen Rechte hat sich erwiesen, daß ideologische Differenzen kein Hindernis zu sein brauchen, die zum Wohle der Arbeiterklasse und des Volkes lebensnotwendige Zusammenarbeit

zu entwickeln und Seite an Seite eine Politik des Friedens durchzusetzen. Die KPD sieht in der Herstellung des gegenseitigen Vertrauens und der Zusammenarbeit mit den sozialdemokratischen Genossen und Organisationen die erste Pflicht jeder Parteiorganisation und jedes Kommunisten“¹⁾

Die Forderungen der Anhänger von sozialen und demokratischen Reformen bilden Grundlage und Ausgangspunkt für ein konkretes Programm des gemeinsamen Kampfes. Die auf dem 6. DGB-Bundeskongreß, in den Beschlüssen der Industriegewerkschaften Metall und Chemie oder in Stellungnahmen bekannter Gewerkschaftsführer entwickelten und weiter oben knapp dargelegten Forderungen spielen eine große Rolle für die weitere Entfaltung des Klassenkampfes und der antimonopolistischen Volksbewegung.

Unsere ganze Politik muß von diesen prinzipiellen und konkreten Gemeinsamkeiten mit den Sozialdemokraten ausgehen. Daraus ergeben sich folgerichtig solche wichtigen taktischen Schritte wie der Aufruf der Partei, dem Kompromiß zuzustimmen, das den baden-württembergischen Metallarbeiterstreik vom Mai dieses Jahres beendete.

Vor 40 Jahren: -

Der Hamburger Aufstand — ein heroisches Kapitel im Kampf der deutschen Arbeiterklasse von Dr. H.

Alle Grundlagen des deutschen imperialistischen Staates waren im Herbst 1923 erschüttert. Jeder seiner Werktätigen fand sich in dieser oder jener Weise in den Fängen einer tiefen politischen und sozialen Krise. Und es gab nur noch wenige, die bereit waren, den grassierenden Hunger weiter zu ertragen und die Inflation und die kapitalistische Wirtschafts-anarchie noch länger zu dulden.

Wieder waren es die alten Verderber der Nation, die das Volk an den Rand einer Katastrophe trieben. Prinzipiell bereit, die Produktionsmittel des Ruhrreviers zum Objekt gewinnbringenden antinationalen Schachers zu machen, hatten die Ruhrmagnaten monatelang mit dem Comité des Forges (Hüttenkomitee) über eine Verschmelzung der französischen und deutschen Schwerindustrie verhandelt, sich aber mit den französischen Rivalen nicht über die

Die Aktionseinheit, die immer engere Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und Sozialdemokraten, das ist das A und O unseres Kampfes. Das heißt nicht, daß wir die ideologischen Differenzen vertuschen oder gar übersehen dürften. Aber die entscheidende Alternative heißt heute: Frieden oder Krieg, Demokratie oder Notstands-diktatur! Und in diesen Fragen haben wir grundlegende Gemeinsamkeiten, die — vor allem angesichts der Gefahr, die ein Krieg über uns alle bringen würde — stärker sind, größere Bedeutung haben als unsere ideologischen Differenzen. Diese ideologischen Differenzen werden am ehesten im gemeinsamen Kampf für die gemeinsamen Grundinteressen für die gemeinsame Durchsetzung der richtigen Gewerkschaftsbeschlüsse, des gemeinsamen Kampfes gegen die Leberlinie im DGB, durch die gemeinsamen Erfahrungen dieses Kampfes, durch die wachsende Wirkung des kommunistischen Aufbaus in der Sowjetunion und des sozialistischen Aufbaus in der DDR sowie durch unsere systematische ideologische Arbeit zur Verbreitung des Marxismus-Leninismus in der Arbeiterbewegung überwunden werden

Profitanteile „friedlich“ einigen können. Darum war es in Europa zu einem neuen imperialistischen Machtkampf gekommen. Französische und belgische Truppen okkupierten im Januar 1923 das Herzstück der deutschen Industrie.

„Die Ruhrbesetzung verschärfte die Wirtschaftskrise in Deutschland. Während sich Banken und Konzerne hemmungslos bereicherten wälzten sie mit Hilfe der Regierung durch verschärfte Ausbeutung und beschleunigte Inflation alle Lasten auf die Massen ab und stürzten immer größere Teile der Arbeiterklasse, der Bauern und Mittelschichten in Arbeitslosigkeit, Hunger und Elend“²⁾

Führende deutsche Monopolkapitalisten bemühten sich, den von ihnen provozierten Ruhrkonflikt zu einem Vorstoß in Richtung ihrer politischen Generallinie zu nutzen, d. h. ihre nach dem November 1918 verlorenen Machtpositionen im In- und Ausland zurückzuerobern und einen neuen Versuch der gewaltsamen Neuaufteilung Europas und der Welt vorzubereiten. „Die rheinische Großindustrie beschäftigt sich mit der

¹⁾ „Wissen und Tat“, Sondernummer Juni 1963, S. 21

²⁾ Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1963, S. 128 f.

Frage eines großen Krieges“, heißt es in den Notizen des Generals von Lieber über die unheilvollen Vorgänge dieses Jahres.²⁾

Wiederum setzten sich die rechten Führer der SPD im Verein mit den bürgerlichen Parteien für einen Burgfrieden mit der deutschen Großbourgeoisie ein. Nur die KPD rief dazu auf, sowohl die ausländische Besatzung als auch die deutschen imperialistischen Katastrophenpolitiker zu bekämpfen. „Schlagt Poincaré an der Ruhr und Cuno an der Spree“ hieß die richtige Losung der Kommunisten. Sie allein entsprach dem wirklichen Lebensinteresse der Nation, das vor allem einen dauerhaften Frieden und eine echte Demokratie erheischt.

Unterstützt von der Sowjetunion, kämpften die deutschen Kommunisten gemeinsam mit ihren französischen Genossen gegen die deutschen und französischen Imperialisten, und geführt von der KPD, formierte sich im Frühjahr 1923 das deutsche Proletariat zu einer breiten Massenbewegung gegen die antinationale Politik der Cuno-Regierung. Es streikten 100 000 Berg- und Hüttenarbeiter Rheinland-Westfalens und Schlesiens, 140 000 Berliner Metallarbeiter und 120 000 schlesische Landarbeiter.

„Im Kampf gegen die Burgfriedenspolitik der rechten Führer der SPD und der Gewerkschaften wuchs die Aktions-einheit der Arbeiterklasse an. Sie fand vielerorts in solchen Einheitsfrontorganen wie den revolutionären Betriebsräten, den proletarischen Hundertschaften und den Kontroll- und Erwerbslosen-ausschüssen ihre organisatorische Grundlage. In zunehmendem Maße gewannen die Kommunisten Einfluß in den von den Reformisten geleiteten Gewerkschaften. Die einheitlich handelnde und von Teilen des Kleinbürgertums in Stadt und Land unterstützte Arbeiterklasse zwang durch den Generalstreik im

August 1923 die Regierung Cuno zum Rücktritt.“³⁾

Nun ließ die besonders aggressive Fraktion der deutschen Großbourgeoisie, deren Politik Cuno durchzusetzen versucht hatte, die Regierungsmacht rasch in die Hände Stresemanns, des Führers der „liberalen“ Fraktion der Monopolherren, gleiten. Meinte jene, auf dem Wege der Liquidation des Parlamentarismus und der Ausschaltung der SPD-Führer in wenigen Jahren einen erfolgreichen Revanchekrieg vorbereiten zu können, so sah die „liberale“ Fraktion, die gleichfalls eine erfolgreiche imperialistische Revanche anstrebte, hierfür nur bei langer und intensiver Vorbereitung reale Gewinnchancen.⁴⁾ Geführt von Stresemann wandte sie sofort eine sehr elastische und schwer durchschaubare Taktik an. Sie liquidierte nicht den bürgerlichen Parlamentarismus, sondern degradierte ihn zur Fassade, und verbrämte damit die Militärdiktatur, die sie mit Ebert in Deutschland im Herbst 1923 errichtete; sie schaltete die rechten SPD-Führer nicht aus, sondern zog sie in die Regierung und führte den Abbau der demokratischen und sozialen Errungenschaften mit Hilfe der rechtsozialistischen Führer durch.

Weil aber die Regierung Stresemann sich hauptsächlich damit beschäftigte, revolutionäre Bewegungen der Arbeiter mit Waffengewalt niederzuhalten, weil sie nicht imstande war, trotz noch so geschickter Demagogie, die sozialen und politischen Forderungen der Arbeiter zu ersticken, wirkten die gesellschaftlichen Ursachen der politischen und wirtschaftlichen Krise weiter und führten schließlich im Herbst 1923 eine revolutionäre Krise herbei, die sich rasch zur revolutionären Situation zuspitzte. „Die Volksmassen wollten nicht mehr so weiterleben wie bisher und die herrschende Klasse konnte mit den alten Mitteln nicht mehr ihre Herrschaft aufrechterhalten.“⁵⁾

Die Auswirkungen der revolutionären Krise im Herbst 1923

Aus dieser Lage und aus den unheilvollen kriegsvorbereitenden Kurs, den die Hauptfraktionen der deutschen Großbourgeoisie eingeschlagen hatten, gab es im Herbst 1923 nur einen richtigen Ausweg, der den wirklichen Lebensinteressen unseres Volkes ent-

sprach. Er bestand, angesichts des Vorhandenseins starker mobilisierter bewaffneter Formationen der Großbourgeoisie darin, daß die KPD „die Arbeiterklasse, die werktätigen Bauern und die übrigen werktätigen Schichten für den gemeinsamen Kampf gewinnen und zum Aufstand für den Sturz der Regierung Stresemann, für eine Arbeiter- und Bauernregierung, eine Koalitionsregierung aus Kommunisten, Sozialdemokraten und anderen demokratischen Kräften, führen“ mußte.⁶⁾ Nur eine solche Regierung konnte Deutschland aus dem Teufelskreis von Konjunktur, Krise, Krieg und Inflation für immer herausbrechen.

²⁾ G. W. F. Hallgarten, Hitler, Reichswehr und Industrie, Frankfurt a. M., 1955, S. 78.

³⁾ Grundriß, a. a. O., S. 131.

⁴⁾ Siehe dazu z. B. die „Vossische Zeitung“, vom 3. September 1923.

⁵⁾ Grundriß, a. a. O., S. 131.

⁶⁾ Ebenda, S. 132.

Die Kommunisten wollten diesen Weg gehen und die Mehrheit der im ADGB gewerkschaftlich organisierten Arbeiter war bereit, mit der revolutionären Arbeiterpartei zu kämpfen. In Sachsen und Thüringen entstanden unter dem Druck der erregten Arbeitermassen auf legalem Wege sozialdemokratisch-kommunistische Regierungskoalitionen, die als „Arbeiterregierungen“ in die Geschichte eingegangen sind.

Doch die Verderber der Nation dachten nicht daran, Mitglieder der KPD in Landesregierungen zu dulden. Sie setzten mit Billigung der sozialdemokratischen Reichsminister die Reichswehr in Marsch, um die „Arbeiterregierungen“ zu beseitigen.

Nun war es allerhöchste Zeit, den einzig richtigen Ausweg zu beschreiten und den militaristischen Anschlag der Reaktion mit dem allgemeinen, bewaffneten Aufstand der Arbeiterklasse zu beantworten. Am 20. Oktober 1923 beschloß deshalb das Parteizentrum der Zentrale der KPD, auf der für den folgenden Tag in Chemnitz angesetzten Konferenz der sächsischen Arbeiterorganisationen für einen Generalstreikbeschuß einzutreten und aus diesem Generalstreik den bewaffneten Aufstand der deutschen Arbeiterklasse zu entwickeln. Die Hamburger Arbeiter sollten am 23. Oktober mit einer bewaffneten Aktion das Signal zur allgemeinen bewaffneten Erhebung geben.¹⁾ Da es auf Grund der revolutionären Stimmung der Arbeitermassen als sicher galt, daß sich die Teilnehmer dieser Konferenz für den Generalstreik entscheiden würden, sandte die Zentrale am 21. Oktober noch vor Beginn der Chemnitzer Konferenz Remmele als Kurier mit der Direktive zu Ernst Thälmann, in der Nacht vom 22. zum 23. Oktober in Ham-

burg den bewaffneten Kampf zu beginnen.

Am 22. Oktober 1923 forderten die Arbeiter in allen Werft-, Hafen- und Industriebetrieben Hamburgs die Ausrufung des Generalstreiks. Die Werftarbeiter traten als erste in den Streik. Ihnen folgten 20 700 Mann der Hafen-, Lagerhaus- und Kohlenlagerbetriebe, so daß in den ersten Nachmittagsstunden die Arbeit im ganzen Hafengebiet ruhte. Streikende versammelten sich auf den Straßen. Überall bildeten sich Diskussionsgruppen, die hier und dort zu größeren Menschenansammlungen anschwellen. Von Mund zu Mund ging die empörende Nachricht, daß die gesamte Reichswehr Norddeutschlands nach Mitteldeutschland abtransportiert werde. Die Arbeiter wollten den militaristischen Überfall auf die sächsische Arbeiterregierung nicht widerstands- und tatenlos hinnehmen. Gegen Abend dieses Tages trat die Oberleitung des KPD-Oberbezirks Nordwest unter dem Vorsitz Ernst Thälmanns zusammen und beschloß mit den Mitgliedern des Parteizentrums des KPD-Bezirks Wasserkante und den militärischen Führern der Hamburger Bezirke und Vororte den endgültigen Plan des Aufstandes. Die Parteiorganisationen in den Ortschaften der näheren Umgebung der Hansestadt wurden angewiesen, in der Nacht vom 22. zum 23. Oktober „sich in den Besitz des Ortes zu setzen... die Zugangsstraßen durch Aufreißen der Straßen und Fällen von Bäumen zu sperren... zu erwartende Militärzüge durch Aufreißen der Eisenbahnschienen aufzuhalten.“ Das Schergewicht des beginnenden Aufstandes wurde wegen des außerordentlichen Waffenmangels in militärischer Hinsicht auf eine Überrumpelung der Polizeiwachen im Morgenrauen des 23. Oktobers gelegt.

Die bewaffnete Aktion der Hamburger Arbeiter

Um fünf Uhr stürmten fast unbewaffnete Arbeitertrupps Hamburger Polizeiwachen. Besonders kühn und findig ging der Stoßtrupp junger Arbeiter ans Werk, der im Stadtteil Horn die Polizeiwache 27 zu überrumpeln hatte, vor deren Eingang zwei Polizisten Posten standen. Zehn Mann des Stoßtrupps schlichen sich im Schutz eines langsam fahrenden Stra-

ßenbahnwagens unbemerkt bis an die Polizeiwache heran, brachen plötzlich hinter der weiterfahrenden Deckung hervor und stürzten sich auf die Posten. Der Schreck verschlug diesen Denken und Sprache; kein Laut entrang sich ihren Kehlen, kein Schuß fiel aus ihren Waffen. Dann stürzte aus einer Seitenstraße eine weitere Arbeitergruppe in die Wache, nahm den Beamten die Pistolen und holte nach einigem Suchen die versteckten Gewehre hervor.

¹⁾ Vgl. H. Habedank, Zur Geschichte des Hamburger Aufstandes 1923, Berlin 1958, S. 82. In dieser wissenschaftlichen Vorarbeit für eine umfassende Darstellung des Hamburger Aufstandes befinden sich auch die Quellenhinweise für alle Sachverhalte und Zitate, die in dem vorliegenden Beitrag aus Räumemangel nicht direkt quellenmäßig belegt werden konnten.

Den örtlichen Umständen entsprechend ähnlich handelnd, überrumpelten die Arbeiterstoßtrupps insgesamt 17 von 26 angegriffenen Polizeiwachen. Gleichzeitig gingen Mitglieder der Kommunistischen Partei, die man nicht für den Wachensturm hatte einsetzen können, auf die

Straßen, um zu agitieren und zu demonstrieren

In Barmbeck strömten, wie in anderen Stadtteilen Hamburgs, die Bewohner auf die Straßen. Sie beantworteten die Aufforderung, sich aktiv am Kampf zu beteiligen mit dem Ruf: Gebt uns Waffen! Doch davon gab es auch nach dem erfolgreichen Wachensturm selbst für die Kampfgruppen noch zu wenig. Darum konnten die Barmbecker Wachstürmer den Bewohnern lediglich Gelegenheit zum Barrikadenbau geben. Tausende von Einwohnern griffen tatkräftig zu. Frauen und Jugendliche, die sich besonders zahlreich beteiligten, bauten in fieberhafter Eile Barrikade an Barrikade.

Aber fast zur gleichen Zeit, als sich die revolutionäre Masseninitiative so kraftvoll entfaltete, liefen bei Ernst Thälmann und seinen Mitarbeitern seltsame, zunächst unverständliche Meldungen ein. Weil der Aufstand aufgeschoben worden sei, teilten einige Distrikte mit, habe man den bewaffneten Kampf wie befohlen, abgebrochen. Und gegen Mittag erschien der Kurier Remmele, aus Kiel kommend, und erklärte, daß ihm von der Zentrale der KPD telefonisch „mitgeteilt worden sei, daß der Kampf um 48 Stunden verschoben werden müsse.“⁹⁾

Was war in solcher Lage zu tun? Ernst Thälmann verhielt sich so, wie es Marx, Engels und Lenin von den Revolutionären fordern. Man darf mit dem Aufstand nicht spielen. Deshalb versuchte Ernst Thälmann, nachdem die bewaffnete Erhebung begonnen worden war, diese fortzusetzen, bis andere Gebiete in den bewaffneten Kampf traten, um dann mit diesen gemeinsam die Aktion zu Ende zu führen. Der hervorragende Arbeiterführer sandte Kuriere nach Kiel, Bremen und Hannover, um dort bewaffnete Aktionen einzuleiten. Aber Urbahns, der 1. Sekretär der KPD-Betriebsleitung Wasserkante, sandte sofort Kuriere hinterher, um die von Ernst Thälmann gegebenen Befehle rückgängig zu machen.⁹⁾

⁹⁾ Institut für Marxismus-Leninismus, Berlin, Archiv, NL 36/2, Bericht Fritz Heckerts vom 24. Oktober 1923. In der Nacht vom 23. zum 24. Oktober 1923 hatte das Parteizentrum der Zentrale der KPD in Berlin beschlossen, Fritz Heckert zur Information nach Hamburg zu senden. Dieser hat am Abend des 24. Oktober 1923 mit Ernst Thälmann über die durch den Aufstand aufgeworfenen Fragen gesprochen und der Zentrale darüber sofort schriftlich Bericht erstattet (weiterhin zitiert als Bericht Heckerts).

⁹⁾ Bericht Heckert, a. a. O.

Was ging hier vor? Es wirkte sich das kleinbürgerlich-opportunistische Verhalten der linken SPD-Führer und der Brandler-Gruppe in Sachsen aus. Die sächsischen linken SPD-Führer hatten sich auf der Chemnitzer Konferenz der sächsischen Arbeiterorganisationen geweigert, das Proletariat zum Generalstreik gegen den Reichswehr-Einmarsch aufzurufen. Und Brandler, ideologisch zersetzt vom gleichen Opportunismus, unterstützte das Bestreben seiner sozialdemokratischen Koalitionspartner, dem unvermeidlich gewordenen entscheidenden Kampf auszuweichen. Er übermittelte Urbahns nach der Chemnitzer Konferenz ein ausdrückliches Verbot, im Bezirk Wasserkante bewaffnete Kämpfe einzuleiten, und dieser versuchte nun, diese Direktive ohne Rücksicht auf die inzwischen eingetretene grundlegend veränderte Lage durchzusetzen.

Die Hamburger Arbeiter unter Leitung Ernst Thälmanns aber führten den Aufstand trotz dieser desorganisierenden Vorgänge am 23. Oktober in Barmbeck und Schiffbeck weiter. Willi Bredel, der am Aufstand teilnahm, schreibt über die Taktik der Hamburger Oktoberkämpfer: Die Arbeiter Hamburgs gingen „in ihrem Abwehrkampf gegen einen mit modernen Kampfmitteln ausgerüsteten Gegner zu neuen Kampfmethoden über. Sie kämpften nicht mehr nur auf den Barrikaden, sondern verteidigten ihre Arbeiterviertel von den Dächern aus. So wurden Handgranaten und Panzer unwirksam. Doch nicht nur das. Glaubten die Polizeitruppen einen Wohnbezirk eingekesselt und gingen sie nun vor diesen Aufstandsherd zu liquidieren, fanden sie zu ihrem größten Erstaunen nicht einen einzigen kämpfenden Arbeiter mehr vor. Und ehe sie überhaupt begriffen, was geschehen war, sahen sie sich selbst eingeschlossen und von allen Seiten unter Feuer genommen. So zog sich der Kampf mit wechselnden Fronten hin; verstümmte er an der einen Stelle, flammte er an einer anderen wieder auf.“

Es erwies sich, daß selbst eine große Übermacht kapitalistischer Bürgerkriegertruppen von verhältnismäßig kleinen, doch kampftentschlossenen Arbeiterkampftroops erfolgreich bekämpft werden kann, wenn diese militärischen Einheiten des Proletariats von mutigen, kampferprobten Marxisten geführt werden, die mit den werktätigen Massen eng verbunden sind. Das mußte auch der Chef der Hamburger Ordnungspolizei bestätigen. Ein großer Teil der Einwohner Barmbecks, schrieb er, hat auf der Seite der Aufständischen gestanden. „Mit Hilfe der ansässigen Bevölkerung und der Aufrührer, die ebenfalls zum großen Teil in Barmbeck ansässig sind, wurde

schnell ein ausserordentlich starker Widerstand organisiert... Den ganzen 23. Oktober 1923 war es nicht möglich, den Aufbruch in Barmbeck niederzuschlagen, die Gegenwehr war zu stark, um bei Tage in den Straßen ohne erhebliche Verluste Operationen oder ein Verschieben der Kräfte durchführen zu können.“

Massenansammlungen der Werktätigen in anderen Stadtteilen stützten den Kampf der Barmbecker. Auf der Lübecker Straße standen die Werktätigen zu Hunderten. Viele von ihnen versuchten, nach Barmbeck zu gelangen; aber nur wenigen glückte es, durch die Polizeisperrn zu schlüpfen. „Wenn wir man bloß ne Knarre harr“, sagten Arbeiter immer wieder. „Es ist eine Schande“, rief in einer Massenversammlung in der Depenau ein Maurer, „daß die Grünen auf unsere Brüder schießen. Alles was da an der Wache angeklebt ist, ist Schmus. Morgen kommt ihr auch dran. Ergebt Euch nur!“

Nachdem es den Barmbecker Kämpfern in der Nacht zum 24. Oktober gelungen war, sich der Umzingelung der Polizeitruppen zu entziehen, konzentrierte die Polizei ihre Kräfte nunmehr, gestützt von Landungstruppen des Kreuzers „Hamburg“, auf den Arbeitervorort Schiffbeck, wo die Arbeiter am 23. Oktober die Macht in ihre Hände genommen hatten. Sie leisteten hier mit etwa 70 Gewehren erbitterten Widerstand. Als auch hier Einkesselung drohte, zogen sie sich, wie befohlen am Nachmittag in Richtung Bergedorf zurück. Die müßun-

gene Vernichtung der Kampfgruppe versetzte einen der Polizeioffiziere in heile Wut. „Ihr Feiglinge, ihr Schlappschwänze“, soll er seine Truppe angebrüllt haben, mit Hunderten müsse man hier gegen zehn vorgehen. So schlecht stand es um die Kampfmoral der Polizei, so gut war es um den Mut und die Standhaftigkeit der Hamburger Oktoberkämpfer bestellt. Sie griffen an, sie fielen, sie wichen, wenn nötig zurück, aber sie ergaben sich nicht.

Erst als Ernst Thälmann am Abend des 24. Oktober vom Vertreter der KPD-Zentrale, Fritz Heckert, die Gewißheit erhielt, daß auf Grund der Anweisung des Parteizentrums der Zentrale der KPD in anderen Gebieten keine weiteren Kampfhandlungen zu erwarten seien und diese auch tatsächlich ausgeblieben waren, erklärte er sich bereit, für den Abbruch des Kampfes einzutreten.¹⁹⁾ Da der Aufstand infolge der verräterischen Haltung der Brandler-Gruppe und der mangelnden Aktionseinheit mit den Sozialdemokraten im ganzen Reich isoliert blieb, wurde er auf Beschluß der Hamburger Parteiorganisation der KPD abgebrochen.²⁰⁾ Die Kämpfenden erhielten den Befehl, sich in der Nacht vorsichtig vom Gegner zu lösen, die Kampfhandlungen einzustellen, die Waffen zu verbergen und die gefährdeten Genossen in Sicherheit zu bringen.²¹⁾ In mustergültiger Disziplin gingen sie in die Illegalität, um den Kampf für die soziale und nationale Befreiung in anderer Weise fortzusetzen.

Die Lehren der Hamburger Kämpfe

War es den Hamburger Oktoberkämpfern auch nicht gelungen, die Sache der Arbeiterklasse und des Volkes gegen den deutschen Imperialismus zum Siege zu führen, so bewies doch der heroische, von der Parteiorganisation der KPD unter Ernst Thälmann geleitete Aufstand der Hamburger Arbeiter, die „Möglichkeit eines siegreichen Kampfes zum Sturz der Herrschaft des Monopolkapitals in Deutschland im Herbst 1923... Er zeugte von der Bereitschaft der Arbeiterklasse unter Führung einer marxistisch-leninistischen Partei geschlossen für die soziale und nationale Befreiung des deutschen Volkes zu kämpfen. Die Hamburger Arbeiter gaben ein Beispiel dafür, daß das Proletariat gegen eine vorzüglich organisierte und bewaffnete konterrevolutionäre Staatsmacht erfolgreich um die Eroberung der politischen Herrschaft kämpfen kann.“²²⁾

Der Hamburger Aufstand bewirkte in der Zentrale der KPD den Zusammenbruch des opportunistischen Brandler-Kurses und ebnete den Weg für ein leninistisches Zentralkomitee. Der revolutionäre Kern der Partei nahm das Hamburger Beispiel als Maßstab für die Beurteilung der bisherigen Politik der Brandler-Gruppe, die 1923 in der Zentrale die führenden Positionen innehatte. Weil die Mehrheit der Zentrale der KPD von dem aufrichtigen Wunsch nach einer revolutionären Parteiführung erfüllt war, trennte sie sich von der opportunistischen Brandler-Gruppe. Damit war ein Haupthindernis auf dem Wege zu einer Partei von neuem Typus beseitigert und ein entscheidender Schritt zur Herausbildung einer marxistisch-leninistischen Parteiführung getan, ohne die das Proletariat in revolutionären Zeiten keine dauerhaften Erfolge und Siege zu erringen vermag.

Die große Idee der Errichtung eines deutschen Arbeiter- und Bauern-Staates, die im Jahre 1923 die kleine Schar mutiger Hamburger Arbeiter zu heroischer Tat befähigte, wurde 1949 im Osten

¹⁹⁾ Ebenda.

²⁰⁾ Grundriß, a. a. O., S. 133.

²¹⁾ Bericht Heckert, a. a. O.

²²⁾ Grundriß, a. a. O., S. 133.

Deutschlands mit der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik endgültig verwirklicht.

Unsere Partei steht heute vor anderen Aufgaben, als die tapferen Hamburger Arbeiter im Oktober 1923. Heute geht es darum, die Arbeiterklasse und alle friedliebenden Kräfte zum Kampfe um eine Politik der friedlichen Koexistenz, für die Verteidigung der verfassungsmäßigen demokratischen Rechte, für soziale

Sicherheit zusammenzuschließen. Aber der Feind ist derselbe, es sind der kriegslüsterne deutsche Militarismus, die großen Monopole und Rüstungskonzerne. Und im Kampfe gegen diesen Feind ist uns der Heldenmut und die Opferbereitschaft, die Überzeugungstreue und die Standhaftigkeit der Hamburger Oktoberkämpfer unter Führung des unvergeßlichen Ernst Thälmann leuchtendes Vorbild.

Seminarplan zum Studium des „Grundrisses der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“

Thema: Die deutsche Arbeiterbewegung von der Jahrhundertwende bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges

Dieses Seminar sollte folgende Schwerpunkte behandeln:

1. Die neuen geschichtlichen Aufgaben der Arbeiterklasse in der Periode des Imperialismus und die Notwendigkeit der Partei neuen Typus.
2. Der Kampf der deutschen Linken gegen Imperialismus, Militarismus und Opportunismus in der SPD.

Hinweise für die Behandlung des ersten Schwerpunktes:

a) Der deutsche Imperialismus vor dem ersten Weltkrieg

Um die Jahrhundertwende war der Übergang des Kapitalismus der freien Konkurrenz zum monopolistischen Kapitalismus abgeschlossen. Der Kapitalismus trat in sein imperialistisches Stadium ein, das W. I. Lenin so kennzeichnete:

„Der Imperialismus ist der Kapitalismus auf jener Entwicklungsstufe, wo die Herrschaft der Monopole und des Finanzkapitals sich herausgebildet, der Kapital-export hervorragende Bedeutung gewonnen, die Aufteilung der Welt durch die internationalen Trusts begonnen hat und die Aufteilung des gesamten Territoriums der Erde durch die größten kapitalistischen Länder abgeschlossen ist.“ (W. I. Lenin, „Der Imperialismus als höch-

stes Stadium des Kapitalismus“, in Werke: Band 22, S. 271).

Charakteristisch für den deutschen Imperialismus waren auch schon damals seine besonders aggressiven und reaktionären Züge. Die Ursachen dafür bildeten der hohe Grad der Organisation des Finanzkapitals, das zu späte Erscheinen des deutschen Kapitalismus auf der internationalen Arena (Kolonien, Rohstoffquellen und Einflußsphären waren bereits aufgeteilt) und die enge Verbindung des junkerlichen Großgrundbesitzes mit der imperialistischen Bourgeoisie. Die deutschen Imperialisten drängten nach einer Neuaufteilung der Welt zu ihren Gunsten mit kriegerischen Mitteln. Der preußisch-deutsche Militarismus wurde dabei das Hauptinstrument ihrer aggressiven Politik.

b) Die Herausbildung der drei Strömungen in der deutschen Sozialdemokratie

Der Imperialismus stellte die internationale Arbeiterbewegung vor völlig neue Probleme. Der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit hatte sich äußerst zugespitzt. Die Klassenkämpfe nahmen an Ausmaß und Härte zu. Die beiden Grundklassen, das Proletariat und die imperialistische Bourgeoisie, bereiteten sich auf die entscheidende Auseinandersetzung vor. Der Vorabend der proletarischen Revolution war angebrochen.

Die Aufgabe der Arbeiterklasse als der fortschrittlichsten Kraft der Gesellschaft bestand unter den neuen historischen Bedingungen darin, den Imperialismus

zu stürzen und ihre eigene politische Macht zu errichten, um den Frieden in der Welt zu sichern, wahrhaft demokratische Verhältnisse zu schaffen und die Völker zum Sozialismus zu führen. Die veränderte Lage stellte vor allem neue Anforderungen an die Kampfmethoden der Arbeiterklasse und an ihrer organisierten Vorhut. Allein die Anwendung von fast ausschließlich parlamentarischen und ökonomischen Mitteln reichte in dieser Phase der Entwicklung im Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung nicht aus. Nur durch die Anwendung aller Kampfmethoden, einschließlich der

außerparlamentarischen, konnte die Arbeiterklasse ihre historische Aufgabe lösen. Unter den neuen gesellschaftlichen Verhältnissen brauchte das Proletariat zugleich eine Vorhut, die sich ausschließlich von der revolutionären Theorie des Marxismus leiten ließ, in der sich die besten und klassenbewußtesten Arbeiter zusammenfanden, sie brauchte eine Partei neuen Typus, die eine eiserne Disziplin besaß und ihre Reihen von Opportunisten und klassenfremden Elementen rein hielt.

Auch in Deutschland konnten die ökonomischen und politischen Gegensätze, die der Kapitalismus ständig hervorbringt und die sich im imperialistischen Stadium noch verschärft hatten, nur durch die sozialistische Revolution gelöst werden. Die Beseitigung des imperialistischen Gesellschaftssystems war auch hier zur geschichtlichen Notwendigkeit geworden. Das deutsche Proletariat hatte sich auf die Eroberung der politischen Macht vorzubereiten.

Die Sozialdemokratie, die Partei der deutschen Arbeiterklasse, erkannte jedoch diese Aufgabe nicht. Ihr Kampf war um die Jahrhundertwende fast ausschließlich auf die Erringung des allgemeinen Wahlrechts, des Koalitionsrechts und des Achtstundentages ausgerichtet. Die Organisation wurde mehr und mehr Selbstzweck. Sie beschränkte sich weitgehend auf parlamentarische Tätigkeit. In diese Periode wirkte vor allem die russische Revolution von 1905, die erste bürgerlich-demokratische Revolution im Imperialismus, die mit voller Klarheit die Fragen der führenden Rolle des Proletariats, des Bündnisses zwischen der Arbeiterklasse und den Bauern und der Anwendung des politischen Massenstreiks stellte. Diese Revolution übte auf die allgemeine gesellschaftliche Entwicklung einen entscheidenden Einfluß. So nahmen unter dem Einfluß der russischen Revolution die Massenkämpfe in Deutschland einen großen Aufschwung. Streikämpfe breiteten sich aus. Die Arbeiter in Preußen, Sachsen und Hamburg widersetzten sich Ende 1905 aktiv dem antidemokratischen Dreiklassen-Wahlrecht. 1906 führten die Hamburger Arbeiter den ersten politischen Streik in Deutschland durch.

Diese Massenkämpfe lösten innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung heftige Diskussionen aus über die Anwendung des politischen Massenstreiks und die Rolle der Gewerkschaften im Klassenkampf. Ein schärferer Scheidungsprozeß setzte in der deutschen Sozialdemokratie ein. In der Auseinandersetzung um die von der Praxis aufgeworfenen Probleme entstanden drei ideologische Strömungen in der deutschen Sozialdemokratie: der offene Opportunismus oder Revisionis-

mus, der Zentrismus und eine äußerste Linke — die revolutionären Marxisten.

Opportunismus bedeutet, wie W. I. Lenin schrieb, „die Zusammenarbeit der Klassen, Lossagung von der Diktatur des Proletariats, Verzicht auf revolutionäre Aktionen, Anbetung der bürgerlichen Legalität, Mißtrauen gegen das Proletariat, Vertrauen zur Bourgeoisie“ (W. I. Lenin, Bd. 21, S. 237/238). Die Klassenbasis des Opportunismus bildete „das Bündnis einer kleinen bevorrechteten Arbeiterschicht mit „ihrer“ nationalen Bourgeoisie gegen die Masse der Arbeiterklasse“ (W. I. Lenin, *Ausgew. Werke*, Berlin 1955, S. 759). Die Arbeiteraristokratie, wie Engels die bevorrechtete Arbeiterschicht nannte, und Arbeiterbürokratie hatte sich in Deutschland seit Ende der achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts verstärkt herausgebildet und wurde mit dem Übergang des Kapitalismus in sein imperialistisches Stadium die soziale Basis des Opportunismus.

Die Zentristen waren jene Kräfte in der deutschen Sozialdemokratie, die — wie es im Grundriß heißt — „in Worten für den Marxismus und gegen den Revisionismus auftraten, in der Tat aber unter dem Deckmantel der ‚Wahrung des Friedens und der Einheit der Partei‘ die offenen Opportunisten und Revisionisten unterstützten und ihnen den Weg ebneten. „Sie raubten dem Marxismus seine revolutionäre, lebendige Seele. „man akzeptierte vom Marxismus alles“, schrieb Lenin über sie, „ausgenommen die revolutionären Kampfmittel, ihre Propagierung und Vorbereitung, die Erziehung der Massen gerade in dieser Richtung“ (W. I. Lenin, *Werke*, Bd. 21, S. 313).

Die Linken verfochten als revolutionäre Marxisten konsequent die Interessen der deutschen Arbeiterklasse und der Volksmassen im Kampf gegen Imperialismus und Militarismus.

Die Herausbildung dieser drei Strömungen erfolgte nicht auf einen Schlag, nicht in allen Fragen gleichzeitig, sondern ging als Prozeß vor sich, der Jahre dauerte und in dem der Opportunismus vorübergehend in der Arbeiterbewegung die Oberhand gewann. Das zeigte sich in solchen Maßnahmen und Beschlüssen der Partei wie die bewußte Eindämmung der großen Wahlrechtskämpfe 1905/06; die Ablehnung des Parteivorstandes, in diesen Kämpfen den Massenstreik anzuwenden; das Geheimabkommen des Parteivorstandes und der Gewerkschaftsführung vom Februar 1906 gegen den Massenstreik; die Resolution des Mannheimer Parteitag von 1906 gegen den Massenstreik; die opportunistische Haltung der Mehrheit der deutschen Delegation auf dem Internationalen Sozialistenkongreß in Stuttgart 1907.

Wo lagen die Ursachen für den Sieg des Opportunismus in der deutschen Sozialdemokratie?

Der Opportunismus hatte mit dem Übergang des Kapitalismus in sein imperialistisches Stadium in Gestalt der Arbeiteraristokratie und Arbeiterbürokratie, der hauptamtlichen Gewerkschaftsführer, Parlamentarier und Journalisten, eine soziale Basis erhalten. Die relativ lange, von revolutionären Erschütterungen freie Periode seit 1871 hatte außerdem dem Opportunismus genährt, parlamentarische Illusionen erweckt und die friedlichen Kampfformen zur Gewohnheit werden lassen. Hinzu kam noch, daß die alten Formen und Methoden des Kampfes sich nicht schlagartig überlebten, die Notwendigkeit, sie durch neue zu ersetzen und zu ergänzen, nicht sofort offenkundig wurde. Gerade diese objektiven Bedingungen führten auch dazu,

daß August Bebel und die Linken nicht erkannten, die Partei von den opportunistischen Elementen zu säubern. Im Unterschied zu den Bolschewiki, die unter der Führung von W. I. Lenin rechtzeitig den Bruch mit den Opportunisten vollzogen hatten und eine Partei neuen Typus aufbauten, versäumten es die Linken in der deutschen Sozialdemokratie auch dann noch, als die Opportunisten in der Partei die Oberhand gewonnen hatten, sich ideologisch und organisatorisch von ihnen zu trennen und eine Partei neuen Typus zu schaffen. Erst im Verlauf des ersten Weltkrieges und unter dem Einfluß und mit Hilfe von Lenin und der Bolschewiki begannen die Linken sich schrittweise zu einer selbständigen Gruppe zu formieren.

Hinweise zur Behandlung des zweiten Schwerpunktes:

a) Die deutschen Linken im Kampf gegen Militarismus und Opportunismus in der SPD

Die deutschen Imperialisten traten immer unverhüllt für die gewaltsame Neuaufteilung der Welt ein. Aus diesem Grunde verstärkten sie das Wettrüsten. Die chauvinistische Hetze lief auf Hochtouren.

In der deutschen Sozialdemokratie gab es über die Verhaltungsweise zu dieser Entwicklung unterschiedliche Auffassungen. Die Revisionisten unterstützten — mehr oder weniger offen — die Aufrüstung und die aggressive Politik der herrschenden Klasse. Die Zentristen nahmen schwankende Positionen ein. Allein die deutsche Linke, geführt von Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring und Clara Zetkin, vertraten konsequent den Antimilitarismus. Sie hatten erkannt, daß jetzt, wo die eigenen Imperialisten verstärkt zum Krieg rüsteten, der Kampf gegen Imperialismus und Militarismus zur Hauptaufgabe der Arbeiterklasse und der Nation geworden war, daß diese Lage mehr als zuvor den Übergang zu neuen, höheren Kampfmethoden erforderte. Die Linken führten, ausgehend von dieser wichtigen Erkenntnis, konsequent und beharrlich den Kampf gegen Imperialismus, Militarismus und Opportunismus, für die Anwendung des Massenstreiks in der Auseinandersetzung mit der Ausbeuterklasse. In diesem Kampf erwarben sie sich große historische Verdienste.

Auf der Internationalen Sozialistenkonferenz in Stuttgart im Jahre 1907 kämpften sie Seite an Seite mit W. I. Lenin gegen die opportunistischen „Vaterlandsverteidiger“. Gemeinsam setzten W. I. Lenin und Rosa Luxemburg auf

diesem Kongreß die Annahme einer antimilitaristischen Resolution durch. Diese Entschliebung wurde zu einer scharfen Waffe des internationalen Proletariats gegen Militarismus und imperialistischen Krieg. Karl Liebknecht hob vor allem in seinen Schriften die antinationale Rolle des deutschen Imperialismus hervor und deckte das volksfeindliche Wesen des preussisch-deutschen Militarismus auf. In seinem Buch „Militarismus und Antimilitarismus unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Jugendbewegung“ enthüllte er insbesondere den gesetzmäßigen Zusammenhang von Imperialismus und Militarismus. Zugleich kennzeichnete Liebknecht darin den „Militarismus als eine besonders schädliche und gefährliche Lebensäußerung des Kapitalismus“ (Karl Liebknecht, Gesammelte Reden und Schriften, Berlin 1958. Bd. I, S. 441). In meisterhafter Weise analysierte er die Mittel und Methoden, das ganze System des Militarismus, mit dem die Volksmassen für die räuberischen Ziele des kaiserlich-deutschen Imperialismus reif gemacht werden sollte. „Der Militarismus tritt auf erstens als Armee selbst, sodann als ein über die Armee hinausgehendes System der Umklammerung der ganzen Gesellschaft durch ein Netz militaristischer und halb militaristischer Einrichtungen, ferner als ein System der Durchtränkung unseres ganzen öffentlichen und privaten Volkslebens mit militaristischem Geiste, wobei auch Kirche, Schule und eine gewisse feile Tendenzkunst, ferner die Presse, ein erbärmliches Literatengesindel und der gesellschaftliche Nimbus, mit dem unser

herrliches Kriegsheer' wie mit einer Gloria geschäftig umgeben wird, zäh und raffiniert zusammenwirken" (Ebenda, S. 308).

Die Orientierung der werktätigen Massen durch die Linken auf den Kampf gegen den Militarismus entsprach voll und ganz der revolutionären Klassenpolitik der Arbeiterklasse und diente zugleich den nationalen Interessen unseres Volkes. Gleichzeitig gaben sie damit dem Klassenkampf eine allgemein-demokratische Zielsetzung, die dazu geeignet war, breite Massen für den Kampf um größere demokratische Rechte zu gewinnen. Antimilitarismus und der Kampf um Demokratie waren, genau wie heute, zwei Seiten ein und derselben Sache.

Der antimilitaristische Kampf der Linken stieß auf erbitterten Widerstand der Opportunisten aller Schattierungen innerhalb der Partei. Die Revisionisten traten immer unverhüllt für die Rüstungspolitik des imperialistischen Deutschlands ein. 1910 erreichte die Auseinandersetzung zwischen den revolutionären Kräften der Partei und den opportunistischen Elementen einen Höhepunkt. Damals stand die Partei angesichts der breiten Massenkämpfe der Arbeiterklasse gegen die immer offener betriebene Kriegsvorbereitung der deutschen Imperialisten unmittelbar vor der Notwendigkeit, ihre Taktik zu überprüfen, offensive Formen des Kampfes zu entwickeln und anzuwenden. Die Linken verlangten in dieser Situation die Anwendung des Massenstreiks „als natürliche und unvermeidliche Steigerung der sich ausbreitenden Massenaktionen" (Rosa Luxemburg). Tatsächlich warteten die Arbeiter, vor allem Sozialdemokraten, auf den Ruf des Parteivorstandes, die Massenaktionen zu steigern. Aber die Führung der Partei kam dem Verlangen der Massen nicht nach. Über die Anwendung parlamentarischer Mittel wollte sie nicht hinausgehen. Schließlich würgten die Opportunisten sogar die Massenaktionen während der Wahlrechtskämpfe des Jahres 1910 ab. Ein Jahr später, als die deutschen Imperialisten versuchten, durch den sogenannten Panthersprung den Ausbruch des Krieges zu provozieren, verhielt sich die Mehrheit des sozialdemokratischen Parteivorstandes wiederum opportunistisch. Sie wollte ursprünglich diesem gefährlichen Treiben der Imperialisten und Militaristen tatenlos zusehen. Erst auf Drängen der Linken rief sie die Massen zu Aktionen dagegen auf.

Im März 1913, als die kaiserliche Regierung in einer Heeresvorlage die Steigerung der Truppen von 660 000 auf fast 900 000 Mann forderte, war es Karl Liebknecht, der von der Tribüne des Reichstages herab die volksfeindlichen und

abenteuerlichen Machenschaften der deutschen Imperialisten entlarvte. Er enthüllte die verlogenen Phrasen vom „Patriotismus" und zeigte, daß die herrschende Klasse allein um ihrer Profitinteressen willen stets bereit war, das Volk in die Katastrophe des Krieges zu stürzen. Es ist an der Zeit, so rief er den Völkern zu, „vor allem wieder mit den Fingern auf jene Kapitalcliquen zu weisen, deren Interessen und deren Nahrung der Völkerunfriede, der Völkerzwist, der Krieg ist; es ist erforderlich, den Völkern zuzurufen: das Vaterland ist in Gefahr! Es ist aber nicht in Gefahr vor den äußeren Feinden, sondern vor jenen gefährlichen inneren Feinden, vor allem der internationalen Rüstungsindustrie." (Ebenda, S. 225/226)

1913 fand der Jenaer Parteitag der SPD statt. Diskutiert wurde vor allem die Stellung der Partei zur Heeresvorlage. Die Linken forderten Aktionen gegen die Politik der herrschenden Klasse, sie forderten vor allem die Anwendung des politischen Massenstreiks. Diese Forderung fand auf dem Parteitag aber keine Mehrheit. Der Opportunismus hatte bereits in einem großen Ausmaß Eingang in die Partei gefunden. Bei Ausbruch des ersten Weltkrieges gingen die Opportunisten offen in das Lager des Imperialismus über.

Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring und die anderen Linken traten dem Verrat der Opportunisten an der internationalen Arbeiterklasse mutig entgegen. Sie, die den internationalen Beschlüssen von Stuttgart und Basel die Treue hielten, mobilisierten die Arbeiterklasse zum Kampf gegen den „Bürgerfrieden" zwischen den Imperialisten und der opportunistischen Parteiführung. Das Beispiel der Bolschewiki vor den Augen rief Karl Liebknecht dem deutschen Proletariat zu: „Eure Feinde sind nicht die französischen, belgischen und russischen Arbeiter. Dieser Feind sind die Krupp, Stinnes, Thyssen und Mannesmann, sind die preussischen Junker und Militaristen." (Zit. in: 35 Jahre KPD, Berlin 1954, S. 53). Standhaft lehnte Karl Liebknecht im Reichstag gegen den Willen der sozialdemokratischen Fraktion die Kriegskredite ab

Die Linken in der deutschen Sozialdemokratie erwiesen sich durch ihren konsequenten antimilitaristischen Kampf als die wahren und besten Vertreter der Lebensinteressen der deutschen Nation und retteten die Ehre der deutschen Arbeiterklasse aus ihrem Wirken gegen Imperialismus erwuchs der heldenhafte Kampf der „Gruppe Internationale" gegen den imperialistischen Krieg und den Vaterlandsverrat der Opportunisten. Aus ihm ging der Spartacusbund und die KPD

hervor. Indem sie den revolutionären Geist der alten deutschen Sozialdemokratie lebendig erhielten und weiter entwickelten, erwarben sich die Linken große Verdienste bei der Schaffung einer revolutionären Partei der deutschen Ar-

beiterklasse einer Partei auf leninistischer Grundlage, die heute als Sozialistische Einheitspartei in der DDR die führende Kraft beim Aufbau des Sozialismus ist und in der KPD in der Bundesrepublik weiterlebt

b) Die Lehren aus dem Kampf der deutschen Linken für den revolutionären Kampf der deutschen Arbeiterklasse

Die Geschichte hat bewiesen, daß der Weg, den W. I. Lenin den Völkern gewiesen hat und den auch die deutschen Linken beschritten, die Arbeiterklasse zum Erfolg führt. Ein Drittel der Menschheit, die diesen Weg konsequent ging befreite sich von der kapitalistischen Ausbeutergesellschaft und eilt heute, geführt von marxistisch-leninistischen Arbeiterparteien, im stürmischen Tempo dem Kommunismus entgegen.

Dort aber, wo der Opportunismus sich ausbreitete und die Oberhand gewann, herrscht nach wie vor die Ausbeuterklasse, lebt das Proletariat in kapitalistischer Unfreiheit. Die Kampflosigkeit der Linken, der Feind steht im eigenen Lande, hat hier nach wie vor volle Gültigkeit. Das gilt vor allem für die Bundesrepublik, wo die Flick, Siemens und AEG, die IG Farben und die Militaristen, erneut unterstützt durch solche rechten Führer der SPD wie Webner, Erler und Deist, durch ihre Kriegspolitik wiederum das Leben unserer Nation gefährden. Wie damals, steht der Arbeiterklasse ein mächtiger Feind gegenüber, der nur durch machtvolle Aktionen, durch entschlossenen und gemeinsamen Kampf

aller antimilitaristischen und demokratischen Kräfte unter der Führung der Arbeiterklasse geschlagen werden kann. Das lehren die Erfahrungen gerade dieses Abschnittes der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Die Tätigkeit muß sich deshalb darauf richten, die Partei ideologisch und organisatorisch zu festigen, die Aktionseinheit der Arbeiterklasse herzustellen, ständig für die Einigung aller Friedenskräfte, für ihren Zusammenschluß gegen die Revanche- und Aufrüstungspolitik der westdeutschen Imperialisten und Militaristen zu wirken. Es ist vor allem die Aufgabe der Kommunisten, das lehrt besonders eindringlich der antimilitaristische Kampf der Linken, in den Aktionen gegen Imperialismus und Militarismus in den vordersten Reihen zu kämpfen.

Der Kampf der deutschen Linken gegen Imperialismus, Militarismus und Opportunismus zählt zu den besten Traditionen der deutschen Arbeiterklasse und bleibt uns leuchtendes und mahnendes Beispiel im Kampf für Frieden, Demokratie, Abrüstung und friedliche Koexistenz.

Materialien der internationalen Arbeiterbewegung:

Für die Verteidigung des Marxismus-Leninismus und der Generallinie der kommunistischen Weltbewegung

Aus Stellungnahmen von ausländischen Bruderparteien zum Offenen Brief des ZK der KPdSU

BULGARIEN:

Im Namen aller bulgarischen Kommunisten, heißt es in einer **Erklärung des ZK der Bulgarischen Kommunistischen Partei**, „erklären wir uns mit dem Brief des ZK der KPdSU völlig solidarisch und unterstützen voll und ganz die darin dargelegten Gedanken und Ansichten.“ „Die Bulgarische Kommunistische Partei“, wird in der Erklärung betont, „weist tief empört die ungeheuerlichen Verleumdungen und Angriffe auf die KPdSU und die anderen Bruderparteien zurück und protestiert entschieden gegen die unwürdigen Beschuldigungen, die kommunistischen Parteien seien irgendwie von der

KPdSU und vom Sowjetstaat abhängig, sowie gegen die Versuche, die Einmütigkeit und kämpferische Geschlossenheit mit der KPdSU als ein Nachplappern ‚fremder Worte‘ hinzustellen.

Die Kommunistische Partei der Sowjetunion und die UdSSR genießen in der internationalen kommunistischen Bewegung und in der ganzen fortschrittlichen Menschheit große Verehrung und Achtung. Jeder, der sie zu verleumden und zu verunglimpfen, sucht, verdient nur, als Abtrünniger vom Marxismus-Leninismus und als Verräter am prole-

tarischen Internationalismus gebrandmarkt zu werden. Eine solche Partei und ein solches Land zu verleumden, ist ein

Verbrechen an der internationalen Arbeiterklasse und an der Sache der Revolution.“

TSCHECHOSLOWAKEI:

„Der Brief des ZK der KPdSU steht in voller Übereinstimmung mit den Auffassungen und der Linie der **Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei**. Deshalb bringt das ZK der KPTsch seine vorbehaltlose Zustimmung zu dessen Schlußfolgerungen und zum Vorgehen der **Leninschen Partei** zum Ausdruck, die in höchstem Maße zur Festigung der marxistisch-leninistischen Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung beitragen. Unsere Partei schätzt vor allem die Tatsache hoch ein, daß der Brief des ZK der KPdSU von der konsequenten Anwendung und prinzipiellen Verteidigung der Ideen durchdrungen ist, die das gemeinsame Programm aller Kommunisten im Kampf für friedliche und kommunistische Perspektiven der Werktätigen der ganzen Welt sind.

Wir lehnen entschieden die dogmatisch-sektiererische Linie ab, die das Zentralkomitee der **Kommunistischen Partei Chinas** in der internationalen

revolutionären Arbeiterbewegung durchsetzen will. Diese Linie führt keineswegs zur Stärkung der antiimperialistischen Front, sondern zu ihrer Schwächung. Ausgehend vom Charakter der gegenwärtigen Epoche, legte die internationale kommunistische Bewegung ihre strategische und taktische Linie fest.

Die gegenwärtige Konzeption und das Vorgehen der Führung der **Kommunistischen Partei Chinas** auf internationalem Gebiet, in den Fragen Krieg und Frieden, der friedlichen Koexistenz und des Wettbewerbs, der Rolle und der Entwicklung des sozialistischen Weltsystems sowie der Strategie und Taktik der internationalen Arbeiterbewegung und des nationalen Befreiungskampfes, können bei aller Achtung vor den Traditionen der chinesischen Kommunisten nur als eine Tätigkeit zur Spaltung der einheitlichen kämpferischen antiimperialistischen Front und als gefährliches Abenteuerium bewertet werden.“

MONGOLEI:

Die Mitglieder der **Mongolischen Revolutionären Volkspartei** unterstützen in allen wichtigen Fragen der kommunistischen Weltbewegung voll und ganz die Linie der KPdSU, erklärte Genosse Scharaw-isch, Chefredakteur der Zeitschrift des ZK der MRVP „**Namyn Amdral**“ („Parteilieben“), in einem Interview mit der Nachrichtenagentur **MON-ZAME**. Genosse Charaw-isch bezeichnete

den Brief des ZK der KPCh vom 14. Juni als eine grobe Entstellung und willkürliche Auslegung marxistisch-leninistischer Grundsätze sowie als verleumderischen Angriff auf die kommunistischen und Arbeiterparteien. Ein solches Vorgehen, erklärte er, habe mit den Interessen der internationalen kommunistischen Bewegung und des ganzen sozialistischen Lagers nichts gemein.

POLEN:

„Trybuna Ludu“, Organ des ZK der PVAP vom 18. Juli 1963 schreibt:

„Wir teilen voll und ganz den Standpunkt der KPdSU hinsichtlich der Geschichte der Entstehung der Meinungsverschiedenheiten zwischen der KPCh einerseits und der KPdSU und der internationalen kommunistischen Bewegung andererseits. Wir solidarisieren uns mit der Charakterisierung des Wesens dieser Meinungsverschiedenheiten, die in dem Schreiben des ZK der KPdSU enthalten ist, und mit der Verurteilung der unfreundlichen und verleumderischen Angriffe der Führung der KPCh auf die KPdSU. Als richtig und begründet betrachten wir den Aufruf, den das ZK der KPdSU an die chinesischen Genossen gerichtet hat, „den Weg der Beseitigung der Meinungsverschiedenheiten und der Festigung der wahren Einheit unserer Parteien auf der Grundlage der Prinzipien des Marxismus-Leninismus, des proletarischen Internationalismus zu beschreiten“.

Oft haben wir erklärt, daß wir für die ganze kommunistische Bewegung die Prinzipien als verpflichtend halten, die gemeinsam auf den Beratungen 1957 und 1960 festgelegt wurden. Wir sind mit dem ZK der KPdSU einverstanden, das feststelle, daß in der Erklärung von 1960 die Generallinie der kommunistischen Weltbewegung richtig festgelegt worden ist. In seinem Brief vom 14. Juni d. J. (dessen umfangreiche Fragmente in der „Trybuna Ludu“ von uns veröffentlicht wurden) unternahm das ZK der KPCh den Versuch, der kommunistischen Weltbewegung eine neue Generallinie aufzuzwingen. Wir solidarisieren uns mit dem ZK der KPdSU, daß dieser Versuch jeder Grundlage entbehrt und schädlich ist und daß die Annahme dieser Generallinie mit dem Abgehen von der Erklärung von 1960 gleichbedeutend wäre. Der Offene Brief des ZK der KPdSU ist ein Dokument der unerschütterlichen Treue zur marxistisch-leninistischen Lehre.“

RUMÄNIEN:

Das Zentralorgan der RAP, „Scinteia“, vom 7. August 1963 schreibt:

„Die sozialistischen Länder ... vertreten ... die Ansicht, daß es keine wichtigere Aufgabe gibt, als die Menschheit vor einer thermonuklearen Katastrophe zu bewahren. Dem Wetrüsten ein Ende zu setzen, die Herstellung und den Einsatz der Atomwaffen zu verbieten und die vorhandenen Waffenlager zu vernichten, die Militärstützpunkte auf fremden Territorien aufzulösen, die allgemeine und vollständige Abrüstung herbeizuführen — das sind gegenwärtig lebenswichtige internationale Fragen, von deren Lösung die Rettung des Friedens abhängt. Diese Zielsetzung wurde als Kampfprogramm in die Erklärung

der Moskauer Beratung von 1960 und in den Appel an alle Völker der Welt aufgenommen.

Eine große Überraschung und tiefstes Bedauern löst die Tatsache aus, daß die Regierung der Volksrepublik China in einer ihrer jüngsten Erklärungen feststellt, daß sie ‚sich entschieden gegen den Vertrag stellt‘, und ihn als ‚einen Verrat an den Interessen der Völker der Länder des sozialistischen Lagers‘ bezeichnet ... Wir müssen jedoch offen erklären, daß so schwerwiegende Beschuldigungen und Bezeichnungen in den zwischenstaatlichen Beziehungen im allgemeinen völlig unzulässig sind, vor allem in den Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern.“

UNGARN:

„Das ZK stellt fest, daß der Brief des ZK der KPCh vom 14. Juni 1963 die Erklärungen der kommunistischen und Arbeiterparteien von 1957 und 1960 willkürlich auslegt, grob entstellt und die im Geiste der Erklärungen kämpfenden Bruderparteien unbegründet beschuldigt.

Das ZK der USAP erklärt, daß es in vollem Maße mit dem Offenen Brief des ZK der KPdSU vom 14. Juli 1963 einverstanden ist, weil dieser den gegenwärtig einzig möglichen, wissenschaftlichen, marxistisch-leninistischen, durch die Praxis bestätigten Standpunkt in Fragen der internationalen revolutionären Arbeiterbewegung, des Aufbaus des Sozialismus und der internationalen Lage einnimmt und die gemeinsame Leninische Linie der kommunistischen Bewegung gegen die unbegründeten Angriffe des ZK der KPCh verteidigt.

Die USAP, das ungarische Volk, wis-

sen aus eigener Erfahrung, wohin Sektierertum, Dogmatismus und Revisionismus, die das Volk von der Partei trennen, führen. Sie brauchen weder das eine noch das andere. Zur Erarbeitung der heutigen Politik der Partei und zur Erreichung der Erfolge trugen in hohem Maße der XX Parteitag und die nachfolgenden Parteitage der KPdSU sowie die Erklärungen der kommunistischen und Arbeiterparteien von 1957 und 1960 bei. Ihre Richtigkeit wurde auch durch unsere eigenen praktischen Erfahrungen bestätigt.

Das Zentralkomitee der USAP unterstreicht erneut, daß es für die Einheit der internationalen revolutionären Arbeiterbewegung eintritt. Es erklärt jedoch, daß diese Einheit nur auf dem von rechten und linken Abweichungen freien marxistisch-leninistischen Fundament beruhen kann.“

FRANKREICH:

„In seiner Resolution vom 10. Mai d. J., die eine Grundlage des Studiums und der Aktion bleibt, hat das Zentralkomitee die Haltung unserer Partei bereits klar dargelegt: Treue zur Generallinie der kommunistischen Weltbewegung, die auf den internationalen Moskauer Beratungen 1957 und 1960 einstimmig angenommen wurde.

Die Führer der KPCh haben in der letzten Zeit, insbesondere in ihrem Brief vom 14. Juni d. J., offen die von allen, auch von unserer Partei angenommenen Leitsätze in Frage gestellt. Gleichzeitig haben sie ihre fraktionistische Tätigkeit innerhalb der kommunistischen Weltbewegung und in den internationalen demokratischen Organisationen entwicklungt.

Die Haltung der chinesischen Führer gegenüber der Politik unserer Partei und

anderer Bruderparteien bringt im Grunde genommen ihre Unkenntnis und ihre Mißachtung des Beitrages der Arbeiterklasse, der kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder zur gemeinsamen Sache der revolutionären Weltbewegung zum Ausdruck.

Die Kommunistische Partei Frankreichs betont erneut, daß sie einen unveröhnlichen ideologischen und praktischen Zweifrontenkampf führt und führen wird: gegen den Revisionismus und Opportunismus, gegen den Dogmatismus und das Sektierertum, die zur Hauptgefahr in der internationalen kommunistischen Bewegung geworden sind. Unter dem Banner des proletarischen Internationalismus bekämpft sie die schädlichen nationalistischen, chauvinistischen und rassistischen Haltungen und wird sie bekämpfen.“

ITALIEN:

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Italiens erklärt in einer auf dem jüngsten Plenum angenommenen Resolution, „daß die Positionen, die die Kommunistische Partei Chinas mit zunehmender Hartnäckigkeit bezogen hat, klar abzulehnen sind“.

Das Zentralkomitee betont, daß die Prinzipien „nicht in Zweifel gezogen werden können, die die Grundlage der Beschlüsse des XX. Parteitages der KPdSU bildeten. Diese Prinzipien wurden in den Moskauer Beratungen von 1957 und 1960 bekräftigt. Ihre Richtigkeit wurde durch die Politik des Friedens und durch die Erfolge, die die UdSSR beim Aufbau des Kommunismus erzielte, bestätigt. Ihre Richtigkeit

bestätigte sich in der Praxis des Kampfes und in den Erfolgen der kommunistischen Bewegung; sie entsprechen voll auf der Politik und den Einschätzungen unserer Partei auf nationalem und internationalem Gebiet“.

„Die KPI“, heißt es in der Resolution, „wird auf keine Gelegenheit, auf keine Initiative verzichten, die zum Ziel hat, im Geiste proletarischen Internationalismus die Einheit und die Funktion der internationalen Massenorganisationen zu wahren und zu fördern, damit die Einheit und Solidarität der kommunistischen und Arbeiterparteien im Kampf für den Erfolg der gemeinsamen Sache des Friedens und des Sozialismus verteidigt wird“.

GRIECHENLAND:

„Das ZK der Kommunistischen Partei Griechenlands ist der Meinung, daß die Auffassungen der Kommunistischen Partei Chinas, die ihren vollständigen Ausdruck im Brief des ZK der KPCh vom 14 Juni 1963 gefunden haben, eine Entfernung von den Thesen der internationalen Beratungen der kommunistischen und Arbeiterparteien von 1957 und 1960 darstellen. Das ZK der KP Griechenlands verurteilt diese Auffassungen als irrig sowie den Versuch der chinesischen Genossen, durch ihre Spaltertätigkeit ihren Standpunkt der kommunistischen Weltbewegung aufzwingen zu wollen. Der Offene Brief des ZK der KPdSU vom 14 Juni 1963, der sich auf die kollektiv ausgearbeitete Linie der kommunistischen Weltbewegung stützt, legt die richtigen marxistisch-leninistischen Thesen

über die grundlegendsten Fragen unserer Zeit dar und entlarvt die Entstellungen und Verleumdungen der chinesischen Führer.

Die KP Griechenlands führte bisher und wird auch weiterhin einen unversöhnlichen Zweifrontenkampf führen, sowohl gegen die Gefahr von rechts, den Revisionismus, als auch gegen den Dogmatismus und das Sektierertum. Getreu den Prinzipien des Marxismus-Leninismus erklärt die KP Griechenlands ihre Übereinstimmung mit den Thesen, die im Offenen Brief des ZK der KPdSU enthalten sind, und stellt sich an die Seite der KPdSU und der anderen Bruderparteien im Kampf für die Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung.“

SYRIEN:

„Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Syriens erklärt sich mit dem Offenen Brief des ZK der KPdSU über die Beziehungen zur Führung der KPCh völlig einverstanden“, heißt es in einer vom ZK der KP Syriens herausgegebenen Erklärung. „Das Zentralkomitee ist der Ansicht, daß dieser Brief ein wichtiges Dokument ist, das auf den Prinzipien des Marxismus-Leninismus und auf den 1957 und 1960 in Moskau angenommenen Erklärungen der kommunistischen und Ar-

beiterparteien beruht, unter denen auch die Unterschrift der Kommunistischen Partei Syriens steht. Das Zentralkomitee begrüßt bei dieser Gelegenheit die Anstrengungen, die das Zentralkomitee der KPdSU und sein Erster Sekretär, Genosse Chruschtschow, unternahmen und weiterhin unternehmen, um die Einheit und Geschlossenheit der kommunistischen Weltbewegung zu festigen.“

Weitere Stellungnahmen, in denen der Offene Brief des ZK der KPdSU begrüßt und die Angriffe der chinesischen Führer auf die Generallinie der kommunistischen Weltbewegung zurückgewiesen werden, wurden von den Bruderparteien in der Schweiz, in Österreich, Großbritannien, Niederlande, Dänemark, Schweden, Finnland, Algerien, Marokko, Zypern, Australien, Mexiko, Kolumbien, Brasilien, Peru, Argentinien, Costarika, Syrien, Israel, Iran, Indien, Kanada, Chile usw. veröffentlicht.